

DIE WELTWOCHEN



4 194407 004900
5 0

So gut verdienen unsere Stadtpräsidenten

Politik ist ein lukratives Geschäft: Die Liste. *Von Christoph Landolt*

Die Geisterfahrt der SBB

Das gescheiterte Konzept einer defizitären Billigstbahn.
Service-Wüste auf Schienen. *Von Urs Paul Engeler und Kurt W. Zimmermann*


ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

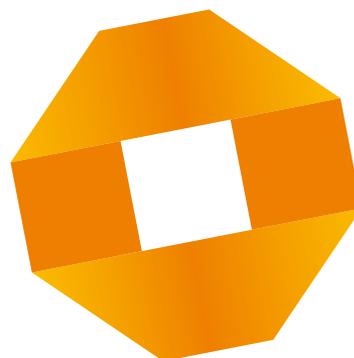
Life is in the movement



EL PRIMERO
CHRONOMASTER 1969

www.zenith-watches.com

Ihre Fragen sind unser Ansporn für hervorragende Lösungen.



Immer einen Schritt voraus: Alphabet bietet nachhaltige Lösungen für die Bedürfnisse der Zukunft. Dafür haben sich Alphabet und ING Car Lease zusammengeschlossen und ihre Kompetenzen vereint.

Wir nennen das Business Mobility: die Wünsche unsere Kunden sind unsere Motivation, immer neue und individuelle Mobilitätslösungen zu entwickeln.

Mehr Informationen unter:

Telefon +41 58 269 65 67 **E-Mail** contact@alphabet.ch **Internet** www.alphabet.ch

Alphabet

Intern

Wie viel verdienen die Schweizer Lokalpolitiker? Diese Frage, musste Christoph Landolt



Hochbezahlte Stadtpräsidenten: Fluri (FDP), Morin (Grüne), Tschäppät (SP), Müller (FDP).

erfahren, ist nicht so einfach zu beantworten. Die Städte, die er allesamt anscrieb, schickten teilweise seitenlange Reglemente zurück, die in Sachen Komplexität dem Bonus-System einer Grossbank in nichts nachstehen, aber keine konkreten Zahlen enthielten. Manche Städte antworteten gar nicht oder verwiesen, wie der Gemeinbeschreiber von Möhlin AG, auf den «Datenschutz», den es so nur in Möhlin gibt, nicht aber in Baden oder Aarau. Andere legten alle Einkünfte detailliert offen, wollten aber nicht verraten, wie hoch das Pensum des Stadtpräsidenten ist. «Er ist immer noch Partner in seiner Anwaltskanzlei», sagte ein Stadtschreiber. «Wenn seine Mandanten wüssten, wie viel er für die Stadt tut, hätte er keine Aufträge mehr.» Seite 32

Hässlich und verkrüppelt, ungeliebt und zum Lieben nicht fähig, so wurde König Richard III. (1452–1485) von Shakespeare porträtiert, als Schurke auf Englands Thron. Bald nach dem Tod in der Schlacht von Bosworth Field galt sein Leichnam als verschollen. Bis letzten Sommer. Archäologen glauben das Skelett Richard III. aufgespürt zu haben, unter einem Parkplatz im mittellenglischen Leicester. Seit drei Monaten sind die DNA-Analysen im Gange. Urs Gehrig hat die mysteriösen Gebeine unweit des Fundorts aufgesucht. Unter den Forschern herrscht ein Klima der Geheimniskrämerei. Das Skelett ist irgendwo auf dem Campus der Uni Leicester versteckt und streng bewacht. Aber die Anzeichen verdichten sich, dass den

Königsjägern ein Volltreffer gelungen ist. «Die Sache nimmt Form an», verrieten sie. «Bald treten wir vor die Weltpresse.» Seite 42

Der 29-jährige Historiker, Jurist und Autor Thierry Baudet ist ein vielbeachteter Intellektueller in den Niederlanden. Vor allem seine Essays über Europa machen Furore. Der unter anderem in Oxford ausgebildete Autor schreibt in einem exklusiven Beitrag für die *Weltwoche*, warum die EU zwangsläufig in einem Superstaat enden wird und niemals funktionieren kann. Er legt ein Szenario für den geordneten Rückbau vor. Den Hinweis auf Baudet wie auch die exzellente Übersetzung lieferte der frühere Zürcher Regierungsrat Christian Huber. Wir danken herzlich. Dies ist die Premiere Baudets im deutschsprachigen Raum. Seite 52

Die nächste Ausgabe der *Weltwoche* ist die jährliche Doppelnummer zum Jahresende mit



Das Jahr in Gesprächen: Weihnachtsausgabe.

dem Titel: «Wir sind 2012». Darin kommen Menschen zu Wort, die in diesem Jahr für Schlagzeilen und Emotionen sorgten. Der Unternehmer Peter Spuhler zieht politische Bilanz und erklärt, warum er sich nach 13 Jahren aus dem Nationalrat verabschiedet. Die Triathletin Nicola Spirig erinnert sich an den hauchdünnen Finish, der ihr den Olympiasieg in London eingebracht hat. Abt Martin Werlen sagt, warum er die katholische Kirche reformieren will. Und der Amerikaner Harper Reed zeigt auf, wie er als Wahlkampfleiter dem US-Präsidenten Barack Obama zu einer zweiten Amtszeit verhalf. Weitere interessante Gespräche gibt es unter anderem mit Box-Weltmeister Wladimir Klitschko, dem deutschen Entertainer Harald Schmidt, der Spitzenköchin Tanja Grandits oder der Zürcher Intelligenz-Forscherin Elsbeth Stern. *Ihre Weltwoche*

18
81
meister
COLLECTION



Kanne | Brosche | Schale
Entworfen und hergestellt in den Ateliers von Meister Zürich

18
81
meister
ZÜRICH

Juwelen, Bahnhofstrasse 33, 8001 Zürich
Silber & Tafelkultur, Augustinergasse 17, 8001 Zürich
www.meister-zurich.ch



HUBLOT

T H E A R T O F F U S I O N



OFFICIAL WATCH
SCUDERIA FERRARI

Big Bang Ferrari.

Uhrwerk UNICO Chronograph mit einem Säulenrad, 72 Stunden
Gangreserve. Von Hublot vollständig hergestellt. Gehäuse aus
Titan und Zifferblatt aus Saphir. Auswechselbares Armband.
Auf 1000 Exemplare limitierte Serie.



BEYER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich
Tel +41 (0)43 344 63 63 · beyer-ch.com


HUBLLOT

www.hublot.com • twitter.com/hublot • facebook.com/hublot

ALWAYS ON TARGET !



Navigator

Ref. 6-5007.04.007

Gehäuse und Band aus Edelstahl

Chrono- und Alarmfunktionen

wasserdicht bis zu 10 ATM (100m)

Swiss Made



SWISS MILITARY
HANOWA

Weitere Informationen und Verkaufsstellen:

www.swissmilitary.ch

Hanowa AG, Solothurn, Tel. 032 329 39 80, info@hanowa.ch

Der letzte Ritt

Warum es Steinbrück schwer haben wird. Intoleranz ist heute links. Verteidigung der Finma.

Von Roger Köppel

Kurzbesuch in Deutschland. Eben haben die Sozialdemokraten in Hannover mit grosser Zustimmung den Abgeordneten Peer Steinbrück zu ihrem offiziellen Kanzlerkandidaten gewählt. Der Auserkorene glänzte mit einer brillanten, wenn auch stark nach links nuancierten Grundsatzrede, die ihm bereits den Vorwurf eintrug, er verwässere sein Profil. Steinbrück ist bekannt dafür, wie Vertraute erzählen, dass er ihm zugeschickte Briefe, die mit der Überschrift «Werter Genosse» beginnen, ansatzlos in den Papierkorb wirft. Sein Verhältnis zur eigenen Partei ist unterkühlt, eine Zwangsehe. Vorgeworfen werden ihm nach wie vor seine eindrucklichen Vortragshonorare, die an der Basis Neid und Missgunst aktivierten. Das Problem allerdings sind nicht die Vergütungen. Das Problem ist Steinbrücks Umgang damit. Der sonst so selbstbewusst wirkende Finanzpolitiker war von der Diskussion über seine Millioneneinkünfte von Beginn weg überfordert, weil er sie nicht kommen sah. Die Kontrolle über die Kommunikation entglitt ihm, was ihm mehr schadete als die Sache an sich. Er hätte es wissen müssen. Die SPD gibt sich gern als Partei für soziale Aufsteiger, aber wenn es einer einmal geschafft hat, dann regen sich Abwehrreflexe. Das ist bei Steinbrück so, das war bei Gerhard Schröder so, der bald als «Brioni»-Kanzler kritisiert wurde, nur weil er anständige Anzüge trug. Wer eine Million kassiert für Vorträge, macht sich in der auf Gleichheit kodierten deutschen Sozialdemokratie wenig Freunde.

Steinbrück wird es schwer haben, Kanzlerin Merkel vom Thron zu stossen. Die Regierungschefin macht im Tagesgeschäft keine Fehler. Sie ist eine kluge Opportunistin, aber es gelingt ihr, ihren Opportunismus, weil sie sich für die Euro-Rettung einsetzt, mit dem Anschein höherer Ziele zu veredeln. Die Schweiz kennt Steinbrück vor allem durch seine Kavallerie-Metapher. Die Wortwahl lässt tief blicken. Der Kandidat hat tatsächlich etwas von einem Reitergeneral, der auf Befehl die gegnerischen Reihen zersprengt, feurig, impulsiv, stets im Angriff, aber nicht immer durchdacht und überlegt, ein Marschall Ney an der Seite Napoleons. Wer mit Bravado (und grosser Heiterkeit) alles niederwalzt, dem fehlt oft die Genauigkeit im Detail. Steinbrücks Honorar-Affäre ist ein Indiz dafür und auch der Umstand, dass ausgerechnet er einen in Küsnacht ZH



«Unmut aus dem Hinterhalt.»

lebenden ehemaligen Hedge-Fund-Unternehmer, vulgo «Heuschrecke», in sein Wahlkampfteam aufnahm (inzwischen ist er wieder weg). Steinbrück wirkt pingelig und erbsenzählerisch, aber im Politischen ist er oft das Gegenteil: Er fährt drein, teilt aus, um dann zu schauen, wer noch lebend auf dem Schlachtfeld steht. Er ist ein leidenschaftlicher Spontan-Politiker, dem aber gleichzeitig die Strassenkämpferinstinkte fehlen, die in unübersichtlichen Situationen oft den Sieg sichern. Ich bleibe bei meiner schon früher gemachten Aussage: Steinbrück wäre der geniale zweite Mann in einem von Merkel geführten

«Er fährt drein, teilt aus, um dann zu schauen, wer noch lebend auf dem Schlachtfeld steht.»

Kabinetts. Diese Möglichkeit allerdings schliesst er selber aus, so dass wir in den nächsten Monaten höchstwahrscheinlich, Unvorhersehbares ausgeklammert, Steinbrücks letzten grossen Ritt erleben werden.

Intoleranz ist heute links. Als Wehrminister Ueli Maurer (SVP) zum Bundespräsidenten gewählt wurde, versagte ihm Rot-Grün die Stimmen. Das ist an sich bedeutungslos, doch der Vorgang dahinter ist erhellend. Maurers Resultat war eines der schlechtesten der Geschichte. Den Grünen darf zugute gehalten werden, dass sie ihren passiven Widerstand wenigstens im Voraus transparent machten. Die SP hingegen empfahl Maurer zur Wahl, doch sie wählte ihn mehrheitlich nicht. Kindergärten, Ohrfeigen an künftige Bundespräsidenten sind dann in Ordnung, wenn ihnen

eine inhaltliche Debatte vorausgeht. Bei Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey bewirkte seinerzeit ein verheerender, breit diskutierter Libyen-Bericht das knappe Resultat. Und bei Maurer? Heckenschützen und Feiglinge pflegen ihren Unmut aus dem Hinterhalt. Ihre Nichtwahl Maurers ist eine wiederholte Absage an die Konkordanz. Konkordanz heisst, dass alle bundesratsfähigen Parteien den jeweils anderen bundesratsfähigen Parteien die ihnen aufgrund ihrer Stärke zustehende Vertretung im Bundesrat gewähren. Man wählt auch den Gegner, wenn er demokratisch legitimiert ist. Das sind die Spielregeln. Darum geht es auch bei den Wahlen ums Präsidium des Bundesrats. Vor einem Jahr verweigerte die Mitte-links-Mehrheit der SVP-Minderheit aus parteipolitischen Gründen einen zweiten Sitz in der Regierung. Jetzt strafen sie den einzigen Bundesrat der SVP mit Kindereien ab. Die Stärke der Schweiz ist, dass sie alle politischen Kräfte in die Konkordanz einbindet. Konkordanz bringt Stabilität und vernünftige Lösungen. Die Linken, Guten und Toleranten pfeifen darauf. Wer die höhere Moral für sich beansprucht, braucht den Kompromiss nicht mehr. Intoleranz ist heute links.

Grossen Ärger hat die Schweizer Finanzmarktaufsicht Finma ausgelöst, als sie kürzlich alle Banken aufforderte, ihren Kunden gegenüber «Transparenz» herzustellen und sie «über den Umfang der erhaltenen Rückvergütungen zu informieren». Der Sachverhalt ist einigermaßen kompliziert. Es geht darum, dass Banken und Vermögensverwalter in der Vergangenheit von geheimen Kommissionen, Retrozessionen genannt, profitiert haben. Diese Zahlungen erhielten sie von Fondsanbietern und/oder von den Herstellern von Finanzprodukten, die sie an Kunden weiterverkauften. Gemäss Obligationenrecht wären sie – so die Auffassung des Bundesgerichts – verpflichtet gewesen, diese Einnahmen ihren Kunden offenzulegen beziehungsweise weiterzugeben. Indem sie es nicht taten, verstiessten sie gegen das Gesetz, was die Banken bestreiten.

Die Finma hat nun ein Bundesgerichtsurteil, das einen Einzelfall in diesem Sinn beurteilt, zum aufsichtsrechtlichen Industriestandard erhoben. Alle Banken wurden angeschrieben, offensiv ihre Kunden anzugehen. Theoretisch könnten die Kunden, vor allem die institutionellen, Milliarden zurückfordern. Es wäre ein weiterer Bombeneinschlag auf dem Finanzplatz, und man kann verstehen, dass viele Bankiers das forsche Vorgehen der Finma kritisieren. Für einmal wahrscheinlich zu Unrecht allerdings. Die Finma liegt richtig, wenn sie eine Klärung der Wertschöpfungsketten fordert. Es ist absurd, an intransparenten Strukturen festzuhalten, die mutmasslich bestehendem Recht widersprechen. Nicht jede Kritik an der Finma ist berechtigt.



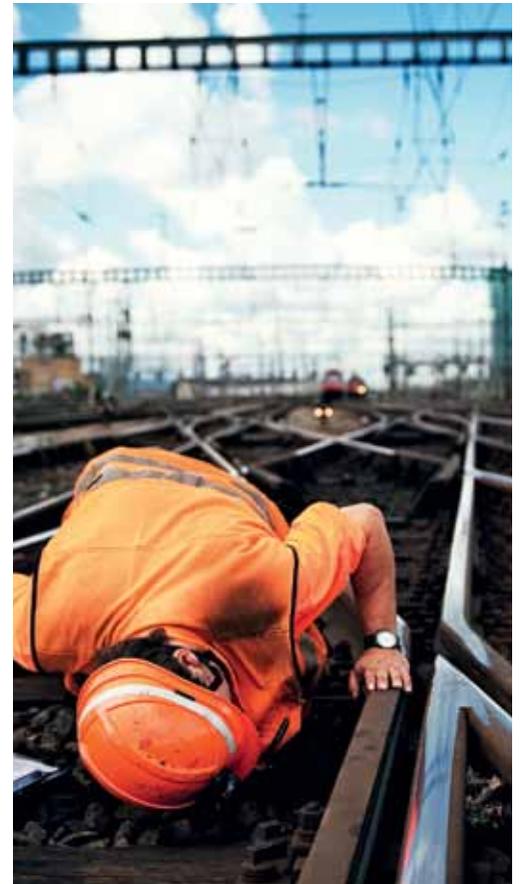
Buch mit sieben Siegeln: Zug. Seite 30



Liebeskampf: «Anna Karenina». Seite 48



Unter dem Parkplatz: Richard III. Seite 42



Teure Infrastruktur: SBB. Seite 18

Kommentare & Analysen

7 Editorial

13 Kommentar Teurer Namenswechsel bei der SRG

13 Im Auge Annette Dasch, Wagner-Heldin

14 Glauben Der Weltuntergang lebt

14 Steuerwettbewerb Luzern unter Beschuss

17 Personenkontrolle Blankart, Strik, Lütolf, Perrenoud etc.

17 Nachruf Dave Brubeck, Jazz-Legende

18 Die Geisterfahrt der SBB

Weitere Milliarden für das gescheiterte Verkehrskonzept

20 Essay Als Anfänger bei der Staatsbahn

22 Die Deutschen Stellungnahmen zum Nahen Osten

22 Wirtschaft Nichts gelernt

23 Ausland Italien kehrt zur Demokratie zurück

24 Mörgeli Heute kommt der Weihnachtsmann

24 Bodenmann Grenzen der Salomitaktik

25 Medien Idealfeind Google

25 Kostenkontrolle 1 Milliarde Dollar für Solarpanels

26 Leserbriefe/Darf man das?

Hintergrund

28 In bester Gesellschaft

Das prominente Netzwerk des mutmasslichen Millionen-Veruntreuers Ivo Romer (FDP)

30 Mauern des Schweigens

Boomende Wirtschaft und ländliche Strukturen: Das ist der Nährboden, auf dem in Zug der Filz gedeiht

32 So gut verdienen unsere Stadtpräsidenten

Die *Weltwoche* hat erstmals die Löhne der wichtigsten Schweizer Stadtpräsidenten zusammengetragen

35 Ständerat «Cyberstorm» aufs Stöckli

36 Diktatur der Theoretiker

Die «Bildungsturbos» an der Volksschule sind schwer zu stoppen – das zeigen Experimente wie der «Lehrplan 21»

38 Mehr Lebensfreude

Pornodarstellerinnen fühlen sich besser als andere Frauen

40 «Unendliche Startvorteile»

Sunrise-Chef Oliver Steil warnt vor einem Scheitern der Telekom-Liberalisierung in der Schweiz

42 Ein Königreich für ein Skelett

Forscher glauben das seit 500 Jahren verschollene Gerippe von König Richard III. gefunden zu haben

46 «Ich gebe ihm Sackgeld»

Wie Frauen ihre Partner erziehen

48 Leidenschaft ist die Erlösung

Warum man bei «Anna Karenina» das Buch von Leo Tolstoi lesen muss – statt den Film zu sehen

50 Literatur

 Irena Brežná, Motzerin der Nation

51 Psychologie

 Zu viel Selbstverwirklichung ist schädlich

57 Rumänien

 Ceausescus streitbare Erben

Hör nie auf ganze Fotoalben in Sekunden hochzuladen.

Das erste 4G/LTE-Netz der Schweiz ist da. Ultraschnell surfen mit dem NATEL® infinity XL-Abo und den Smartphones der 4. Generation. Jetzt bei Swisscom und unter swisscom.ch/4G*



Nokia Lumia 920
für extraschnelle Uploads.

CHF 1.-**

mit NATEL® infinity XL



swisscom



Testsieger im 3G-Netz (UMTS/HSPA).

* 4G/LTE ist in folgenden Orten verfügbar: Basel, Bern, Biel, Crans-Montana, Davos, Fribourg, Genf, Grindelwald, Gstaad, Interlaken, Lausanne, Leukerbad, Locarno, Lugano, Luzern, Pontresina, Saas-Fee, Sion, St. Gallen, St. Moritz, Thun, Wengen, Winterthur, Zermatt, Zug, Zürich. Das Netz wird fortlaufend ausgebaut.

** Gilt bei Gerätekauf und gleichzeitigem Abschluss eines neuen Swisscom Abos NATEL® infinity XL (CHF 169.-/Mt.). Mindestvertragsdauer 24 Monate. Preis des Gerätes ohne Abo: CHF 849.-. Exkl. SIM-Karte CHF 40.-. Die infinity-Angebote gelten schweizweit.



«Die Unterschiede sind viel zu gross»: EU-Kritiker Baudet. Seite 52

Essay

52 Wie wir aus Europa rauskommen

Der niederländische Historiker Thierry Baudet ist überzeugt, dass die Europäische Union zwingend in einen Superstaat mündet, der niemals funktionieren kann

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Ernst Ludwig Kirchner, Maler

60 Die schönste Frau der Welt

Pharaonengattin Nofretete – ihr Einfluss am Hof war gewaltig

61 Jazz Lorenz Raab

62 Unsere Besten

Was lesen über die Festtage? Die Tipps der *Weltwoche*-Redaktoren

64 Top 10

64 Kino «Hobbit»-Trilogie

65 Fernseh-Kritik «Der Bachelor»

66 Namen Sprüngli-Traumhochzeit, Adventscocktail im «Meylenstein»

67 MvH Meine Empfehlung

67 Gesellschaft Silicon Beach

68 Die Besten Perlen, Gold und Jadeschimmer

71 Thiel Pfau trifft Kakadu

71 Wein Fendant Balavaud Grand Cru 2011

72 Zu Tisch Küchengeräte, die man wirklich braucht, Teil III

73 Auto Audi S7 Sportback

74 Hochzeit Gräfin Sandra und Graf Björn Bernadotte

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rüeegger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schon damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





WORLDCLASS TRAVELERS



David Beckham. Ein Mann von Welt, der sich der Perfektion verschrieben hat. Der Präzision und dem Stil. Eine Legende, die High Performance zelebriert. Am Handgelenk die Breitling Transocean Chronograph Unitime, die ultimative Reiseuhr mit von der COSC offiziell Chronometer-zertifiziertem Manufakturkaliber B05 und 5-jähriger Breitling Garantie. Automatischer Hochleistungschronograf. Patentierter Universalzeitmechanismus mit ständiger Zeitanzeige aller 24 Zeitzonen und ultrabediienungsfreundlichem Korrektursystem über die Krone. Komfort und Eleganz für First-Class-Reisen. Von Breitling.

CHF 10'740.- unverbindlicher Richtpreis

BREITLING.COM



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Champagner fürs Hirn.



Verblüffen Sie mit einem prickelnden Weihnachtsgeschenk. Und bleiben Sie 50 Wochen in bester Erinnerung. Bestellen sie jetzt ein Geschenkabo unter www.weltwoche.ch/abo oder rufen Sie unseren Kundendienst an: Telefon 043 444 57 01.

Im Babybauch des Service public

Von Rico Bandle — Ab Sonntag treten die Radio- und Fernsehsender der SRG neu unter dem Kürzel SRF auf. Der teure Namenswechsel wird den Bedeutungsverlust nicht aufhalten.



News im Internet: SRF-Moderatorin Laeri.

Am Montag hatte Sf.tv, das Online-Portal des Schweizer Fernsehens, eine exklusive Neuigkeit zu vermelden: «Patrizia Laeri ist zum zweiten Mal schwanger.» Der gebührenfinanzierte Sender machte die Schwangerschaft der eigenen Mitarbeiterin zur Nachricht. Das Beispiel ist harmlos, doch es zeigt, wie beliebig der staatsnahe Medienbetrieb geworden ist. Service public ist alles: vom Horoskop bis zur Formel 1, von der Fruchtbarkeit der Moderatorinnen bis zum endlosen Talk mit eigenen Korrespondenten.

An dem Wildwuchs wird sich auch nichts ändern, wenn links oben am Bildschirmrand «SRF 1» anstatt «SF 1» steht und die Radiomoderatorin ihre Zuhörer mit «Willkommen bei <Radio SRF 2 Kultur> anstatt «bei <DRS 2>» begrüsst. Die SRG-Funktionäre werden den kostspieligen Namenswechsel am Sonntag zwar als grosse Errungenschaft feiern und wohl einmal mehr betonen, wie wichtig die SRG für den Zusammenhalt des Landes sei. In Wirklichkeit ist die Umbenennung eine Verzweiflungstat, die vom unaufhaltsamen Bedeutungsverlust der gebührenfinanzierten Sender ablenken soll.

Die Jungen schauen weg

Eine enge Allianz aus Politikern und SRG-Obersten hat es bislang erfolgreich geschafft,

jegliche Kritik am ausufernden SRG-Apparat als «Teil eines orchestrierten Angriffs auf die staatlichen Institutionen» zu verunglimpfen. In Deutschland, auch ein Land mit starken gebührenfinanzierten Sendern, wird die Diskussion offener geführt. Der *Spiegel* zum Beispiel schreibt in seiner aktuellen Ausgabe: «Durch Internet, Pay-TV und Digitalfernsehen ist die Konkurrenz so stark, dass man die Öffentlich-Rechtlichen zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht mehr braucht, um sich gut zu informieren und sich gut unterhalten zu wissen.» Selbst Mitarbeiter von ARD und ZDF hätten mittlerweile Zweifel am System mit den Zwangsgebühren.

Was der *Spiegel* für Deutschland feststellt, gilt auch für die Schweiz, wenn auch nicht in dieser Absolutheit: Durch die Kleinräumigkeit und Vielsprachigkeit sind gewisse Schweiz-spezifische Sendungen für Private nicht finanzierbar. Doch der Mehrwert, den die SRG-Sender gegenüber dem riesigen Angebot des Digitalfernsehens und des Internets bieten können, ist erschreckend gering. Bemerkbar macht sich dies in der überalterten Publikumsstruktur: Die älteren Zuschauer bleiben dem Sender aus Gewohnheit treu, viele Jugendliche hingegen wissen kaum mehr, was die Kürzel «SF» oder «SRF» bedeuten. Dies ist auch nicht schlimm: Noch ist nicht bekannt, dass jemand durch den freiwilligen Service-public-Verzicht Schaden genommen hätte. Auch eine negative Auswirkung auf den vielbeschworenen Zusammenhalt des Landes ist trotz des massiven Quotenschwunds bei den Jungen nicht feststellbar. Gebühren müssen trotzdem alle bezahlen.

Viel dringender, als Sendernamen zu wechseln, neue Logos einzuführen und unnötige Social-Media-Strategien auszuarbeiten, wäre es, endlich klar zu definieren, was Service public im Medienbereich überhaupt umfassen soll – und vor allem: was nicht. Eine Diskussion darüber findet aber nicht statt. Die privaten Verleger streiten sich mit der SRG lieber um Lappalien, zum Beispiel darüber, ob ein Nachrichtentext auf einer SRG-Website 1500 oder 2500 Zeichen umfassen darf.

Die SRG selbst hat trotz vieler salbungsvoller Beteuerungen gar kein Interesse an einer klaren Definition. Denn dann würde sich plötzlich herausstellen, dass ein grosser Teil des SRG-Angebots ersatzlos gestrichen werden müsste – nicht nur die Babybauch-Meldung zu Patrizia Laeri.

Das Divenmassaker



Annette Dasch, Wagner-Heldin.

Der Sängerrinnen Fluch war vielleicht die Rückkehr Cecilia Bartolis nach neunzehn Jahren Fernbleibens an die Mailänder Scala – alles andere als ein Heimspiel. Nie gehörte Buh-rufe und Pfeife prasselten auf den Darling des Zürcher Opernpublikums nieder, sogar der Dirigent Daniel Barenboim musste die missgestimmten oberen Ränge zur Räson bringen an dieser Konzertpremiere letzten Mittwoch. Der Starkritiker des *Corriere della Sera* verhöhnnte Bartoli als affektierte Hollywoodpuppe. Doch das war erst der Anfang. Für die Operneröffnung an der Scala zwei Tage später mit Wagners «Lohengrin» fiel zuerst die Primadonna Anja Harteros aus, dann auch die Zweitbesetzung Ann Petersen, beide angesteckt vom vergrippten Regisseur Claus Guth, und mitten in der Nacht wurde aus Deutschland die virenfreie Nothilfe Annette Dasch, 36, für die Rolle der Elsa eingeflogen, so wie Angela Merkel als deutsche Überkrankenschwester schon den Krisenstaat Italien gerettet hatte.

Barenboim scherzte, mit Annette Dasch hätten fünf Minuten Üben am Klavier gereicht; die beiden kennen sich längstens vom «Lohengrin» in Bayreuth. Und es liegt selbstverständlich auch an der Klasse, Natürlichkeit und Bescheidenheit dieser Sopranistin ohne Diven-Allüren, die heute noch ihre Lagerfeuer-Freundinnen von den Pfadfinderinnen zum Liedersingen trifft. Aufgewachsen in einer sechsköpfigen Musikerfamilie, selber Mutter seit Februar, ausgebucht bis 2015 und sehr schlagfertig, wenn sie ihren «Dasch-Salon» bei Arte und 3sat talkmastert. Auch hat sie nicht nur ein sinnlich-warmes Timbre, wie die Kritik rühmt, sondern auch Nerven wie Drahtseile. Ihren allerersten Auftritt in der Mailänder Scala hatte sie 2006, schon damals als Last-Minute-Einspringerin in Mozarts «Don Giovanni». Ein besonderer Regieeinfall verlangte von ihr, dass sie als Donna Elvira zum 60-Jahre-Vespa-Jubiläum mit dem Motorroller auf die Bühne knatterte; aber peinlich wurde es erst, als mit den letzten Tönen die Nähte ihres Kostüms platzten und sie ihren Rücken entblösste. Applaus, Applaus, damals wie jetzt eine Viertelstunde lang.

Peter Hartmann

Countdown

Von Peter Keller — Klimawandel oder Maya-Kalender: der Weltuntergang lebt.

Für alle, die im totalen Weihnachtsstress stecken und noch Geschenke für den Götlibuben, die Frau und das Grossmami besorgen sollten: Kein Grund zur Panik, den Stress können Sie sich schenken und die Geschenke dazu, denn noch vor dem Weihnachtsfest findet der Weltuntergang statt. Am 21. Dezember 2012 endet der Maya-Kalender, und nicht wenige glauben, dass mit ihm auch unser Planet untergeht.

Ein alter, mythischer Kalender mit ein paar zeitgemässen Zutaten (Klimawandel, Erdbeben, Flutwellen), und fertig ist der Katastrophen-Mix. Den Auftakt zum Weltuntergang lieferte Hollywood. Ende 2009 lief in den Kinos der Film «2012» und machte richtig Kasse: 760 Millionen Dollar. Der Mensch scheint eine Schwäche für Apokalypsen zu haben – solange sie andere treffen oder man selber knapp davonkommt. Katastrophen als Adrenalinkicks für Schwarzseher.

Komplexe Pirouetten

Nun läuft der Countdown für das Maya-Finale, und die Medien sorgen für den letzten Hysterieschub: Laut *Tages-Anzeiger* bestürmen «verängstigte Bürger» die Zürcher Sternwarten. Die *Sonntagszeitung* porträtiert auf zwei Seiten, wie sich Schweizerinnen und Schweizer auf alle möglichen Katastrophen vorbereiten: mit Dosenfutter, Zigaretten und Wasseraufbereitungsanlagen. Die *Südschweiz* setzt immerhin noch ein scheinheiliges Fragezeichen dahinter: «Geht jetzt die Welt unter?», während das Schweizer Fernsehen es schafft, das Thema kapitalismuskritisch umzudeuten: «Weltuntergangstheorien lassen die Kassen klingeln».

Der britische Schriftsteller Gilbert K. Chesterton (1874–1936) lästerte scharfsinnig: «Wenn Menschen aufhören, an Gott zu glauben, dann glauben sie nicht an nichts, sondern an alles Mögliche. Das ist die Chance der Propheten – und sie kommen in Scharen.»

Man mag die Endzeitfantasien rund um den Maya-Kalender belächeln. Doch wehe, wer die als Klimaexperten getarnten Untergangspropheten nicht ernst nimmt. Als echte Profis können sie jedes Phänomen für ihre Theorien nutzbar machen – und sogar das Gegenteil. Erst sagten sie uns warme Winter voraus – nun deuten sie die schneereichen Monate völlig ironiefrei als komplexe Pirouette im allgemeinen Klimawandel. O du fröhliche Katastrophe – dann doch lieber eine Portion Weihnachtsstress.

Luzern liegt richtig

Von Florian Schwab — Die Stadt Luzern ist unter Beschuss geraten: Sie sei wegen Steuersenkungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Vorwürfe sind unbegründet.

Immer dann, wenn ein Kanton oder eine Gemeinde ein Finanzproblem hat, wird der angeblich ruinöse Steuerwettbewerb dafür verantwortlich gemacht. Im Moment steht die Stadt Luzern im Fokus. So beklagte sich der Zürcher *Tages-Anzeiger* vergangenen Montag, der «Steuerwettbewerb» setze die Stadt «unter enormen Spardruck». Seit Anfang des Jahrtausends sanken im ganzen Kanton kontinuierlich die Steuern. Insbesondere seit 2007, seit der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (FDP) im Amt sei, die «Galionsfigur der Luzerner Steuersenker».

Die Aussichten sind gut

Tatsächlich war der Kanton Luzern durch die niedrigen Steuern der umliegenden Inner-schweizer Kantone herausgefordert. Zusätzlich zu den kantonalen Steuersenkungen reduzierte die Stadt Luzern seit 2002 zweimal den Steuerfuss. Jetzt überlegt sich die Stadt eine Steuererhöhung. Natürliche und juristische Personen müssten neu rund drei Prozent mehr Steuern zahlen als bisher.

Luzern ist einem Interessenkonflikt ausgesetzt. Es ist zwar eine relativ kleine und damit nicht sehr finanzstarke Stadt. Trotzdem erhebt Luzern den Anspruch, so etwas wie das kulturelle Zentrum der Innerschweiz zu sein. Und dieser Anspruch ist teuer. Dass das gross

entworfene Kultur- und Kongresszentrum (KKL) nächstes Jahr 2,5 Millionen weniger erhält und das Schwimmen aus dem Turnunterricht gestrichen wird, ist zwar für manche schmerzhaft, geht aber keineswegs ans Lebendige. Man jammert also auf hohem Niveau.

Nüchtern betrachtet, ist die Finanzlage nicht dramatisch. Dass sich pro Kopf die Einnahmesituation jetzt leicht verschlechtert, hat mit dem Steuerwettbewerb nichts zu tun, sondern damit, dass die konjunkturellen Aussichten für die Jahre 2012/13 nicht rosig sind. Die Konjunktur schlägt auf die Unternehmenssteuern durch, die besonders stark gesenkt wurden. Umgekehrt werden die Einnahmen in dieser Rubrik aber auch besonders stark steigen, wenn es mit der Wirtschaft wieder aufwärtsgeht.

Die Stadt Luzern ist kein Sorgenkind, sondern ein finanzpolitischer Musterknabe. Sie hat von 2002 bis 2011 insgesamt leicht mehr eingenommen als ausgegeben. Zeitweise hat es Luzern sogar geschafft, den Verschuldungsgrad von 63 Prozent im Jahr 2002 auf 27 Prozent im Jahr 2007 abzubauen. Seither ist er allerdings wieder im Steigen begriffen und ist heute wieder gleich hoch wie vor zehn Jahren.

Die Einnahmen sind im Grossen und Ganzen seit 2002 konstant geblieben — trotz Steuersenkungen. Für 2012 rechnet man mit Einnahmen von 736 Millionen Franken. Nur zweimal in den letzten zehn Jahren klingelte es lauter in der Stadtkasse, nämlich 2002 und 2007, unmittelbar vor den jeweiligen Steuersenkungen.

Sieht man sich die totalen Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung an, ist zwar ein insgesamt leicht sinkender Trend sichtbar, allerdings kann auch hier keine Rede von einem *race to the bottom* sein: Pro Kopf nimmt die Stadt Luzern 9500 Franken ein (2011); das liegt im Mittel der vergangenen zehn Jahre. Im Gegensatz dazu kassieren beispielsweise die Städte Zürich und St. Gallen heute 9 respektive 16 Prozent mehr Geld pro Kopf als 2002.

Luzern gehört damit zu den wenigen Städten, in denen die Staatsstätigkeit nicht massiv ausgebaut wurde. In den kommenden zwei Jahren wird die Stadt gemäss Budget 747,7 bzw. 748 Millionen Franken ausgeben (2011: 739). Das ist mehr als in jedem Jahr seit 2003. Dass der Steuerwettbewerb dennoch laufend kritisiert wird, ist nachvollziehbar: Er macht denjenigen das Leben schwer, die den Staat ausdehnen und die Macht der Politiker auf Kosten der Bürger vergrössern wollen.



Interessenkonflikt: Finanzchef Schwerzmann.

Wachsen Sie ins Anlegen hinein. UBS Anlageplan.

**Jetzt den UBS Anlageplan abschliessen
und von 2% Zins profitieren.**
Erfahren Sie mehr unter 0800 868 402 oder
www.ubs.com/anlageplan



Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2012 kommen Sie in den Genuss eines besonders attraktiven Anlageangebotes. Zahlen Sie einen Anlagebetrag von mindestens 10 000 Franken bzw. Euro in den UBS Anlageplan ein und investieren Sie so über 24 Monate eine gleichbleibende Summe in den von Ihnen ausgewählten UBS Anlagefonds. Neben dem Spezialzins von 2% auf der noch nicht investierten Einlage partizipieren Sie an der Entwicklung der Finanzmärkte. Sie haben so die Chance, von langfristig höheren Erträgen zu profitieren. Wir beraten Sie gerne.

Best Bank in
Switzerland



Wir werden nicht ruhen





«FÜR MEINE FREUNDE, DIE HUNGRIG KOMMEN
UND MIT APPETIT AUF MEHR GEHEN.»

Ivo Adam, Spitzenkoch.

Fine Food Produkte stehen für Spezialitäten von erlesener Qualität aus der ganzen Welt. Wie beispielsweise das Angus



Sirloin Steak. Das zarte, saftige und ausgesprochen aromatische Fleisch ist bei Genießern sehr beliebt.

FINE FOOD

Für besondere Momente.

coop

Für mich und dich.

Personenkontrolle

Blankart, Strik, Lütolf, Perrenoud, Fürer, Harder, Eberle

Zur Kategorie der Menschen, die sich Unfehlbarkeit zusprechen, gehört neben dem Papst auch alt Staatssekretär **Franz Blankart**, der den EWR-Vertrag ausgehandelt und propagiert hat. Wird er an seine historische Fehlprognose von 1992 erinnert («Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen»), dann flüchtet er sich in die Behauptung, der Satz sei ihm bei einer Rede vor dem Gewerbeverband «in der Hitze des Gefechts» rausgerutscht, was er «nachher sofort bereut habe» (*Weltwoche* Nr. 49/12). Da irrt Blankart sich gleich noch-



«Auf den Knien»: alt Staatssekretär Blankart.

und mehrmals. Erstens steht seine falsche Vorhersage im schriftlichen Referatstext mit dem Titel «Im Interesse des Gewerbes: JA zum EWR». Zweitens hat er genau diese leere Drohung, ohne sie zu bereuen, wiederholt ausgestossen, zum Beispiel Ende August 1992 vor dem Schweizerischen Studentenverein in Rapperswil: «Wir werden nach fünf Jahren Alleingang die EG auf den Knien bitten, uns als Mitglied aufzunehmen.» (*upe*)

Nachdem der rot-grüne Berner Regierungsrat den zu Unrecht freigestellten ärztlichen Direktor der psychiatrischen Klinik «Waldau» und Uni-Professor **Werner Strik** in all seinen Funktionen wieder eingesetzt hat, verweigert die desavouierte Geschäftsleitung, die im Gegenwind steht, die Antwort auf alle Fragen. Immerhin ist dem aktuellen Organigramm (wieder mit Professor Strik) zu entnehmen, dass die falsche Professorin **Indira Lütolf-Junicic**, die sich, um ihre Interessen optimal zu wahren, offenbar auch hat krankschreiben lassen, nicht mehr als Leiterin des Qualitätsmanagements fungiert. Merkwürdigerweise verzichtet die Universität Bern auf eine Strafanzeige, obwohl die Hochstaplerin sich deliktesisch mit dem Titel «assoziierte Professorin» geschmückt hat. Noch nicht ausgestanden ist



«Sonderbeobachtung»: Perrenoud (r.)

die Affäre für Gesundheitsdirektor **Philippe Perrenoud** (SP) und dessen Spitzelsystem. Gemäss Regierung stellte Perrenoud seinen Intimfeind Strik ab 2008 unter eine heimliche und damit illegale «Sonderbeobachtung». Denunzianten aus der «Waldau»-Geschäftsleitung hatten monatlich Negatives über Strik zu rapportieren, was Perrenoud zu einer monströsen, aber inhaltlich lächerlichen Fiche verarbeiten liess. (*upe*)

Ein kleines Wunder geschah letzte Woche im Thurgau. Beim Erweiterungsbau des kantonalen Kunstmuseums in der Kartause Ittingen wollte der Regierungsrat eine Volksabstimmung und einen Architekturwettbewerb vermeiden. Er sprach deshalb 9 Millionen aus dem Lotteriefonds für das 11-Millionen-Projekt und setzte als Bauherrin die Stiftung Kartause ein, deren Vizepräsident und Baukommissionsvorsitzender **Robert Fürer** mit der ausgewählten Architektin **Regula Harder** eng verbandelt ist (*Weltwoche* Nr. 48/12). Der Mut eines Anwalts, der die Regierung hartnäckig an die Grundsätze des öffentlichen Beschaffungswesens erinnerte, die Einwände zweier Architekten in der SP-Fraktion und der Bericht der *Weltwoche* führten dazu, dass der Regierungsrat im letzten Moment eine Wende zurück auf den Rechtsweg hinlegte: Vor der Grossratssitzung vom Mittwoch letzter Woche zog er das gesetzeswidrige Vorhaben zurück. Der Präsident der Stiftung Kartause, der Thurgauer Ständerat und Ex-Finanzdirektor **Roland Eberle** (SVP), will die 11 Millionen nun allein durch die Stiftung aufreiben – obwohl deren Urkunde den Bau eines Kunstmuseums nicht als Zweck vorsieht. (*sär*)



Will 11 Millionen aufreiben: Ständerat Eberle.

Nachruf



Understatement: Jazz-Legende Brubeck.

Dave Brubeck (1920–2012) — Als Dave Brubeck im kalifornischen Concord als Sohn eines Farmers und einer Pianistin zur Welt kam, gab es noch keine einzige Plattenaufnahme von Louis Armstrong. Der Mutter verdankte er eine klassische Ausbildung (u. a. bei Darius Milhaud), als Reverenz an den Vater nannte er sich zeit- lebens einen Old Cowboy. Beides galt als unvereinbar mit Jazz.

Und dennoch sollte er sich dereinst mit Armstrong zu einer Plattenaufnahme treffen («The Real Ambassadors», 1961). Da waren beide weit über den Jazz hinaus Superstars, und beide waren, eben wegen ihres Erfolgs, bei der zünftigen Kritik und den Hardlinern verdächtig: Armstrong als ein sich anbietender Onkel Tom, Brubeck als ein in den Effekt verliebter Virtuose, der mit geborgten Fertigkeiten, schrägen Metren («Time Out» hiess einer seiner Millionenerfolge), sich türmenden Blockkaskaden und überhaupt einem Hang zur Überinszenierung verriet, was namentlich europäische Fans für «die Seele des Jazz» hielten (Boris Vian sprach von «süsslicher rhythmischer Kammermusik»).

Brubeck seinerseits nannte seine Gegner «the jazz police». Die pflegten ihre Vorurteile, oft auch einen verdeckten Rassismus (nur ein schwarzer Jazzer ist ein wahrer Jazzer). In Wahrheit war Brubeck zusammen mit dem Altsaxofonisten Paul Desmond ein *couple made in heaven*, und nie waren die beiden bewegender, als wenn sie sich mit viel Understatement «schwarze» Klassiker vornahmen wie «Basin Street Blues», «St. Louis Blues» oder «Limehouse Blues».

Peter Rüedi

Rasende Geisterfahrer

Von Urs Paul Engeler — Die Finanzierung der Verkehrspolitik «ist nicht mehr gesichert», stellt die Politik fest – und pumpt weitere Milliarden in das gescheiterte Konzept einer defizitären Billigbahn.



Gigantische Umwälzpumpe: Bahnhof Luzern.

Verkehr ist so simpel wie Detailhandel: Es gibt Angebote, die entweder identisch sind oder sich zum Teil in Preis und Qualität unterscheiden. Es gibt Nachfragen, die unterschiedliche Wünsche abbilden. Und es muss bezahlt werden, was bestellt und konsumiert wird. Kompliziert, ja konfus und ärgerlich wird die Sache nur darum, weil es den Verkehr so nicht gibt, sondern nur die staatlich verordnete Verkehrspolitik. Damit bestimmen Unehrllichkeiten die Diskussion und die Entscheide.

Erste verdrängte Wahrheit ist, dass der Verkehr aus den Bundes-, Kantons- und Gemeindegassen subventioniert wird, und zwar mit einer zweistelligen Milliardensumme pro Jahr. Die Beihilfen an die Landwirtschaft, knapp vier Milliarden, nehmen sich neben diesen Zuschüssen fast niedlich aus. Die künstliche Verbilligung des Verkehrs ist innert weniger Jahre zur zweitwichtigsten Bundesaufgabe nach den Sozialwerken aufgestiegen und rangiert noch vor der Bildung und der Sicherheit.

Zweite verdrängte Wahrheit ist, dass Bahn, Tram und Bus – bundesamtlich und somit wohlwollend gerechnet – zusammen nur gerade 19 Prozent der Verkehrsleistungen erbringen. Im Güterverkehr kann die Bahn lediglich im politisch speziell gestützten alpenquerenden Segment mithalten (63,9 Prozent); in der Fläche dominiert der Lastwagen mit Anteilen

von 75 bis 80 Prozent. Die Tendenz geht in Richtung Strasse, die qualitative Vorteile bietet.

Dritte verdrängte Wahrheit ist, dass die staatlichen Verkehrsträger die meisten öffentlichen Mittel verschlingen. Die Einnahmen aus den Billettverkäufen decken – bundesamtlich und somit wohlwollend gerechnet – bescheidene 39,5 Prozent der Kosten. Fast zwei Drittel der Fahrt, allein 4,7 Milliarden Franken jährlich auf Bundesebene, berappt der Steuerzahler. Der Strassenverkehr hingegen – bundesamtlich und somit sehr strenggerechnet – weist eine deutlich bessere Kostendeckung aus: Der PW kommt derzeit für gut 100 Prozent seiner Wegekosten auf, der Lastwagen gar für 150 Prozent. Erst wenn die externen Kosten – die groben Schätzungen für Unfälle, Abgasausstoss et cetera reichen von 3,7 bis 6 Milliarden – berücksichtigt werden, sinken die Deckungsgrade auf 90 (PW) oder knapp 100 Prozent (LKW).

Vierte verdrängte Wahrheit ist, dass die Autofahrer und Lastwagenhalter die Bahnen und Busse jedes Jahr mit rund zwei Milliarden Franken unterstützen. Diese enormen Summen werden aus der Benzinsteuern und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) abgezweigt. Überdies wird auch die Infrastruktur für die Velofahrer und Fussgänger aus der Strassenkasse bezahlt. Würden diese zwei bis drei Milliarden nicht zweckentfrem-



Verdrängte Wahrheit: Bundesrätin Leuthard.

det, könnten die privaten Benutzer der Strassen für sich in Anspruch nehmen, den allergrössten Teil der Aufwendungen, die sie verursachen, selbst zu bezahlen. Müssten hingegen Bahnen und Busse ohne diese Quersubventionen rollen und auch noch für ihre Umweltkosten (Lärm, Feinstaub et cetera) aufkommen, wäre das Verhältnis zwischen dem Aufwand und den Erlösen wirtschaftlich wie politisch nicht mehr zu halten und zu rechtfertigen.

Noch mehr vom Falschen

Fazit: Die Kostenwahrheit, die auch in diesem Wirtschaftsbereich zu gelten hätte, würde den Privatverkehr um einige Rappen pro Liter Benzin verteuern, den öffentlichen Verkehr auf vielen Strecken aber fast zum Stillstand zwingen.

Seit der hysterischen Debatte der 80er Jahre über das Waldsterben, das dann doch nicht stattgefunden hat, ist diese massive Umverteilung und deren Verschleierung das politische Programm im Land. Der ökonomische Irrsinn, Eisenbahn- und Busfahren zu Dumpingpreisen anzubieten, wird mal ökologisch, mal raumplanerisch, mal wirtschaftspolitisch (Standortfaktor Infrastruktur) begründet. Sämtliche Motive überzeugen nicht. Es schont Umwelt und Menschen nicht, wenn mit falschen Anreizen die Zahl der durchratternden

Züge nochmals gesteigert, der Bau von Kraftwerken forciert wird und grüne Wiesen von neuen Bahnschneisen überzogen werden. Und warum der Wirtschaft Milliarden entzogen werden sollen, um diese dann zu subventionieren, leuchtet nicht ein.

Dreissig Jahre «Förderung des öffentlichen Verkehrs» haben keine Verlagerung bewirkt, sondern nur unkontrolliert die Kosten vermehrt. Doch ganz nach dem Motto, gemäss dem eine Medizin, die nichts nützt, in noch höherer Dosis verabreicht werden müsse, korrigiert die Politik diese Fehlentwicklung nicht, sondern sie verstärkt sie. Den Anstoss gab die «Initiative für den öffentlichen Verkehr», den die Bahnlobbyisten vom Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) eingereicht haben. Sie haben erkannt, dass die Finanzierung des Bahnsystems bald kollabieren wird, und verlangen mit dem Begehren, dass noch mehr Geld aus der vollen Strassenkasse über die Schienen gestreut wird. Der Strassenverkehr würde so etwas teurer und das Bahnfahren zu noch extremeren «Billiger Jakob»-Preisen angeboten.

Der Bundesrat, der vorgibt, eine «konsequente, nachhaltige Verkehrspolitik» zu betreiben, gesteht nun ein, dass «die Finanzierung unseres Bahnsystems nicht mehr gesichert» ist. Er lehnt die VCS-Initiative zwar ab, fährt mit seiner Alternative «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi)» aber

noch wesentlich zügiger in die falsche Richtung. Er bastelt aus einem dem Stimmbürger vormals als garantiert «befristet»(!) verkauften «Finöv-Fonds» rasch und leise einen unbefristeten «BIF-Fonds», der erstens weiter aufgebläht wird und zweitens die Zweckentfremdung der Strassengelder unwiderruflich macht.

Ermutigende Signale aus dem Volk

Den zusätzlichen Finanzbedarf für den Bahninfrastrukturfonds (BIF) bringen, versteht sich, nur zum kleineren Teil die Bahnbenutzer selbst über teurere Billette auf. Haupteinnahmequellen sind die Bundeskasse (100 Millionen), die Autopendler, die über geringere Steuerabzüge zur Kasse gebeten werden (abermals 200 Millionen jährlich) sowie die Steuerzahler in den Kantonen (200 Millionen pro Jahr). Die gigantische Umwälzpumpe wird nicht etwa installiert, um das heutige überreizene Angebot zu konsolidieren, sondern um weitere Bahnausbauten im Gesamtwert von 42,5 Milliarden Franken («Bahn 2030») zu ermöglichen. Für den ersten Schritt sollen 3,5 Milliarden zur Verfügung stehen.

Das bundesrätliche Fabi-Konzept, das weitere Defizite generiert, ist allerdings nicht das Ende der Geisterfahrt, sondern erst deren Start. Der Ständerat als Sammelbecken der Forderungen aller Landesteile hat das Wunschprogramm in vorweihnächtlicher Stimmung

noch fast verdoppelt. Damit die Bagger auffahren können, um sämtliche unrentablen Ideen von Chur–Zürich über Bern–Luzern bis in die Westschweiz in die Landschaft zu drücken, hat er fast einstimmig die Limite für den Geleisebau auf 6,4 Milliarden Franken aufgestockt. Um das nötige Geld zu beschaffen, wird kurzerhand die Mehrwertsteuer erhöht – wiederum garantiert «befristet bis 2030» (!). Dannzumal wird sich niemand mehr an das hinterlistige Versprechen erinnern können.

Da nicht anzunehmen ist, dass der Nationalrat wesentlich vernünftiger entscheiden wird, muss das Volk die Notbremse ziehen. Und die Stimmbürger und Steuerzahler scheinen doch allmählich zu erkennen, wie verkehrt und wie teuer die Hurra-Verkehrspolitik geworden ist. Es gab in jüngster Zeit zwei ebenso überraschende wie ermutigende Signale dafür, dass die Bürger mehr Realitätssinn entwickelt haben als die Politiker: Die Berner beschlossen Ende September gegen das breite politische Establishment von Linksaussen bis FDP, die Motorfahrzeugsteuern massiv zu senken. Gleichzeitig haben die Neuenburger das Milliardenprojekt einer S-Bahn zwischen dem Hauptort und La Chaux-de-Fonds («Transrun») an der Urne beerdigt. Die Zeit der Bahn-Euphorie läuft aus.

Kurt W. Zimmermann über den Service bei den SBB: nächste Seite.

Das Orange Netz
ist jetzt fast
das beste.

Und dazu gibts
schnelles Internet
in allen Abos.



Als Anfänger bei der Staatsbahn

Von Kurt W. Zimmermann — Nach Jahren wieder einmal auf Schienen unterwegs: Die Stauzeit am Bahnhof war gigantisch, der Billett-Preis stattlich. Im Zug gab es keinen Speisewagen.



«Wir haben hier kein Internet»: SBB-Abteil.

Ich gebe zu, ich bin ein notorischer Autofahrer. In der Schweiz bin ich seit Jahren nicht mehr Zug gefahren. Ich habe nicht einmal ein Halbtax-Abo.

Dennoch kann ich einigermassen mitreden. Früher war ich regelmässig mit dem Zug unterwegs. Auch im Ausland bin ich in den letzten Jahren gelegentlich Eisenbahn gefahren.

Letztes Wochenende fuhren wir zum Skifahren nach Zermatt. Man sagte dem notorischen Autofahrer, in das autofreie Zermatt nehme er gescheiter den Zug. Das hat mir eingeleuchtet.

Warten vor dem Schalter

Als ich am Hauptbahnhof Zürich ankam, versuchte ich, eine Fahrkarte zu kaufen. Das war schwierig. Die Kolonne vor den Billettschaltern war ungefähr vierzig Meter lang, es ging nur langsam voran. Ich sagte deshalb zu meinem Nebenmann, ich würde das Billett wohl besser im Zug kaufen. «Tun Sie das nicht», sagte er, «das kostet Sie neunzig Franken Busse.»

Wie gesagt, ich will mich hier nicht als Spezialist für die SBB aufspielen. Aber unter Kundenservice verstand man damals, als ich noch Bahn fuhr, etwas ganz anderes.

Dass ich knapp vor der Abfahrt doch noch zu einem Billett kam, hatte mit meiner Unerfahrenheit zu tun. Ich war viel zu früh am Bahnhof eingetroffen. In früheren Zeiten war es der

grosse Vorteil der Bahn, dass man keine Stauzeiten wie am Flughafen einplanen musste. Das scheint sich geändert zu haben.

«Warum dauert das hier so lange?», fragte ich den Schalterbeamten. «Buchen Sie online. Haben Sie kein Internet?», sagte er.

Das Zugbillett von Zürich nach Zermatt kostete 418 Franken. Es war nur ein bisschen teurer als ein Flugticket von Zürich nach Stockholm oder von Zürich nach Istanbul. Weil Flüge weniger kosten, bekommt man auf dem Flug gratis ein Mittagessen und ein oder zwei Gläser Wein. Bei den SBB bekommt man nichts.

Es gab im Zug keinen Speisewagen, wie das früher üblich war. Es gab nur eine Ecke, die mit «Bistro» angeschrieben war und in der drei Tische ohne Tischtücher standen. Die drei Tische waren natürlich überfüllt. Es gab nur einen Bediensteten im Bistro. Man konnte bei ihm allerdings kein Bier bestellen, um es ins Abteil mitzunehmen. Der einzige Bedienstete war zwanzig Minuten damit beschäftigt, für die drei überfüllten Tische Sandwiches zuzubereiten.

«Nun gut», dachte ich, «für 418 Franken muss man als Anfänger bei der Staatsbahn halt etwas Lehrgeld bezahlen.»

Dann kam der Kondukteur. Er kontrollierte das Billett. Er kontrollierte es sehr genau. Ich sagte ihm, dass es offenbar Probleme mit der WLAN-Verbindung gebe. Ich käme mit mei-

nem Tablet nicht ins Internet, weil ich mich nicht einwählen könne. «Wir haben hier kein Internet», sagte der Kondukteur. «Können Sie mir dafür wenigstens ein Bier bringen?» fragte ich. «Dafür bin ich nicht angestellt», sagte der Kondukteur, «gehen Sie ins Bistro.»

Wie gesagt, ich bin kein SBB-Spezialist. Aber als ich das letzte Mal mit einem ICE in Deutschland unterwegs war, gab es im Zug selbstverständlich einen Internetanschluss über WLAN. Man konnte sich auch auf dem Bildschirm am Vordersitz Filme anschauen, wenn man wollte. Bei den SBB, so sagt man mir, gibt es sogar noch Waggons, in denen es nicht einmal Steckdosen gibt.

Als ich das letzte Mal mit einem ICE in Deutschland unterwegs war, fragte mich der Schaffner wie selbstverständlich, ob er mir aus dem Restaurant etwas zu essen und zu trinken bringen könne oder ob er ein paar Zeitungen holen solle. Er verstand sich als Serviceangestellter.

Wie auch immer – es kam nun der Kondukteur der SBB wieder vorbei. Er sagte nichts, aber er kontrollierte noch einmal das Billett. Er kontrollierte es sehr genau. Ich hätte ihn gerne gefragt, ob er nicht ein paar Zeitungen bringen könne, weil es ja im Zug kein Internet gebe. Ich getraute mich nicht.

Weil man auch immer das Positive sehen sollte, muss ich absolut positiv festhalten: Der Zug der SBB war pünktlich. Auf die Sekunde. ○

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH



YOUR TIME IS NOW.

**GO PLACES YOU NEVER THOUGHT
POSSIBLE.**

Pontos S & Miros Date Ladies

A durable sports watch for him with automatic caliber
and chronograph that is water resistant to 200m.

For her an exquisite diamond bezel watch, with fine detail
dial and precision movement that is water resistant to 100m.

MAURICE  LACROIX

Manufacture Horlogère Suisse

Der Sieger ist...

Von Henryk M. Broder — Die dümmsten Stellungnahmen zur Lage im Nahen Osten.



Es sieht aus, als hätte jemand einen Wettbewerb für die dümmste Stellungnahme zur Lage im Nahen Osten ausgelobt und dem Sieger als Preis einen vierwöchigen Aufent-

halt in einer Wellness-Oase unter Leitung der al-Qaida im Norden von Mali versprochen. Die Erste, die das Angebot annahm, war die SPD-Generalsekretärin, Andrea Nahles. Sie kündigte eine «strategische Partnerschaft» zwischen der SPD und der palästinensischen Befreiungsbewegung Fatah auf der Basis «gemeinsamer Werte» an, als da wären: «Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichheit und Achtung von Minderheiten», lauter Werte, für die der Name «Fatah» zum Markenzeichen geworden ist.

Es dauerte nicht lange, und Claudia Roth, die Vorsitzende der Grünen, nahm den Faden auf. In einem Interview mit dem ARD-«Morgenmagazin» forderte sie Israel auf, «Verhandlungen mit dem pragmatischen Teil der Hamas» aufzunehmen. Mehrere Anfragen bei Frau Roth, wo der «pragmatische Teil der Hamas» zu finden wäre, blieben von ihr unbeantwortet.

Die Statements der beiden Top-Frauen aus dem rot-grünen Lager müssen eine geradezu euphorisierende Wirkung auf den Fraktionschef der CDU, Volker Kauder, gehabt haben. Er überlegte, wie er sie toppen könnte. «Die Saudis mögen selbst jüdenfeindlich sein, aber sie sorgen auch dafür, dass der Iran die Juden nicht ins Meer treiben kann», erklärte er in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*.

Die meisten Deutschen sind damit überfordert, zwischen Juden, Israelis und Israeliten zu unterscheiden. Kauder macht da keine Ausnahme. Was er sagen wollte, war: «Die Saudis sorgen auch dafür, dass der Iran die Israelis nicht ins Meer treiben kann.» Das wäre zwar begrifflich richtig, aber dennoch vollkommen falsch gewesen. Worauf es Kauder ankam, war etwas ganz anderes: Er wollte den Verkauf deutscher Panzer an Saudi-Arabien rechtfertigen. Zu sagen, es gehe um ein Milliardengeschäft, wäre zu banal gewesen, denn die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Es sei denn, zum Schutz der «Juden», die von den Deutschen zwischen 1933 und 1945 sich selbst überlassen wurden.

Damit hat Kauder Nahles und Roth souverän geschlagen. Der Wettbewerb ist entschieden.

Nichts gelernt

Von Kurt Schiltknecht — Höhere Steuern, mehr Zentralisierung und Staatseingriffe: Das ist der verhängnisvolle Trend in der Wirtschaftspolitik. Warum werden Politiker nicht klüger?

Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt», soll Mahatma Gandhi einmal gesagt haben. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man die Entwicklung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Industriestaaten oder die Rezepte des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Bekämpfung von Währungskrisen anschaut.

Obwohl in der Vergangenheit die Budgetdefizite mit Steuererhöhungen nie nachhaltig reduziert wurden, drängen der IWF und die EU-Politiker die überschuldeten Länder zu Steuererhöhungen. Eigentlich müsste der IWF aufgrund seiner Erfahrungen mit lateinamerikanischen Staaten wissen, dass «verordnete» Steuererhöhungen keine Lösung sind. Sie verschärfen die Rezession in den betroffenen Ländern. Doch dies hat den autoritären IWF noch nie beeindruckt.

Steuererhöhungen führten, unabhängig davon, ob sie von aussen oder von innen verordnet wurden, langfristig nur zu einer weiteren wachstumshemmenden Ausweitung der Staatsaktivitäten und vielfach zu noch grösseren Budgetdefiziten. Mit zunehmender Steuerlast steigt die Versuchung, diese durch Steuerumgehung oder Verlagerung der Aktivitäten in steuergünstige Staaten zu reduzieren. Es ist kein Zufall, dass die Steuerehrlichkeit in Ländern mit vernünftiger Steuerbelastung grösser ist.

Strafen und Drohgebärden

Statt aus der Vergangenheit zu lernen und bei der Steuerbelastung Abstriche vorzunehmen, suchen die EU-Politiker mit verschärften Kontrollen und drakonischen Strafen die Steuerhinterziehung zu eliminieren. Mit Drohgebärden wollen sie den Boden für weitere Steuererhöhungen ebnen.

Doch bürokratische Kontrollen und hohe Steuern waren in der Geschichte noch nie wachstumstreibende Faktoren. Es ist erstaunlich, wie der Glaube an die positiven Wirkungen verstärkter Kontrollen bei immer mehr Politikern Einzug hält. Ein Beispiel sind die Hoffnungen, die an eine einheitliche Überwachung des Bankensystems in den EU-Ländern geknüpft werden. Aus der Geschichte weiss man, dass Aufsichtsbehörden noch nie eine Bankenkrise verhindern konnten. Hingegen haben sie mit schlechter Regulierung der

jüngsten Bankenkrise Vorschub geleistet. Eine Mitschuld tragen auch die Notenbanken, die mit ihrer vor dreissig Jahren gemachten Aussage, die zehn grössten Banken des Landes nicht fallenzulassen, das Problem des *too big to fail* in ungeahntem Ausmass verschärft haben. Statt mehr Bürokratie sollte die EU auf griffige Eigenkapitalvorschriften und mehr Wettbewerb setzen.

Die Korruption steigt

Weniger Bürokratie und mehr Markt wäre auch der beste Ansatz zur Bekämpfung der weltweit grassierenden Korruption. Der von Transparency International vor kurzem wieder publizierte Korruptionsindex erweckt bei vielen Leuten den Anschein, als ob die Schweizer weniger korrupt seien als beispielsweise die unter der Schuldenlast ächzenden Griechen. Da hege ich Zweifel. Das Ausmass der Korruption in einem Lande hat weniger mit



den Menschen an sich als mit der wirtschaftspolitischen Ordnung zu tun. Insbesondere spielt die Art, wie Güter, Dienstleistungen und Bewilligungen zugeteilt und Einkommen bestimmt werden, eine grosse Rolle. Grundsätzlich steigt das Ausmass der Korruption, je geringer der Wettbewerb in einer Wirtschaft ist, je mehr der Staat in die Preisbildung ein-

greift, je höher die Steuern sind und je mehr wirtschaftliche Aktivitäten vom Staat bewilligt werden müssen.

Länder, in denen die Güter oder Bewilligungen vom Staat unter den Marktpreisen oder zu undefinierten Konditionen abgegeben werden, haben einen fruchtbaren Boden für Korruption. Schmiergeldzahlungen schaffen hier den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, der auf einem freien Markt über eine Preisanpassung zustande kommen würde.

Würden die Politiker, was nach Gandhi leider unwahrscheinlich ist, etwas aus der Geschichte lernen, würden sie die Korruption, die Budgetdefizite oder die Bankenkrise nicht mit bürokratischer Überwachung und einer Vielzahl von staatlichen Eingriffen zu bekämpfen versuchen. Stattdessen würden sie der freien Marktwirtschaft und dem Kapitalismus wieder vermehrt eine Chance geben. Das würde zwar auch nicht alle Probleme lösen, doch insgesamt ergäben sich für die Bürger die besseren Aussichten.

Italien kehrt zur Demokratie zurück

Von Hansrudolf Kamer — Berlusconi's Comeback beendet das Intermezzo Monti. Politische Stabilität wird es wohl nicht geben. Der Reformdruck bleibt.



Zum Entsetzen grosser Teile der europäischen Polit-Elite entsorgt Italienseine Technokratenregierung. Dabei hat Pier Luigi Bersani, der Chef des Partito Democratico und Anführer des Mitte-links-

Lagers, gute Chancen, in Neuwahlen eine relative Mehrheit zu gewinnen.

Das wäre die beste aller Welten: Bersani bildet eine Regierung, Italien hätte wieder eine demokratisch gewählte – keine von der EU-Troika erzwungene. Ausserdem eine, die nicht nur Europa-, sondern Euro-kompatibel wäre und Berlin womöglich zufriedenstellen könnte.

Mit untrüglichem Gespür für die wechselnden Stimmungen in der Bevölkerung hat sich das Gespenst des Cavaliere zurückgemeldet. Man hatte ihn endgültig abgeschrieben und ihn schon im Gefängnis oder im Exil gesehen. Doch es war der Superpopulist und Rattenfänger Silvio Berlusconi, der das Intermezzo Mario Monti vorzeitig beendete.

Die Ankündigung seines Comebacks brachte seine Partei auf Kurs, die sich intern gestritten und nach einem Nachfolger umgesehen hatte. Berlusconi's Popolo della Libertà entzog Monti die Unterstützung im Parlament. Der Mohr kann gehen, bevor er Italien gerettet hat.

Die Euro-Krise verbraucht Politiker schneller, als dies sonst der Fall wäre. In Italien hatten und haben häufige Regierungswechsel zwar Tradition. Doch Silvio Berlusconi gehört zu den Langlebigen. Er hat die letzten Jahre der italienischen Politik dominiert. Monti dagegen, vor einem Jahr als Messias begrüsst, hat sich schnell abgenützt und ist unpopulär geworden – er und seine Politik.

Während er aus Brüssel dafür gerühmt wurde, den Anfang einer Stabilisierung der Staatsfinanzen eingeleitet und das Vertrauen der Finanzmärkte in Italien wiederhergestellt zu haben, murren viele Italiener vernehmlich über die schwerer werdende Steuerlast. Und *pronto* entpuppt sich die Stabilisierung als vorläufig, das Vertrauen als entzugsgefährdet.

Die Italiener sind – wie die Griechen, Portugiesen und Spanier – von einer Politik nicht überzeugt, die ihr Land in eine Rezession stürzte, die Arbeitslosigkeit erhöhte und die

Abwanderung vor allem junger Italiener ins Ausland ansteigen liess.

Auch Monti, der «renommierte» Wirtschaftsfachmann – wie viele solche gibt es eigentlich in der italienischen Politik? –, gelang es nicht, die Sparpolitik politisch akzeptabel zu machen. In einer Demokratie wäre das die lapidare Grundvoraussetzung. Doch Monti war ja nicht demokratisch legitimiert, sondern «von oben» eingesetzt.

Monti will vor seinem Rücktritt noch das Budget 2013 und ergänzende Stabilisierungsgesetze durchs Parlament ziehen. Weitere Reformvorhaben wie die Entbürokratisierung und eben Liberalisierungsschritte zur Wachstumsförderung bleiben liegen. Letztere waren durch die Gewerkschaften bereits stark verwässert worden.

Das Versagen des Cavaliere

Dass Monti geht, bevor er das wirklich Entscheidende angepackt hat, bietet Berlusconi Angriffsflächen. Der Cavaliere schert sich selten um Glaubwürdigkeitsprobleme. Er hätte selber diese Reformpolitik umsetzen können, er hatte dafür in drei Wahlen erkämpfte Mandate – doch er versagte durchgehend. Er ist der Totengräber des reformwilligen Liberalismus, dafür verantwortlich, dass die Linke mit Rückenwind in die Wahlen geht.

Berlusconi wird im Wahlkampf genau wie die radikale Linke gegen Deutschland, die EU und die Sparpolitik wettern und versuchen, Wachstumsoptimismus zu vermitteln. Wäre es nicht Berlusconi, der diese Botschaft verkündet, derjenige hätte vielleicht Erfolg, denn eine solche Kritik lässt sich gut begründen. Doch ist es schwer vorstellbar, dass Italien noch einmal auf ihn hereinfällt.

Als Routinier im Vorzimmer der Macht hat Pier Luigi Bersani am Wochenende dem *Wall Street Journal* ein Interview gegeben, in dem er alle Bedenken gegen eine Regierung unter seiner Führung zu zerstreuen versuchte. Er verneigte sich vor den Märkten und beteuerte, er werde die italienischen Verpflichtungen gegenüber Europa erfüllen und die unter Monti verabschiedeten Massnahmen nicht rückgängig machen.

Bersani versuchte auch die Behauptungen zu entkräften, dass die Gewerkschaften ihn in der Tasche hätten. Auch sei er keine Geisel der radikalen Linken, die gegen Montis Sparpolitik Sturm gelaufen war und mit der Bersanis Partei ein Wahlbündnis eingegangen ist. Auch die Basis seiner eigenen Partei hat unter Montis Sparanstrengungen gelitten und verlangt nun Änderungen.

Bersanis Lager kann zurzeit mit einem Drittel der Stimmen rechnen. Er braucht Unterstützung von der Mitte und der Gemässigten. Ob sich das alles zu einer stabilen Koalition addiert, ist offen. Wenn Bersani in der Regierung etwas erreichen will, müsste er mit der linken Folklore abfahren, wie sich sein junger Vorwahlgegner Matteo Renzi ausgedrückt hat. Italien ist ein gebranntes Kind. Die Aussichten sind schlecht, die Lage ist ernst, aber natürlich nie hoffnungslos.



Reformen bleiben liegen: Italiens Premier Monti.

Heute kommt der Weihnachtsmann

Von Christoph Mörgeli

Vergessen wir Samichlaus und *Christchindli*. Heute umlullt uns beim Shopping amerikanischer Christmas-Sound. An jedem zweiten Wohnhaus leuchtet in allen Farben der US-Weihnachtsmann samt rotnasigem Rentier Rudolph und fliegendem Schlitten. Santa Claus verteilt nach allen Seiten Geschenke und füllt alle bereitgestellten Socken. Darum gilt er auch als Schutzpatron der Sozialdemokraten. Doch punkto Freigebigkeit wird der Weihnachtsmann noch durch unseren Bundesrat übertroffen.

Besonders gern spielt unsere Landesregierung Weihnachtsmann fürs Ausland. Sie schnürt jetzt das fünfte Kredit-Päckli für den Internationalen Währungsfonds seit 2009. Uns Schweizern bleibt ein Gesamtrisiko von 30 Milliarden Franken. Grosse Geschenke erhalten die Freundschaft: Mit dem Fatca-Abkommen beschenkt der Bundesrat die USA faktisch mit dem einseitigen automatischen Informationsaustausch. Jene Kunden – so Eveline Widmer-Schlumpf –, die das nicht wollten, «können ihr Konto auflösen». An der Uno-Klimakonferenz verspricht Doris Leuthard den Entwicklungsländern zusätzlich viele Millionen. Den Palästinensern mit ihrer bombenwerfenden Hamas schenkt der Bundesrat den Uno-Beobachterstatus. Und verschenkt damit die Neutralität.

Im Inland schenkt der Bundesrat 30 Millionen für die Olympia-Kandidatur und eine Milliarde für ungedeckte Kosten. Ältere Mitbürger erhalten das Verzögern der Reform unserer Altersvorsorge bis 2018. Und als Zusatzversprechen die Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer. Der SP wird ein angeblicher Gegenvorschlag zur Einheitskasse geschenkt, der etwa ihrer Volksinitiative entspricht. Das Büro für Gleichstellung von Mann und Frau bekommt zwei bis fünf Zusatzstellen, denn heute sind's erst lächerliche zwölf. Firmen dürfen sich auf staatliche Lohnkontrollen und Sanktionsmöglichkeiten freuen. Allen illegal anwesenden Sans-Papiers schenkt Bundesbern eine Berufslehre. Und die Caritas-Christen erhalten von Weihnachtsmann Alain Berset einen runden Tisch zur Armutsbekämpfung und eine gesamtschweizerische Armutsstrategie.

Unsere Linksregierung leistet ganze Arbeit. Es ist herrlich, mit fremdem Geld um sich zu werfen. Den Katzenjammer erleben die künftigen Generationen. Sie bezahlen dereinst den geschenkten Gaul, der uns heut' macht fett und faul.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Grenzen der Salomitaktik

Von Peter Bodenmann — Bilaterale Abkommen: 110 000 oder 80 000 Anflüge pro Jahr? Vieles paraphiert und nix geregelt.



Kommt nicht mehr weiter: Verkehrsministerin Leuthard mit ihrem deutschen Kollegen Ramsauer.

Ist die SVP für den bilateralen Weg? Nein, die SVP sagte und sagt bei allen wichtigen Dossiers jeweils nein. Allerdings so dosiert, dass sie immer verliert. Rechts blinken, links abbiegen.

Warum wollen die Freisinnigen noch nicht vom EWR reden? Weil sie zuerst die bilateralen Verhandlungen auflaufen lassen wollen.

Warum wollen Christophe Darbellay und Urs Schwaller in den EWR? Weil Doris Leuthard mit ihren Dossiers nicht mehr weiterkommt.

Wären wir im EWR, wäre der Flughafen Zürich ein Flughafen des Europäischen Wirtschaftsraumes. Die Flieger dürften die ökonomisch und ökologisch sinnvollsten An- und Abflugrouten wählen. Und die führen nun einmal – ob wir dies wollen oder nicht – über etwas deutschen EWR-Raum.

Vorab die Zürcher und die Aargauer könnten aufatmen. Und der deutsche CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer könnte sich in Berlin politisch folgenlos hinter dem europäischen Recht verstecken.

Doris Leuthard war einst das Aushängeschild der vorab im Aargau beheimateten Schweizer Atombarone. Die haben in den letzten zwei Jahrzehnten so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte.

Alpiq und Co. haben nicht begriffen, wie der von Deutschland geförderte Wind- und Solarstrom die Preise an den europäischen Strommärkten in den Keller zieht.

Alpiq und Co. haben quer durch halb Europa Milliarden in Kohle- und Gaskraftwerke investiert, obwohl es im Markt bereits Überkapazitäten gab.

Die Schweizer Pumpspeicherwerke sind falsch konzipiert. Sie haben – im Gegensatz zu den norwegischen Pumpspeicherwerken – auf den Oberstufen zu wenig grosse Speicherseen.

Trotz historisch tiefen Zinsen stehen deshalb die parastaatlichen Energieversorger mit dem Rücken zur Wand. Allein Alpiq braucht eine Milliarde frisches Steuergeld, wenn sie nicht untergehen will.

Solange nicht klar ist, ob die Schweiz Bestandteil des europäischen Strom-Binnenmarktes sein wird, können Alpiq, BKW, Axpo und Co. die regulierbare Wasserkraft, ihren letzten bescheidenen Trumpf, nicht einmal mehr ausspielen.

Die EU ist ein zivilisierter Basar. 27 EU-Länder legen fest, wie Strom zwischen ihnen gehandelt wird. Niemand will mit der Schweiz immer wieder neue Extrawürstchen aushandeln. Verständlich, denn die Schweiz braucht den europäischen Markt und nicht umgekehrt.

Politik ist wieder spannend: Wer nachvollziehen will, geht in den EWR. Wer mitbestimmen will, in die EU. Wer Geld verlieren will, wählt den Alleingang.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Amuse-Bouches aus Feindeshand

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn man interne Probleme hat, braucht man einen äusseren Feind. Ein Idealfeind ist Google.

Wenn die Schweizer Verleger geschlossen gegen den bösen Feind ziehen, dann ist Vorsicht angezeigt. Vielleicht brauchen sie den externen Feind, weil sie intern nicht mehr weiterkommen.

Jedenfalls haben sich die Schweizer Verlags-häuser zuletzt in einen heiligen Furor gesteigert. Der gemeinsame Feind heisst Google. Die Suchmaschine begehe «Diebstahl» (Ringier-Chef Marc Walder) und «unlauteren Wettbewerb» (Verleger-Präsident Hanspeter Lebrument). Vermutlich klagen die Verleger den bösen Feind ein.

Der Fall ist darum interessant, weil hier zwei unterschiedliche Welten aufeinanderprallen. Da ist die Welt der Verleger, die in Unordnung ist. Und da ist die Welt von Google, die schöne Geschäfte macht.

Was tut Google? Google bietet auf seinem News-Dienst kleine Amuse-Bouches aus dem Angebot der Zeitungsverlage. Wenn man zum Beispiel den Namen von Bundesrat Alain Berset eintippt, dann liefert Google News einen kurzen Hinweis: «Berset setzt auf Lohnkontrollen, um Mann und Frau gleichzustellen.» Dazu nennt Google die Quelle der Information, in diesem Fall den *Tages-Anzeiger*.

Diese Appetithäppchen, so sagen nun die Verleger, sind Diebstahl. Darum soll Google für diese kleinen Zitate künftig bezahlen. Man nennt das Leistungsschutzrecht. Es ist schon auf den ersten Blick eine ziemlich gewagte These: Demnach müsste auch jedes Lokalradio bezahlen, wenn es eine Story von *Tages-Anzeiger* oder die *NZZ* in seinen Nachrichten zitiert.

Vollends grotesk wird die Argumentation, wenn man dann auf den Google-Hinweis zu Bundesrat Berset klickt. Nun wird man auf die Homepage des *Tages-Anzeigers* geführt und kann dort gratis und franko den ganzen Artikel lesen, den das Blatt zum Thema Gleichstellung geschrieben hat.

Um es noch einmal in der gastronomischen Terminologie zu sagen: Für die Amuse-Bouches muss also bezahlt werden, dafür bekommt der Gast den Hauptgang geschenkt.

Hinter dem Verwirrspiel steht eine geänderte Strategie der Medienbranche, von der keiner weiss, ob sie funktionieren wird.

Bisher hat die Branche versucht, ihr Internetangebot ausschliesslich über Werbung zu finanzieren. Darum mussten möglichst viele Nutzer her. Die bekommt man nur mit Gratisangeboten. Google war darum der beste Freund der Verlage. Die Suchmaschine schaufelte den Zeitungen gegen einen Drittel ihrer



Sündenbock: Google-Gründer Page (l.), Brin.

Nutzer heran. Die Zeitungsverlage glühten vor Begeisterung, wenn sie von Google möglichst häufig zitiert wurden. Sie betrieben gezielte Suchmaschinen-Optimierungen, damit sie bei Google-Suchen möglichst weit oben in der Liste erschienen.

Dann stellte sich heraus, dass Gratisangebote im Internet für immer ein Verlustgeschäft bleiben sollten. Darum versuchen die Medienhäuser derzeit eine gewagte Wende um 180 Grad. Sie wollen für ihre Informationen im Netz künftig Geld verlangen und dadurch profitabel werden. Ob es gelingt, ist unsicher.

Aus Freund Google wurde darum Feind Google. Nach der strategischen Kehrtwende sollen nun alle für Online-Inhalte bezahlen, die Kunden genauso wie die Lieferanten. Ob Google sich auf die Forderung einlässt, ist zweifelhaft. Denn die Kurz-News aus den Verlagshäusern sind für die Suchmaschine kein Geschäft. Sie sind werbefrei.

Der heftige Streit zwischen alter und neuer Medienwelt ist darum vor allem aus kultureller Sicht lehrreich. Fünfzehn Jahre lang zerstörte die Medienbranche mit ihrer Gratiskultur im Internet das eigene Geschäftsmodell. Die Einsicht kam spät, vielleicht zu spät.

Man braucht kein Verhaltenstherapeut zu sein, um zu verstehen: In dieser Situation braucht es einen Sündenbock.

1 Milliarde Dollar für Solarpanels aus China

Von Alex Reichmuth

Wie sehr wurde doch die europäische Fotovoltaik-Industrie einst als Segen für die hiesige Wirtschaft gepriesen! Von der massenhaften Produktion von Solarpanels, so hiess es, profitiere nicht nur die Umwelt. Als Nebeneffekt entstünden auch Tausende grüner Arbeitsplätze. Inzwischen ist der Traum geplatzt. In den letzten Monaten machte ein Vorzeigeunternehmen nach dem anderen dicht. Vor allem in der deutschen Solarpanel-Branche schlug der Pleitegeier zu: Solon, Solar Millennium, Q-Cells, Sovello und viele andere einst stolze Unternehmen – alle in Konkurs.



Schuld an ihrem Absturz sind vor allem chinesische Solarunternehmen, die die Verheissungen einer uneinholbaren Marktführerschaft Europas Lügen strafen. China produziert heute Panels bester Qualität, aber ungleich günstiger – dank tieferen Löhnen, lascheren Umweltstandards und staatlichen Zuwendungen. Die westlichen Konkurrenten beklagen, diese Zuwendungen seien illegal. Sie verlangen Sanktionen auf internationaler Ebene.

Doch alle Proteste verhallten im Reich der Mitte bis jetzt ungehört. Im Gegenteil: Chinesische Solarfirmen drängen in den Westen und errichten einen Europa-Sitz nach dem anderen. Vor eineinhalb Jahren hat auch die Solarfirma Jinkosolar in Zug einen Standort eröffnet, um von der Schweiz aus den europäischen Markt zu beackern. Letzte Woche meldete das chinesische Unternehmen nun, dass es von der China Development Bank einen Kredit von einer Milliarde Dollar erhält, um Bau und Absatz von Fotovoltaik-Modulen in Europa voranzutreiben. Zusätzliche Marktanteile ergattern will Jinkosolar vor allem in Deutschland, Italien und Spanien.

Das Vorpreschen von Jinkosolar bestätigt alle Vorstellungen über chinesische Solarfirmen: Das Unternehmen, das schon jetzt zu den zehn grössten Solarbauern der Welt gehört, gilt als ausgesprochener Billigproduzent. Und der Milliardenkredit kommt von einer Bank unter staatlicher Kontrolle – und ist wohl stark verbilligt. Das muss man zumindest annehmen, denn Journalistenfragen an die China Development Bank waren am Medientermin letzte Woche nicht zugelassen.

Leserbriefe

«In der Tat ist einiges faul in unserem Kanton.»

Andreas Lustenberger



«Die Einzelfälle haben System»: zurückgetretener Zuger Finanzvorsteher Romer.

Treuhänder, Anwälte, Vermögensverwalter Nr. 49 – «Und alle schauen weg»; Philipp Gut über den Zuger Millionenskandal

Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen über bürgerliche Politiker und ihr Verhalten. Im Fokus steht der Zuger Geldadel – also Treuhänder, Anwälte, Vermögensverwalter, Unternehmer und mit ihnen verbandelte Politiker. Doch schön der Reihe nach:

Der Zuger FDP-Stadtrat Ivo Romer geht. Er hat als Vermögensverwalter einer betagten Frau deren Vermögen nicht etwa vermehrt, sondern massiv vermindert. So dass von den Millionen Franken noch ein paar lumpige tausend Franken übrig blieben.

Der Baarer SVP-Gemeinderat Karl Betschart kauft sich frei von einem Strafverfahren mit der Bezahlung von rund einer halben Million Franken Entschädigung und Wiedergutmachung. Alles paletti, meint der bürgerlich dominierte Baarer Gemeinderat nach dem aussergerichtlichen Vergleich und erteilt seinem Kollegen die Absolution. Nach einem solchen Debakel muss auch Karl Betschart ganz klar seinen Posten räumen.

Der SVP-Kantonsrat und Anwalt Manuel Brandenburg ist Vizepräsident der Firma Rothsinvest. Ein Direktor dieses Firmengeflechts soll Hunderte Menschen um rund 250 Millionen Euro geprellt haben. Der Verwaltungsrat in Zug hat angeblich keine Ahnung von den kriminellen Vorgängen in seiner Firma. Das SVP-Mitglied Adrian Risi

erleidet mit seinem Golfprojekt Schiffbruch; über 70 Prozent der Stimmenden im Bezirk Affoltern lehnen die notwendige Richtplanänderung ab. Und was macht Risi? Er will nun halt auf Baarer Boden seinen Traum verwirklichen. Der Baarer Gemeinderat hat offene Türen für das Anliegen.

Es sind alles Einzelfälle; aber sie haben System in einem Kanton, wo Treuhänder, Anwälte und Vermögensverwalter und ihre rechtsbürgerlichen Freunde in der Politik das Sagen haben. Da erinnere ich mich an den grossen britischen Dramatiker William Shakespeare und sein Stück «Hamlet». Das abgewandelte Zitat: «Something is rotten in the state of Zug.» In der Tat ist einiges faul in unserem Kanton. *Andreas Lustenberger, Baar*

Revival der Planwirtschaft Nr. 49 – «Der neue Klerus»; Josef Lang über Zug

Josef Lang irrt. Selbstverständlich muss eine Mine mit Rohstoffen «ausgebeutet» respektive abgebaut werden. Wenn ich einen Artikel mit dem Titel «Systematische Plünderung» lese, denke ich nicht zuerst an die von ihm genannten Namen, sondern an Politiker und Nationalstaaten. Früher mussten die Bürger eines Staates 10 Prozent ihrer erwirtschafteten Mittel als Steuer dem Staat abliefern und wurden dafür beschützt. Heute beträgt die Steuerlast in vielen Staaten mehr als 50 Prozent (!) der erwirtschafteten Mittel des Bürgers (Deutsch-

land, Portugal etc.). Die Mehrwertsteuer allein auf in diesen Ländern produzierten Gütern beträgt 20 bis 25 Prozent. Soll das produktiv sein? Auch die Schweiz befindet sich mit immer neuen Gebühren und Abgaben, die von Politikern und Verwaltung frei erfunden werden, auf demselben Weg. Erwähnt sei beispielsweise die Gebühr für die Abfuhr von Regenwasser in der öffentlichen Kanalisation für Grundeigentümer. Wie wenn diese verantwortlich für das Wetter wären. Anstatt von systematischer Plünderung könnte man so auch von der Wiedereinführung der Sklaverei sprechen. Zu all diesem hinzu kommt noch die aktuelle «Plünderung» der Pensionskassen-, Renten-, Lebensversicherungsguthaben der Bürger durch die künstliche Niedrigzinspolitik der Staaten, die ebenfalls künstlich von diesen per Gesetz verordnet wurde (Zwang zur Einzahlung von Sparguthaben durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber und Niedrigzins). Schauen wir mal, wohin das führen wird. Die Planwirtschaft scheint ein Revival zu erleben. *Peter Maeder, Zollikerberg*

Grosse sportliche Aufgabe

Nr. 49 – «Bloss ein Trainingslager»; EWR-Umfrage von Peter Keller und Christoph Landolt

Alt Bundesrat Ogi Erklärung «In einem Trainingslager trainiert man und stellt fest, ob man bereit ist, am Wettkampf teilzunehmen» stimmt leider nicht, denn in einem Trainingslager bereitet man sich intensiv auf bevorstehende grosse (sportliche) Aufgaben vor. Wenn Herr Ogi dies nun anders interpretiert haben möchte, dann vermutlich nur, um, zwanzig Jahre später, für seine «realistische» Haltung nicht kritisiert zu werden. Er hat sich betreffend EWR/EU schon andernorts als überzeugter Realist bezeichnet. Wer aber später, je nach Bedarf, die Interpretation seiner Aussagen modulieren muss oder will, ist weniger Realist als vielmehr Opportunist (Duden: Opportunismus ist die allzu bereitwillige Anpassung an die jeweilige Lage aus Nützlichkeitsabwägungen).

Walter Andreas Graf, Lausanne

Zu leicht gemacht

Nr. 48/49 – Interviews mit Harvard-Professor James Robinson und Autor Robert D. Kaplan; von Pierre Heumann und Urs Gehrig

Die beiden Interviewten breiten unterschiedliche und angeblich einzig richtige Thesen aus, die den Erfolg und Misserfolg von Nationen erklären sollen. Robinson behauptete, es liege ausschliesslich an der Politik und Qualität der Institutionen, Kaplan widersprach vehement und meinte, nichts sei entscheidender als die Geografie. Nun, beide erwähnen zwar wichtige Teilbereiche, werden aber offensicht-

lich durch ihr Bedürfnis nach vereinfachenden Erklärungsversuchen daran gehindert, die Wechselwirkungen zwischen allen relevanten, sich ändernden Kräften und Erscheinungen innerhalb und ausserhalb einer bestimmten Gesellschaft zu berücksichtigen. Auch hat man nicht den Eindruck, sie würden zwischen einigen Jahrzehnten und Jahrhunderten in Vergangenheit und Zukunft unterscheiden. So bleiben die Vergänglichkeit vielschichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen und die menschliche Unvollkommenheit bei allem Tun und Lassen ebenso auf der Strecke wie Aspekte des Auf- und Abstiegs von Nationen bei weitgehend unveränderter Geografie. Fazit: Die beiden Vereinfacher machen es sich bei der Deutung des komplexen Weltgeschehens eindeutig zu einfach.

Hanspeter Bornhauser, Bottmingen

Von der Schweiz finanziert

Nr. 49 – «Burkhalter weiss nicht, was er will»; Interview mit Christoph Blocher

Die Schweiz ist eine Insel. Das stimmt. Anstelle von Wasser wie England (das einen Teilrückzug aus der EU plant) umgeben von lauter EU-Staaten. Der erfolgreichen Schweiz schlägt von Seiten der EU purer Neid entgegen. Ganz offenbar leiden die EU-Länder, insbesondere aber Brüssel, unter einem veritablen Realitätsverlust. Diese täten gut daran, sich an den Erfolgsrezepten der Schweiz zu orientieren. Allerdings müsste man dann auch bereit sein, die direkte Demokratie (ein Erfolgsgarant sondergleichen) einzuführen. Das werden die Politik-Angsthasen in der gesamten EU nicht wollen. Ist Angst der Politik vor dem eigenen Volk eine Stärke? Endlose Krisengipfel, die nichts bringen, sind offenbar spannender. Die Schweiz, insbesondere aber die EU, sollte nie, nie vergessen, dass die beiden wichtigen Transitrouten Gotthard und Lötschberg erstens in der Schweiz sind, zweitens durch die Schweiz finanziert wurden und drittens damit der Schweiz gehören. Was die Schweiz noch benötigt: eine starke Figur, mit dem Charakter, dem Charisma eines Churchill.

Jürg Aeschbacher, Moosseedorf

Auch wenn ich derzeit gegen einen EU-Beitritt unseres Landes bin, finde ich das Zusammenwirken aller europäischen Länder und der Weltgemeinschaft sehr wichtig. Damit dieses Zusammenwirken aber auf die Dauer funktionieren kann, ist etwas nötig, was die Staatengemeinschaft der Europäischen Union noch nicht hat. Die Schweiz hat es schon. Wenn die Schweiz jetzt der EU beitreten würde, wäre die Gefahr, dass sie es verliert, viel, viel grösser, als wenn sie nicht Mitglied ist. Was die Schweiz meines Erachtens nicht verlieren darf, ist die Subsidiarität. Und was der EU bzw. den EU-Staaten fehlt, ist dasselbe, nämlich die maxi-

male Eigenverantwortlichkeit jeder Entscheidungsebene von den Bürgern über die Gemeinde, den Distrikt/Bezirk/das Departement/Bundesland – bei uns Kanton –, den Staat bis zur Staatengemeinschaft der Europäischen Union. Leider wird das Subsidiaritätsprinzip auch in der Schweiz immer mehr durchbrochen. Gemeinden werden zusammengelegt, Kompetenzen oder Aufgaben auf höhere Ebenen übertragen. Es scheint, dass viele Verantwortliche der unteren Ebenen die Vorstellung haben, sie könnten ihre eigenen Kompetenzen an Verantwortliche der höheren Ebenen delegieren und diese auch zu Aufgaben verpflichten, die sie eigentlich selber wahrnehmen könnten.

Es ist sicher besser, so weit als möglich selber tätig zu werden, statt auf andere zu hoffen. Und selber tätig werden, das kann man in der



**Ein Traum ist nie gebraucht.
Porsche Approved.**

www.porsche.ch/approved



Schweiz so gut wie nirgends sonst. Denn dank der Subsidiarität haben alle Bürger den grösstmöglichen Wirkungsbereich. Das aufzugeben, wäre katastrophal. *Max Welter, Gasel*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Nichtchrist mit den Zeigefingern ein Kreuz bilden, um den Angriff eines Vampirs abzuwehren? *Werner Bolter, Berneck*

Als Nichtchrist sind Sie mit Knoblauch entschieden besser gegen Vampire gewappnet. Oder mit Senfsamen und Weissdorn- oder Wildrosenbüscheln. Denn warum soll ein Blutsauger an den Kreuzifix-Zauber glauben, wenn Sie selber es nicht tun? Effizienter wäre ohnehin der sofortige Gegenangriff: Eichenpfahl durchs Herz und Kopf ab. Ausserdem und vor allem empfiehlt sich die Lektüre von «Dracula» in Bram Stokers Originalversion. Das ist nicht nur ein fabelhafter Roman, sondern auch der ultimative Ratgeber für den Kampf gegen die Untoten. *Sacha Verna*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

In bester Gesellschaft

Der mutmassliche Millionen-Veruntreuer Ivo Romer (FDP) konnte auf ein prominentes Netzwerk zählen. Er geschäftete mit einem ehemaligen Abfahrtsweltmeister. Angesehene Parteikollegen verhalfen ihm zu einem rasanten Aufstieg in die massgeblichen Zuger Kreise. *Von Philipp Gut*



«Man muss viel investieren»: Ex-Stadtrat Romer (FDP).

Der Anlass war glanzvoll, die Lokalpresse jubelte. «Die Delegation, die Südafrika in die Schweiz geschickt hatte, um Zuger Firmen zu umwerben, war hochkarätig», berichtete die *Neue Zuger Zeitung* am 13. März 2008. Die Aussenministerin der Republik Südafrika, Nkosazana Dlamini Zuma, und die südafrikanische Botschafterin in der Schweiz, Konji Sebati, seien «extra» angereist. Die Gästeliste spiegelte das Who's who der lokalen Wirtschaftsszene, schrieb das Blatt: «Walter Grüebler, Verwaltungsratspräsident des Baarer Bauchemiekonzerns Sika, Andreas Langenegger, Leiter der Region Zug bei der UBS, aber auch Vertreter des Baarer Rohstoffhändlers Glencore informierten sich.»

Geladen zur sogenannten Impulsveranstaltung «Geschäftsmöglichkeiten in Südafrika» hatte die einflussreiche Zuger Wirtschaftskammer. Das einzige Bild des Artikels in der

Neuen Zuger Zeitung zeigte allerdings nicht die glamourösen weiblichen Gäste vom Kap der Guten Hoffnung, sondern den Shootingstar der lokalen Politszene: Ivo Romer. «Man muss viel investieren – und damit meine ich nicht Geld», liess sich der damalige Gemeinderat, GPK-Präsident und zukünftige Stadtrat der FDP in der Zeitung zitieren.

Romer erklärte der illustren Runde, wie man in Südafrika «Geschäftserfolge» («Business Success») erzielt. Den Vortrag hielt Romer zusammen mit seinem Geschäftspartner Daniel Gruber («2 entrepreneurs – a lot of ideas»). Gruber ist nicht irgendwer: Er präsidiert die Offiziersgesellschaft des Kantons Zug und hat mehrere Firmen. Nebenbei ist er Präsident des Stand Up Paddle Surf Club Zug und Inhaber der Firma Coreban, die das dazugehörige Material liefert. Zu Grubers Kunden gehörte auch Romer: Er kaufte, abgebucht vom Konto der

hochbetagten Witwe Alice Erika de Beaufort, über das er eine umfassende Vollmacht besass, am 5. Juli 2010 zahlreiche Surfbretter im Betrag von 6750 Franken. Im De-Beaufort-Nachlass wurde keines dieser Sportgeräte gefunden.

Windräder in Südafrika

Romer hat, wie die *Weltwoche* enthüllte, das Konto der alten Witwe um Millionen erleichtert. Am Dienstag vor einer Woche trat er «per sofort» zurück. Der Stadtrat hatte sich zuerst voll und ganz hinter den Kollegen gestellt. Stadtpräsident Dolfi Müller (SP) wollte der *Weltwoche* gar «verbieten», aus einem amtlichen Dokument zu zitieren. Dieses belegt – unterzeichnet von Stadtpräsident Müller persönlich –, dass die Regierung Romer mit falschen Angaben reinwäscht. Lange hielt der Stadtrat dem Druck der Tatsachen allerdings nicht stand: Am vergangenen Freitag, einen Tag nach Erscheinen der jüngsten *Weltwoche*-Recherchen zum Thema, schwenkte er auf die Linie der meisten lokalen Parteien ein, die eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) fordern. Die Regierung «unterstützt» die Einsetzung einer PUK jetzt offiziell.

Wenn die PUK und die Ermittler der Staatsanwaltschaft ihre Arbeit gründlich machen, werden sie schnell feststellen: Romer war in Zug bestens vernetzt. Er arbeitete, geschäftete, politisierte mit einer ganzen Reihe lokaler Honoratioren zusammen. Spuren fragwürdiger Geschäfte führen in die halbe Welt.

Daniel Gruber, oberster Offizier im Kanton und Paddel-Klubkollege von Ivo Romer, bleibt nicht der Einzige, der mit dem gestrauchelten Politiker in fernen Ländern das grosse Geld suchte. Bekannte Namen tauchen auf. Mit von der Partie bei den Aktivitäten in Südafrika ist Bruno Kernen, ehemaliger Schweizer Skirennfahrer und Abfahrtsweltmeister. Unter den Labels «Swisspower» und «Swissness in Business» propagiert das Trio utopisch anmutende Alternativenergieprojekte am Kap: Windräder für Einfamilienhäuser und kleinere und mittlere Unternehmen, die für «energy independence» (Energieautarkie) sorgen sollen.

Ihr Geschäft bewerben Romer & Co. mit «honesty, properness, trustworthiness» («Ehrlichkeit, Korrektheit, Glaubwürdigkeit»). Allerdings scheinen sich gewisse Selbstzweifel eingeschlichen zu haben: Auf der entsprechenden Website (www.swissness.co.za) sind seit dem Erscheinen der *Weltwoche*-Recherchen sämtliche Inhalte gelöscht worden. Wie enge

Vertraute Romers berichten, besitze er in Kapstadt nach wie vor ein Haus.

Überdies ist die Firma Bruno Kern & Co., die dem Weltmeister gehört, an derselben Adresse domiziliert wie Romers Fidustra S.A. (am Lüssiweg 43 in Zug). Romer ist Teilhaber des Unternehmens, wie der Handelsregistereintrag vom 4. November 2008 belegt.

Tür an Tür mit Romers Fidustra am Lüssiweg 37 findet sich die Geschäftsadresse von Romers Vorgänger im Stadtrat, Ulrich Straub (FDP). Der angesehene Politiker, Unternehmer und Spross der Zuger Industriedynastie Gyr gilt als politischer Ziehvater Romers. Er beherbergt dessen Fidustra S.A. auf seinem Grundstück. Und die von ihm mit gegründete Immobilienfirma Nesinco Management AG verwaltete die Wohnung von Alice Erika de Beaufort an der Zeughausgasse 17 in Zug.

Alteingesessene Bürger wundern sich, wie schnell und leicht Romer in Zug in die politisch und gesellschaftlich massgebenden Kreise aufsteigen konnte. Der Glarner, der sich bei der UBS in Zürich zum EDV-Spezialisten ausbilden liess, sei zuerst noch mit einem GL-Nummernschild herumgefahren, erinnert sich ein Parteikollege. Auffällig rasch habe Romer dann aber eines der begehrten dreistelligen ZG-Nummernschilder erhalten. Was manche Einheimische nicht ohne Neid beobachtet hätten, so der Augenzeuge.

Blitzkarriere in Gesellschaft und Politik

Rasch fand Romer Anschluss im gesellschaftlichen Leben der Stadt. Er war Teilnehmer der exklusiven Mittwochsgesellschaft, wurde in Rekordzeit in eine Zunft aufgenommen und als Faschatskönig gefeiert. Andere müssten dafür zehn, fünfzehn Jahre warten, heisst es in Zug. Ein Grund für die Blitzkarriere sehen Beobachter im gesunden Selbstbewusstsein Romers sowie in seiner Fähigkeit, Menschen zu begeistern und für sich einzunehmen.

Rasant ging es auch in FDP und in der lokalen Politik aufwärts. Der reformierte Pfarrer von Zug, so erinnert sich ein FDP-Kader, habe sich gemeldet: Eines seiner Schäfchen wolle der Partei beitreten. Es war Ivo Romer, der reformierte Glarner Zuzüger. Rasch stieg Romer in den Vorstand der Stadtpartei auf, bald wurde er ins Parlament gewählt und mit dem Amt des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission betraut. Am 28. Oktober 2009 rückte Romer für seinen Kollegen Ulrich Straub in die Regierung nach. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits seit mindestens vier Jahren «systematisch» das Konto der betagten Witwe de Beaufort geplündert, wie es in der Anzeigschrift heisst – und wie Bankauszüge belegen, die der *Weltwoche* vorliegen.

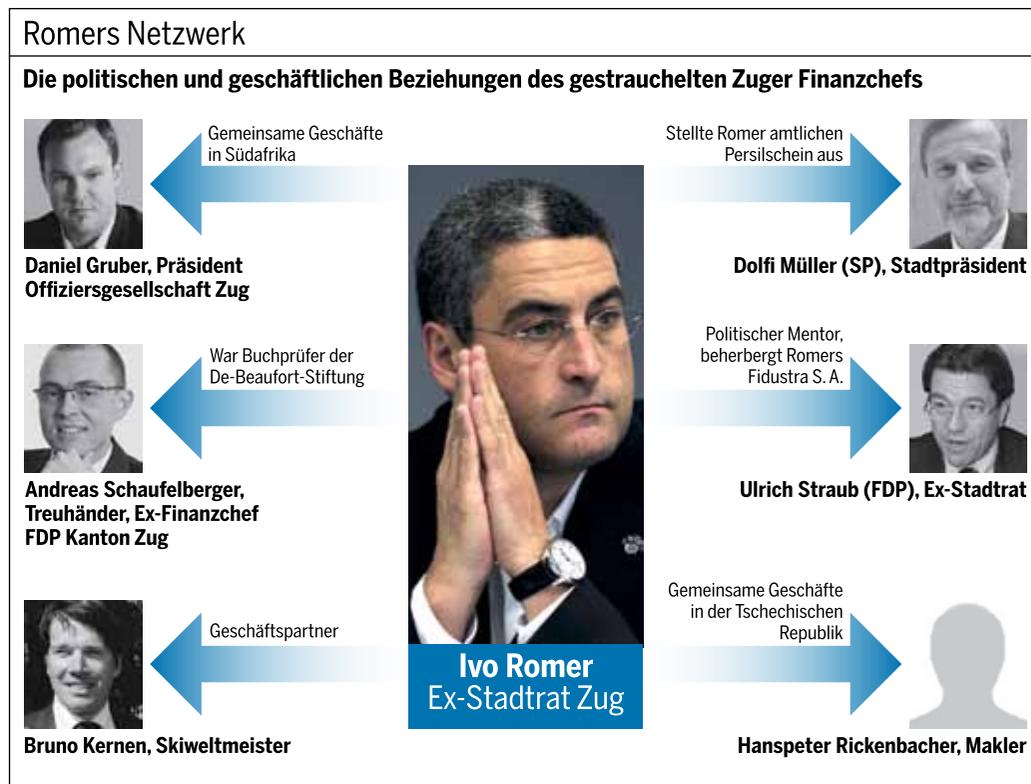
Romer ist kein Kind von Traurigkeit, man habe ihn praktisch an jedem Empfang mit einem Glas in der Hand gesehen, erzählt ein Insider. Er habe als Playboy gegolten, der

wisse, wie man mit Frauen umgehe. Weibliche Bekannte loben seinen «charmanten», «liebenswerten» Umgang. Die Scheidung von seiner Frau und insbesondere der Umstand, dass sie die gemeinsame Villa übernehmen konnte, habe dem zweifachen Vater aber zugesetzt, berichten Weggefährten. In diese Zeit – 2011 – fielen auch die verschiedenen Verkehrsunfälle in angetrunkenem Zustand, die dem damaligen Regierungsmitglied einen Führerschein entzug auf unbestimmte Zeit einbrachten. Auch diese Vorstrafen sind im verschwiegenen Zug bis zu den *Weltwoche*-Recherchen von vergangener Woche unter dem Deckel geblieben. Konsequenzen für das politische Amt hatten sie nicht.

und sei sich «keiner Schuld bewusst». Eine Abschlussprüfung suche nicht nach deliktischen Handlungen, betont Schaufelberger. «Aber sehen Sie: Bis zu den Berichten der *Weltwoche* war Romer in Zug ein angesehener Mann.»

Zwielichtige Geschäftspartner

Das mag sein. Allerdings schien sich niemand für die auffälligen Privatgeschäfte des Politikers zu interessieren. Bei der UBS ist Romer offensichtlich entlassen worden. Weshalb, ist nicht bekannt. Und wer wollte, hätte durchaus Hinweise auf seine merkwürdigen Auslandsaktivitäten finden können. Im tschechischen Chomutov liess Romer seine Firma Tereza Invest S.R.O. registrieren. An der gleichen



Schneller, leichter Aufstieg: Geschäftspartner und Politfreunde.

Unter (Partei-)Freunden regelte Romer die Revision der De-Beaufort-Bubeck-Wolfensberger-Stiftung, in der er als einziger Stiftungsrat agierte. Gemäss Anzeige hat Romer Stiftungsgelder in grossem Stil in private Kanäle umgeleitet und mehrfach erhebliche Beträge in bar abgehoben, so allein von Mai bis Dezember 2010 insgesamt 201790 Franken. Zwischenzeitlich stand die Stiftung, die mit einem Grundkapital von 2 Millionen Franken ausgestattet war, sogar vor dem Konkurs.

Buchprüfer der Stiftung war der Baarer Treuhänder Andreas Schaufelberger, bis 2011 Finanzchef der FDP des Kantons Zug. Hätte eine seriöse und gründliche Revision die massiven Ungereimtheiten nicht ans Licht befördern müssen? «Mir ist nie etwas aufgefallen», sagt Treuhänder Schaufelberger auf Anfrage. Er habe die Stiftung nach den handwerklichen und ethischen Standards seiner Branche geprüft

Adresse an der Ruska 78 sind weitere Firmen von Schweizer Inhabern angesiedelt: darunter die Lola Invest S.R.O., die wie Romers Tereza auf einen Mädchennamen getauft ist, sowie die Macrocon S.R.O. und die Global Swiss S.R.O. Hinter den meisten dieser Firmen steht der Makler Hanspeter Rickenbacher (Adresse gemäss Teledata «unbekannt»), der gemäss Insidern aus dem Finanzmilieu für Romer vor Ort auch die Tereza Invest installiert haben soll.

Rickenbacher ist eine eher zwielichtige Figur. Seine Firmen sind reihenweise in Konkurs gegangen, gegen sie liefen Forderungen in Millionenhöhe, etwa gegen die Czech Invest Holding AG in Zug (1359489 Franken plus Zinsen). «Wo immer Rickenbacher geschäftete, hinterliess er verbrannte Erde», sagt ein Zuger Anwalt. Dass Romer mit dieser dubiosen Figur zusammenspannte, will in Zug bis zuletzt niemandem aufgefallen sein. ○



Missgünstig beäugen sie den Krösus: Zug bei Nacht.

Mauern des Schweigens

Die boomende Zuger Wirtschaft steht in einem grellen Kontrast zu den ländlichen Strukturen, die das gesellschaftliche und politische Leben nach wie vor bestimmen. Das ist der Nährboden, auf dem Filz gedeiht. Trotzdem ist der Kanton am Alpenrand besser als sein Ruf. *Von Alex Baur*

Wenige Tage nach dem Rücktritt des Zuger Finanzvorstandes Ivo Romer (FDP) musste diese Woche nun auch der Baarer Gemeinderat Karl Betschart (SVP) den Hut nehmen. Mächtig stellt sich die Frage, ob in diesem Kanton nicht grundsätzlich etwas faul ist. Die Parallelen zwischen den beiden Fällen, die noch lange nicht ausgestanden sind und die ihre Kreise zusehends ins politische Umfeld ziehen, sind frappant: Als private Vermögensverwalter haben sich sowohl Romer wie Betschart schamlos aus dem Vermögen von Klienten bedient; beiden gelang es, ihre Machenschaften trotz laufender juristischer Verfahren der Öffentlichkeit zu verheimlichen; beide wurden, obwohl von der eigenen Partei auffallend schnell fallengelassen, von ihren Gremien bis zum bitteren Ende gedeckt und gestützt.

Für den Linkspolitiker Jo Lang war die Sache sofort klar: Die ruchbar gewordenen Machenschaften, so schrieb er in der letzten Ausgabe der *Weltwoche*, fügten sich «nahtlos in die Geschäftspraktiken der Rohstoff-Multis und in das Geschäftsmodell der Steuerprivilegien ein». Es ist das wohlfeile Lied von den Briefkastenfirmen im Fiskalparadies. Altmarxist Lang, der selber jahrelang pro forma in einem Zuger Briefkasten gemeldet war, realiter aber in Bern hauste, baut auf längst überholte Klischees. Mit Steuern und erst recht mit Rohstoffhänd-

lern haben diese Skandale um die ungetreuen Treuhänder herzlich wenig zu tun. Das Problem der «Romertà» nach Zuger Art liegt tiefer.

Die Zeiten, in denen sich Wirtschaftsdelinquenten über eine Tarnfirma in einer biedereren Zuger Kanzlei locker dem Arm des Gesetzes entziehen konnten, sind schon lange passé. Bereits Anfang der 1990er Jahre richtete das damalige Verhöramt eine Abteilung für Wirtschaftsdelikte ein, die seither permanent ausgebaut wurde. Die Staatsanwaltschaft verfügt heute zusammen mit der Rechtshilfeabteilung über Dutzende Spezialisten, die den Finanzplatz überwachen. Und sie scheut sich auch nicht davor, nötigenfalls die Stadtverwaltung auf den Kopf zu stellen, wie der Fall Romer zeigt. «Wer wirklich etwas zu verbergen hat», so ein Zuger Anwalt, «der umfährt den Kanton grossräumig in Richtung Obwalden.»

«Piratenbucht mit Alpenblick»

Auch der Gemeinplatz der Fluchtburg für Steuerbetrüger hält einer nüchternen Analyse längst nicht mehr stand. Das lässt sich gerade am Beispiel der Rohstoffgiganten wie Glencore oder Xstrata aufzeigen, die in Zug nicht irgendwelche Briefkästen unterhalten, sondern seit Jahrzehnten langfristig in reale Firmen investiert haben. Die Steuern sind zweifellos ein wichtiger Faktor, doch es gibt im globalen Markt viel billigere

Standorte. Aspekte wie Rechtssicherheit, politische Stabilität, Verkehrsverbindungen, zuverlässige Infrastruktur, Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal und attraktive Wohnlagen für Mitarbeiter sind mindestens so entscheidend. Wichtig für die internationalen Bergbaugiganten ist sodann die Tatsache, dass die Schweiz nicht der EU angehört und selber kaum über Rohstoffe verfügt: Sie kommt damit kaum je in Versuchung, den globalen Freihandel durch protektionistische Gesetze zu behindern.

Wenn Steuern zu Wirtschaftskriminalität führen, dann sicher nicht, weil sie zu tief wären, sondern weil sie zu hoch sind. Trotzdem kämpft das idyllische Städtchen am See mit dem Image einer «Piratenbucht mit Alpenblick». Dieses Paradoxon lässt sich am ehesten psychologisch erklären. Was die Schweiz für Europa ist, ist der Kanton Zug für die Schweiz: Missgünstig beäugen die Nachbarn den Krösus, der im Geld zu schwimmen scheint und Steuerzahler ködert, die man selber gerne hätte. Die Beneideten reagieren mit einer Mischung von Trotz und jenem latent schlechten Gewissen, das den Privilegierten eigen ist.

Für Auswärtige war Zug schon immer ein Buch mit sieben Siegeln. Bereits Niklaus Meienberg selig griff in der Not gerne auf den Briefkastenpolitiker und gebürtigen Aargauer Jo Lang zurück, wenn er in Zug recherchierte.

Nicht dass es an Linken fehlen würde, die den Kapitalismus allgemein und den Finanzplatz im Besonderen verabscheuen. Doch sobald es um Interna geht, halten die Zuger zusammen, tritt die Ideologie in den Hintergrund.

Die Reaktion des linksalternativen Zuger Stadtparlamentariers Stefan Hodel auf die Enthüllungen der *Weltwoche* im Fall Ivo Romer steht sinnbildlich für diesen Mechanismus: In einem Leserbrief solidarisierte er sich noch diese Woche mit dem gestrauchelten Finanzvorstand und verbat sich die Attacke «von aussen». Auch die rot-grün dominierte Stadtregierung unter Präsident Dolfi Müller (SP), der Romers finanzielle Machenschaften aus einem früheren Verfahren bis ins Detail kannte, verteidigte den freisinnigen Kollegen bis zuletzt.

Ein anschauliches Beispiel für den Zuger Abwehrreflex liefert der Fall des Massenmörders Friedrich Leibacher, der im Herbst 2001 im Kantonsparlament ein schreckliches Massaker anrichtete. Obwohl Leibacher eine stadtbekanntere Figur war, stiessen auswärtige Journalisten bei Recherchen vor Ort auf eine Mauer der Ablehnung. Es war, als hätten die Zuger kollektives Stillschweigen vereinbart, das keiner zu brechen wagte und das selbst von den lokalen Medien respektiert wurde. Nur dank Umwegen über die Dominikanische Republik, wo zwei der Ex-Frauen von Friedrich Leibacher lebten,

gelang es dem Schreibenden damals, die bizarren Hintergründe des Falles auszuleuchten.

Leibacher selber verklärte die schreckliche Bluttat als Akt der Notwehr gegen angeblich verfilzte Politiker, Behörden und Richter, die er in einem Bekennerschreiben als «Zuger Mafia» beschimpfte. Im Vorfeld des Massakers hatte sich der Mann in einen ausufernden Rechtsstreit mit der kantonalen Verwaltung verstrickt. Die Recherchen zeigten allerdings, dass Leibacher die Mordfantasien schon lange mit sich herumtrug, als er die Prozesslawine mutwillig und aus nichtigem Anlass vom Zaun brach. Auf Schlichtungsversuche reagierte er mit Hohn. Er nahm sich nicht einmal die Mühe, die Urteile zu lesen, die ihn angeblich zur Verzweiflung getrieben hatten; man fand die ungeöffneten Couverts nach dem Massaker in seiner Wohnung. Kurzum: Leibachers Kreuzzug gegen den «Zuger Filz» war nicht mehr als ein raffinierter Vorwand, der von seinen abgründigen Motiven ablenken sollte.

Mag sein, dass viele Zuger es gar nicht so genau wissen wollten – weil sie insgeheim befürchteten, dass an Leibachers Filz-Vorwürfen etwas dran war. Wo jeder jeden zu kennen scheint, liegt der Geruch der Vetternwirtschaft stets in der Luft. Dagegen hilft nur soziale Selbstkontrolle, die allerdings voraussetzt, dass man sich wirklich kennt.

Von aussen betrachtet, mutet der Kanton Zug nach wie vor ziemlich ländlich an. Selbst im Hauptort, wo Jo Lang bis vor kurzem noch an der Dorfstrasse einen Briefkasten hatte, wird rund ein Drittel der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Doch der Eindruck täuscht. Bei 27 000 Einwohnern und etwa ebenso vielen Arbeitsplätzen herrschen hier längst urbane Verhältnisse. Der Zuger Dialekt ist hier eher die Ausnahme als die Regel. Dasselbe gilt für die umliegenden Gemeinden Baar (22 000 Einwohner) und Cham (15 000 Einwohner). Die vielen Neubauten und Baustellen zeugen von einem schnellen und anhaltenden Wachstum.

Doch Baar und Cham funktionieren immer noch wie Dörfer. Die wichtigen Entscheide werden an der Gemeindeversammlung gefällt. Das urdemokratische System hat sich lange bewährt. Mittlerweile bestimmt ein Kreis von 150 bis 300 zumeist alteingesessenen Bürgern die Geschicke. Just diese Woche soll die Gemeinde Baar über die Einführung eines Einwohnerrates entscheiden.

Vom legendären Zuger Stadtrat Walther A. Hegglin (1963 – 1982) ist überliefert, dass er Mitbürgern, die er der Steuerhinterziehung verdächtigte, persönlich die Leviten las. Mit Erfolg. *Tempi passati*. In den Fällen Romer und Betschart zumindest hat die soziale Kontrolle nicht funktioniert. Ohne Druck von aussen wären beide nach wie vor im Amt. ○

RAD 100
ist das Beste!*

Und die besten Songs aller Zeiten.

93.6

* Jahres-Studie der Universität Zürich 2012

* Qualität der Medien, Universität Zürich, Oktober 2012. S. 184: Vertiefende Magazine oder Forumssendungen kommen bei Privatradios kaum vor. «Positiv hebt sich hier nur Radio 1 ab, dessen Präsentationsvielfalt mit der generell höheren Gewichtung der Information einhergeht. Nur bei... Radio 1 erreicht die Hardnewsberichterstattung noch 10%.»

Der SVPler ist am teuersten

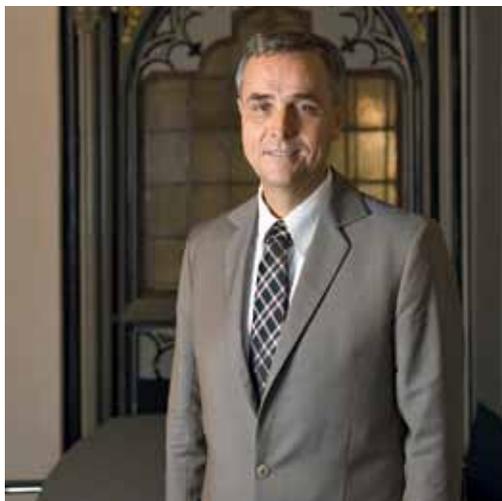
Die *Weltwoche* hat erstmals die Löhne der wichtigsten Schweizer Stadtpräsidenten berechnet. Zum Grundlohn kommen bei vielen Politikern stattliche Einnahmen aus Zusatzmandaten. Man staunt. Hat da jemand «Abzocker» gesagt? Von *Christoph Landolt*



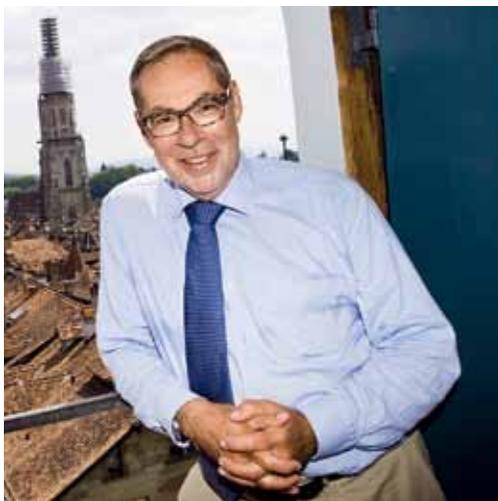
Schönes Zubrot: Kurt Fluri (FDP), Solothurn.



Happig: Thomas Müller (SVP), Rorschach.



300 000er-Klub: Guy Morin (Grüne), Basel.



Teilzeit: Alexander Tschäppät, (SP), Bern.

«Nein zu exorbitanten Stadtrats-Entschädigungen!», hiess es auf dem Flugblatt, das in allen Briefkästen von Bülach ZH landete. Der Stadtrat wolle seinen Lohn «um bis zu 54 Prozent» erhöhen, was «eine Zwängerei an der Realität vorbei» darstelle, befand das Referendumskomitee. Die Argumente verfielen. Ende November schmetterte das Volk die Vorlage mit wuchtigen 62 Prozent ab.

Die Bezüge des Politpersonals bewegen nicht nur im Zürcher Unterland. Im September schickten die Stadtberner Stimmbürger eine Anhebung der Regierungssaläre bachab. In Frauenfeld hat der Bund der Steuerzahler (BDS) eine Initiative zur Begrenzung des Stadtpräsidentenlohns auf 200 000 Franken lanciert.

Die Argumente der Politiker gleichen sich landauf, landab: Wenn die Löhne nicht hoch genug sind (lies: höher), dann finden sich

keine guten Politiker mehr. Die absolute Höhe der Löhne spielt dabei keine Rolle: Während die Oberhäupter von Bern und Frauenfeld nicht darben müssen, bekommt Walter Bosshard, der Stapi von Bülach, dem die Stimmbürger eine Lohnerhöhung versagten, bei einem Pensum von 80 Prozent jährlich ganze 68 344 Franken brutto. Er ist der wohl schlechtestbezahlte Stadtpräsident der Schweiz.

Die *Weltwoche* hat sämtliche Schweizer Städte nach den Löhnen ihrer Präsidenten befragt. Wo keine Antwort kam, wurden die Daten anderen Medienberichten entnommen. Die meisten Stadtpräsidenten werden für ihre Dienste gut bis sehr gut bezahlt. Der Olymp der Topverdiener, die über 300 000 Franken pro Jahr beziehen, umfasst vier Männer: Kurt Fluri (Solothurn), Thomas Müller (Rorschach), Alexander Tschäppät (Bern) und Guy Morin, der als Regierungspräsident von Basel nicht

Topsaläre		
Die Spitzenverdiener unter den Stadtpräsidenten		
Rang	Ortschaft, Name, Partei	Fr.
1	Solothurn , Kurt Fluri, FDP	378 975
2	Rorschach , Thomas Müller, SVP	319 232
3	Basel , Guy Morin, Grüne	312 400
4	Bern , Alexander Tschäppät, SP	304 182
5	Lausanne , Daniel Brélaz, Grüne	289 976
6	Baden , Stephan Attiger, FDP	282 000
7	Luzern , Stefan Roth, CVP	274 500
8	Winterthur , Michael Künzle, CVP	270 296

Kosten pro Bürger		
Die teuersten Stadtpräsidenten der Schweiz		
Rang	Ortschaft, Name, Partei	Fr.
1	Rorschach SG , Thomas Müller, SVP	24.24
2	Brugg AG , Daniel Moser, FDP	21.31
3	Weinfelden TG , Max Vögeli, FDP	19.23
4	Zofingen AG , Hans-Ruedi Hottiger*	18.88
5	Davos GR , Hans Peter Michel, FDP	17.87
6	Muri b. Bern , Hans-Rudolf Saxer, FDP	17.71
7	Münsingen BE , Erich Feller, FWM	17.70
8	Spreitenbach AG , Valentin Schmid, FDP	17.20

*Parteilos

Der SVPler ist der teuerste: Präsidentenlöhne.

nur eine Stadt, sondern einen Halbkanton führt.

Während Tschäppät immerhin Oberhaupt der fünftgrössten Stadt der Schweiz ist, stehen Fluri und Müller, die beiden absoluten Spitzenverdiener, zwei Kleinstädten vor. FDP-Politiker Kurt Fluri dürfte mit einem Totaleinkommen von knapp 380 000 Franken gleich hinter den Bundesräten der bestbezahlte Politiker der Schweiz sein – und das als Präsident von Solothurn, auf dem Ranking der grössten Städte auf Rang 64. Der Rorschacher SVP-Mann Thomas Müller, der sich auf dem Lohnniveau von Zürcher Regierungsräten bewegt, steht einer Stadt vor, deren Stadtrecht nur ein historisches ist. Die Bodensee-Gemeinde zählt lediglich 8647 Seelen.

Offensichtlich gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen Lohn und Einwohnerzahl. Wie sind die Topsaläre dann zu erklären?

Mit Ausnahme von Morin besteht der 300 000er-Klub ausschliesslich aus Nationalräten. Fluri, Müller und Tschäppät belegen quasi im Nebenamt einen Sitz in der Grossen Kammer. Gemäss den Parlamentsdiensten wird ein Nationalratsmandat mit durchschnittlich 133 624 Franken honoriert. Davon gelten nur 77 382 Franken als Einkommen, der Rest als Spesen. Da diese Spesen aber pauschal gewährt werden, haben sie Lohncharakter.

Obwohl ein Nationalratsmandat kein Feierabendhobby ist, können Fluri, Müller und Tschäppät beide Ämter scheinbar mühelos vereinbaren. Ihre Arbeitgeber, die sie selbst präsidieren, gewähren ihnen grosszügige Abwesenheitszeiten: Thomas Müller liefert der Stadt Rorschach 26 000 Franken ab – den Rest darf er behalten. Alexander Tschäppät muss drei Viertel seiner Nationalrats-Entschädigung abgeben, also 57 750 Franken. Der restliche Viertel und die Spesen – insgesamt knapp 80 000 Franken – gehören ihm. Für die Berner Steuerzahler war Tschäppäts Einzug ins Bundesparlament ein schlechter Deal: Die Kosten bleiben gleich, der Stadtpräsident ist aber nur noch ein Teilzeit-Stadtpräsident.

Am grosszügigsten ist Solothurn: Stadtpräsident Kurt Fluri (Grundlohn: 243 311 Franken) erhielt im letzten Jahr als Nationalrat 141 164 Franken. Der Stadt musste er nur

Die beiden absoluten Spitzenverdiener stehen einer Kleinstadt vor.

20 000 Franken zurückerstatten, «für die Beanspruchung der städtischen Infrastruktur sowie die zeitliche Beanspruchung des Sekretariats des Stadtpräsidiums», wie Fluri erklärt. Von Amtes wegen ist er Präsident der Regio Energie Solothurn und sitzt in den Verwaltungsräten der Regiobank Solothurn und der Gasverbund Mittelland AG. Die Honorare muss Fluri abgeben, die Sitzungsgelder – 9500 Franken – darf er behalten. Hinzu kommen weitere 5000 Franken Honorar aus den diversen Nebenmandaten, für die noch Zeit bleiben. Insgesamt kommt Kurt Fluri damit auf ein Einkommen von 378 975 Franken.

Lukrative Zusatzverdienste

Das Beispiel zeigt: Nicht nur ein politisches Mandat, auch ein Verwaltungsratssitz bei der regionalen Kläranlage oder dem stadteigenen Elektrizitätswerk kann ein schönes Zubrot bringen. Diese Zusatzmandate hängen oft direkt mit dem Hauptamt als Stadtpräsident zusammen. Dennoch verzichten viele Städte vollständig oder teilweise darauf, Entschädigungen und Sitzungsgelder einzufordern. Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch etwa muss von den Sitzungsgeldern, die sie bei Stiftungen und Verbänden bezieht, nur abgeben,

So viel verdienen die Schweizer Stadtpräsidenten

Ortschaft	Einwohner	Stadtpräsident, Partei	Pensum	Lohn	Wichtigstes Mandat	Total
Aarau	19497	Marcel Guignard, FDP	100 %	242 000	Grossrat AG	263 400
Aigle	7955	Frédéric Borloz, FDP	70 %	90 000	Grossrat VD	114 000
Allschwil	19314	Anton Lauber, CVP	100 %	92 938	VR TeleBasel	92 938
Altdorf	8541	Christine Widmer Baumann, CVP	50 %	42 000	Diverse	42 000
Altstätten	10819	Ruedi Mattle, parteilos	100 %	177 000	Diverse	>177 000
Amriswil	12243	Martin Salvisberg, SVP	100 %	190 000	Kantonsrat TG	195 000
Arbon	13633	Andreas Balg, FDP	100 %	210 000 ¹	Keines	210 000 ¹
Baar	21787	Andreas Hotz, FDP	80 %	152 000	VR Wasserwerke Zug	>152 000
Baden	17929	Stephan Attiger, FDP	100 %	257 000	Diverse	282 000
Basel	163216	Guy Morin, Grüne	100 %	310 000	VR EuroAirport	312 400
Bassersdorf	11077	Doris Meier-Kobler, parteilos	50 %	48 000	Diverse	>48 000
Belp	10221	Rudolf Neuenschwander, SP	50 %	91 000	VR Energie Belp	>91 000
Bern	124381	Alexander Tschäppät, SP	100 %	224 594	Nationalrat	304 182 ²
Biel/Bienne	51203	Erich Fehr, SP	100 %	262 158	Diverse	266 558
Binningen	14721	Mike Keller, FDP	60 %	95 000	Keine Angaben	96 200
Brig-Glis	12467	Viola Amherd, CVP	50 %	115 118	Nationalrätin	248 742 ²
Brugg	10386	Daniel Moser, FDP	100 %	221 310	Keines	221 310
Bülach	17511	Walter Bosshard, parteilos	80 %	54 675	Keines	54 675
Bulle	18947	Yves Menoud, CVP	70 %	75 000	Grossrat FR	>75 000
Burgdorf	15374	Elisabeth Zäch, SP	100 %	224 211	Grossrätin BE	230 211
Cham	14808	Bruno Werder, CVP	60 %	108 720	VR Abfall-Zweckverband	113 720
Chur	33756	Christian Boner, BDP	100 %	262 600	Diverse	262 600
Davos	11166	Hans Peter Michel, FDP	100 %	199 537	Grossrat GR	207 037
Delsberg	11639	Pierre Kohler, CVP	80 %	98 800	Keines	98 800
Dietikon	23624	Otto Müller, FDP	100 %	222 000	Diverse	222 000
Dübendorf*	24831	Lothar Ziörjen, BDP	80 %	90 000 ³	Nationalrat	>210 000 ²
Ebikon	12116	Daniel Gasser, CVP	50 %	94 500	Keines	94 500
Ecublens	11102	Pierre Kaelin, FDP	40 %	57 000	Keines	57 000
Emmen	28031	Rolf Born, FDP	80 %	185 944	Kantonsrat LU	>195 900
Frauenfeld*	23298	Carlo Parolari, FDP	100 %	252 700 ³	Keines	>252 700
Freienbach	15647	Daniel Landolt, CVP	50 %	91 000	Keines	91 000
Glarus	12345	Christian Marti, CVP	100 %	185 168	Landrat GL	186 668
Gossau*	17763	Alex Brühwiler, parteilos	100 %	218 000	Keines	218 000
Grenchen	15928	Boris Banga, SP	100 %	235 000	VR-Präsident Städt. Werke	237 000
Horgen	18942	Theo Leuthold, SVP	50 %	90 000	VR Zürichsee-Fähre	>90 000
Illnau-Effretikon	15602	Ueli Müller, SP	50 %	86 000	Keines	86 000
Kloten	18030	René Huber, SVP	60 %	74 200	VR Verkehrsbetriebe Glattal	80 000*
Köniz	38823	Luc Mentha, SP	80 %	204 150	Grossrat BE	223 150
Kreuzlingen	19544	Andreas Netzle, parteilos	100 %	219 492	Diverse	219 492
Kriens	26324	Paul Winiker, SVP	90 %	185 900	Kantonsrat LU	>195 900
Küsnacht	13501	Max Baumgartner, FDP	45 %	56 000	VR Opernhaus Zürich	>56 000
Küssnacht	12224	Stefan Kaiser, FDP	55 %	62 336	Keines	62 336
La Chaux-de-Fonds	37504	Jean-Pierre Veya, PdA	100 %	195 034	Keines	195 034
La Tour-de-Peilz	10786	Lyonel Kaufmann, SP	70 %	102 700	Diverse	>103 000
Lancy	28631	François Bärtschi, Grüne	50 %	86 000	Keine Angaben	>86 000
Langenthal	14938	Thomas Rufener, SVP	100 %	210 756	Grossrat BE	225 756
Lausanne	127821	Daniel Brélaz, Grüne	100 %	265 976	Grossrat VD	289 976
Le Grand-Saconnex	11435	Elizabeth Böhler-Goodship, FDP	80 %	90 000	Vorsitz Gemeindebetrieb	>90 000
Le Locle	10049	Denis de la Reussille, PdA	50 %	96 175	Grossrat NE	101 000
Lenzburg	7568	Hans Huber, FDP	70 %	100 000	VR Städtische Werke	>100 000
Liestal	13600	Lukas Ott, Grüne	50 %	90 490	Diverse	90 490
Locarno	15153	Carla Speziali, FDP	70 %	66 000	Keine Angaben	>66 000
Lugano	54667	Giorgio Giudici, FDP	60 %	127 000	Diverse	>127 000
Lutry	8270	Jacques-André Conne, FDP	60 %	110 000	Keine Angaben	>110 000
Luzern	77491	Stefan Roth, CVP	100 %	262 521	Kantonsrat LU	>274 500
Lyss	11821	Andreas Hegg, FDP	80 %	145 034	Keines	145 034

* Schätzung, ¹ Lohn noch nicht definitiv, ² NR-Entschädigung: Durchschnittswert gemäss Parlamentsdienste, ³ Antwort verweigert

«Cyberstorm» aufs Stöckli

Gleich zweimal hat sich der Ständerat letzte Woche bei einer Abstimmung verzählt. Herausgekommen ist der Lapsus durch Thomas Bigliel und sein Internet-Projekt Politnetz. Der junge Unternehmer will auch in Zukunft für mehr Transparenz im Politbetrieb sorgen. *Von Andreas Kunz*

Es ist Hektik ausgebrochen, ständig klingelt das Telefon, der junge Unternehmer schwirrt im Zürcher Grossraumbüro auf und ab, sein strubbeliger Bart ist in den letzten Tagen wohl noch ein bisschen strubbeliger geworden. Thomas Bigliel, 26, entschuldigt sich für die Unordnung, er räumt schnell ein paar Mandarinen vom Tisch und sagt, dass er sich über die vielen Reaktionen und die grosse Aufmerksamkeit «noch gar nicht richtig freuen konnte». Völlig unerwartet sei der ganze Trubel gekommen. «Wer hätte schon gedacht, dass der Ständerat in einer Woche gleich zweimal falsch auszählen würde?»

Bigliel und seine Firma Politnetz sorgten während der laufenden Wintersession für die Politposse des Jahres. Auf der Presstribüne des Ständeratssaals hatten sie eine Videokamera installiert. Die Auswertung der Aufnahme ergab, dass das offizielle Resultat beim Votum über ein Importverbot von Reptilienhäuten nicht stimmen konnte. Der Ständerat hatte sich tatsächlich verzählt. Die Abstimmung musste wiederholt werden. Und als ob das falsche Resultat für die ehrwürdige Kammer nicht demütigend genug gewesen wäre, stimmte das Ergebnis auch beim zweiten Versuch nicht mit den Videoaufnahmen überein.

Es hatte etwas Skurriles, wie die älteren Damen und Herren Kantonsvertreter – die sich eine Woche zuvor noch erfolgreich gegen ein elektronisches Zählsystem gewehrt hatten – sich in den Medien für den doppelten Lapsus entschuldigen mussten. Sie, die sich lange als unantastbar gefühlt hatten, waren von einer Gruppe junger Politakteure öffentlich vorgeführt worden. Die Blamage war derart gross, dass der Ständerat jetzt nochmals über das elektronische Zählsystem abstimmen will. «Letzte Woche hat gezeigt, dass es halt leider doch fehlerhaft ist», sagte die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP). «Es ist unseres Rates nicht würdig, dass die halbe Nation darüber diskutiert, ob wir das richtig machen oder nicht.»

Als er bei einem heissen Tee die Ereignisse der vergangenen Tage nochmals rekapituliert, kann sich Bigliel ein Schmunzeln nicht verkneifen. Betont seriös sagt er: «Die Aktion ist kein Blossstellungsversuch gewesen.» Er habe Verständnis für das Anliegen des Ständerats, die 150-jährige Tradition der Handabstimmung beizubehalten. Jetzt sei die Diskussion, die bisher eine «rein ideologische» gewesen sei, einfach um ein «praktisches Argument» erweitert worden: «Bei Handabstimmungen

passieren Fehler!» Bigliel schmunzelt jetzt wieder wie ein Student, der seinem Professor eine falsche Gleichung nachweisen konnte. Doch schon wird er wieder ernst: «In einer Demokratie braucht es saubere Abstimmungen.» Tatsächlich wäre das Importverbot für Reptilienhäute in der ersten Runde durchgekommen, wenn richtig gezählt worden wäre. Jetzt wurde es abgelehnt. Für Bigliel drängt sich die Frage auf: «Wie viele falsche Resultate hat es in den letzten 150 Jahren im Ständerat gegeben?»

«Politisches Facebook»

Dass die Ergebnisse künftig stimmen und für das Volk transparent gemacht werden, dafür wollen er und sein Team sorgen. 2009 gründeten sie die Austausch- und Informationsplattform Politnetz, eine Art «politisches Facebook». 2700 Politiker, darunter 117 amtierende Nationalräte, sowie 16 000 Bürger haben sich auf der Website registriert, wo sie Beiträge schreiben und diskutieren. Seit 2011 erfasst Politnetz die Abstimmungen im Nationalrat. «Daten einlesen, digitalisieren, aufbereiten» – dank Internet und Social Media sei es heute viel einfacher, Transparenz herzustellen, sagt Bigliel. Der damit einhergehenden Verantwortung ist sich der junge Mann bewusst: «Unser Ziel ist es, die gute Schweizer Diskussions- und Streitkultur zu erhalten.»

Der gelernte Maschinenbauer und ausgebildete Multimediaproduzent hat die Politik im Blut. Er ist Präsident der Bündner Jungfreisinnigen und hat sich seine Leidenschaft mit dem Politnetz-Projekt zum Beruf gemacht. Die Plattform ist weltweit einmalig, «ein solches Angebot gibt es nirgends», sagt Bigliel stolz. «Eine Handvoll» Investoren hätten bisher rund eine Million Franken in das Start-up gesteckt. Zusätzliche Einnahmen fliessen aus den Partnerschaften mit Medien, denen sie Daten zur Verfügung stellen, sowie aus Spenden und den Beiträgen der Politiker, die für eine «Premium-Mitgliedschaft» rund 15 Franken pro Monat bezahlen.

Die Posse um den Ständerat könnte der Durchbruch sein für den jungen Unternehmer. Bald will er seinen Service auch für die Kantonsparlamente anbieten. Es sei «unglaublich», was dort alles in den Archiven verstaube, ohne dass der Bürger darauf zurückgreifen könne, sagt Bigliel. Ob die zumeist älteren Politiker denn immer verstünden, was er und sein Team machten? «Statt der üblichen Präsentation muss ich neu nur noch das Stichwort «Ständerat» sagen, und schon wissen alle Bescheid», sagt Bigliel. Wohl wissend, dass sich mancher Politiker vor seinem Transparenzanspruch auch fürchtet, schmunzelt er durch seinen strubbeligen Bart. ○



«Stichwort «Ständerat», und alle wissen Bescheid»: Politnetz-Gründer Bigliel.

«Wasserspezifische Kernelemente»

Die Zeit der «Bildungsturbos» sei vorbei, heisst es. Doch die Maschinerie, die sie an der Volksschule in Gang gesetzt haben, ist schwer zu stoppen – und sie entzieht sich weiter der demokratischen Kontrolle. Das beweisen der «Lehrplan 21» und andere neue Experimente. *Von Lucien Scherrer*



«Es herrscht ein lernfreudiges Klima.»

Hanspeter Amstutz runzelt die Stirn. «Aha, der Weihnachtsstress macht sich bei den Schülern bemerkbar», murmelt er und zückt den Rotstift. Der Sekundarlehrer aus Effretikon sitzt im Zürcher Café «Mandarin» und korrigiert Französischprüfungen. Obwohl seine Schüler diesmal nur mässig abgeschnitten haben, ist seine Stimmung glänzend. «Endlich hat der Wind gedreht», sagt er bei einem Kaffee, «der Glanz der Reformen ist weg.»

Amstutz ist ein politisch engagierter Lehrer, der von «progressiven» Bildungspolitikern lange als Fossil belächelt wurde. Er hält den gemeinsamen Klassenunterricht – heute abschätzig «Frontalunterricht» genannt – für ein probates Mittel, um die «Generation Facebook» bei Laune zu halten. Und er kämpft seit Jahren gegen praxisferne Reformen, mit denen pädagogische Hochschulen und Bildungsdirektionen die Schulen beglücken: zwei

Fremdsprachen an der Primarschule, grenzenlose integrative Förderung, Lernprogramme für Lehrer, die zu «Coaches» degradiert werden. Am 25. November gelang ihm und anderen Reformkritikern der grosse Coup. Die Zürcher Stimmbürger lehnten die Einführung der Grundstufe ab, welche die Schulen gezwungen hätte, Kindergärtler und Erstklässler gemeinsam zu unterrichten. Ein Modell, das Lehrer Amstutz für eine typische Kopfgeburt hält: Es hätte teure Investitionen in neue Strukturen verursacht, ohne dass irgendein Mehrwert erkennbar gewesen wäre.

Ziel verfehlt

Die Befürworter – darunter die Bildungsdirektion – behaupteten, dass die Grundstufe die Kinder zu sozialeren Wesen machen werde. Dahinter steckte der alte Glaube der Bildungsreformer, dass der Mensch durch neue Systeme

geformt und verbessert werden kann. «Man versucht, die Schule von oben umzukrempeln», sagt Amstutz, «aber das funktioniert nicht.» Das Nein der Stimmbürger zur Grundstufe hat in der Presse bereits einen Abgesang auf die «Bildungsturbos» ausgelöst. Ihre Zeit sei vorbei, titelte der *Sonntag*. Bricht jetzt die Ära der Realisten an? Ein etwas gewagter Schluss, wie drei aktuelle Beispiele zeigen.

1 — An den Schulen gilt seit einigen Jahren das Prinzip der Integrativen Förderung (IF). Es verlangt, dass möglichst alle Kinder, vom Behinderten bis zum Genie, in einer Klasse unterrichtet werden. Die Lehrpersonen werden dabei von Heilpädagogen unterstützt. Kleinklassen für auffällige oder behinderte Kinder sind in den Augen der IF-Vordenker untauglich, weil sie Separation und Diskriminierung förderten. Die Integration, so die Theorie,

erzieht alle Schüler zu toleranteren und sozialeren Menschen. Doch im Alltag zeigen sich ganz andere Phänomene. «Die verhaltensauffälligen und lernschwachen Schüler beanspruchen derart viel Aufmerksamkeit, dass wir uns kaum noch um die anderen kümmern können», sagt eine Lehrerin aus dem Raum Zürich, «es herrscht eine permanente Unruhe.»

Auch das Hauptziel der IF-Übung, die Zahl der gesondert unterrichteten Schüler zu senken, ist verfehlt worden. Wie die *NZZ am Sonntag* in ihrer letzten Ausgabe berichtete, bleibt ihre Zahl auf hohem Niveau konstant. Denn viele Integrationsversuche scheitern. «Wir hatten behinderte Schüler, die von ihren vermeintlichen *Gschpänli* derart fertiggemacht wurden, dass sie in private Sonderschulen flüchteten», erzählt eine Lehrerin aus dem Aargau, «dort sind sie wenigstens unter sich.» Eine Oberstufenlehrerin aus dem Zürcher Oberland berichtet von einem «extrem verhaltensauffälligen» Schüler, der in die Oberstufe integriert werden sollte, obwohl er bereits in der Primarschule mehrere Kinder spitalreif geschlagen hatte. Der Versuch endete damit, dass der Schüler in eine private Sonderschule gesteckt wurde. Die Kosten, rund 40 000 Franken im Jahr, trägt die Gemeinde. «Integration ist ja gut und recht», sagt die Lehrerin, «aber wo liegt die Schmerzgrenze? Darüber redet niemand.»

Die Grenze des Erträglichen ist vielerorts erreicht, wie politische Vorstösse zeigen. In der Stadt Luzern wollen zwei CVP-Gemeinderätinnen in einer Anfrage an den Stadtrat wissen, ob das Experiment IF rückgängig gemacht werden könne. In Uster verlangen zwei SVP-Gemeinderätinnen, dass die Kosten des Modells evaluiert werden. Beide Anfragen sind hängig. «Falls die IF keinen Nutzen bringt, sollte sich die Schulgemeinde eine Rückkehr zu den Kleinklassen überlegen», sagt Claudia Bekier, SVP-Gemeinderätin in Uster. Einfach, das ist ihr bewusst, wird das nicht sein: Ein Teil der Heilpädagogen, die heute in Regelklassen arbeiten, müsste entlassen werden. Gerade in dieser Gilde steht das Modell aber aus naheliegenden Gründen hoch im Kurs. «Die Zukunft», verkündete der Verband der Bündner Heilpädagogen im letzten März, «gehört der integrierten Förderung.»

2 — Das altersdurchmischte Lernen (AdL) ist der jüngste Versuch der Bildungstheoretiker, neue Strukturen und damit bessere Schüler zu schaffen. Kinder verschiedener Altersklassen sollen auf allen Stufen gemeinsam unterrichtet werden. Nutzen soll das in der Theorie sowohl den Kindern (sie profitieren voneinander und werden sozialer) als auch den Lehrern (sie haben mehr Zeit für individuelle Förderung). In mehreren Kantonen können die Gemeinden das AdL freiwillig einführen, wobei die Kompetenz nicht beim Souverän, sondern bei den Schulbehörden liegt. Glaubt man den pä-

dagogischen Hochschulen, ist AdL das Modell der Zukunft. Und glaubt man offiziellen Verlautbarungen, ist es in der Praxis ein voller Erfolg. Im zürcherischen Wetzikon, wo das AdL im Sommer eingeführt wurde, wusste man bereits nach wenigen Wochen Bescheid: «Es herrscht ein lernfreudiges Klima», verkündete die Schulpflege, «die Kinder sind einerseits stolz, wenn sie den Jüngeren Unterstützung bieten können, und geniessen es andererseits, sich auch mal von einem Älteren etwas erklären zu lassen.» Es hat wohl selten Versuchskaninchen gegeben, die eine Theorie schneller und exakter «bewiesen» haben. Denn genau diese Sätze stehen im Lehrbuch.

Die Realität, man ahnt es, sieht auch in Sachen AdL etwas anders aus. «Wir haben, auf Deutsch gesagt, einen verdammt Salat», sagt ein Schulpfleger aus einer Gemeinde in der Zentralschweiz, die seit zwei Jahren auf Mehrjahrgangsklassen setzt. Da Erst- und Zweitklässler, Dritt- und Viertklässler sowie Fünft- und Sechstklässler gemeinsam unterrichtet werden, müssen jedes Jahr neue Klassen gebildet werden. Mit der Folge, dass die Kinder kaum Freundschaften schliessen, die über die gesamte Schulzeit halten. So etwas wie «Klassengeist» entstehe schon gar nicht mehr. «Man will die Kinder dazu zwingen, dass sie es mit allen lustig haben», sagt der

«Wir stimmen über jede Abwasserleitung ab, aber nicht über das Schulsystem.»

Schulpfleger, «dabei wollen sich die jüngeren und älteren voneinander abgrenzen, und das sorgt für Unruhe.» Am Ende würden die Kinder nicht sozialer, sondern asozialer. Obwohl es auch in der Elternschaft brodelt, hält eine Mehrheit der Schulbehörde eisern an ihrem Experiment fest, der kritische Schulpfleger wird regelmässig überstimmt. Für ihn ist das Ganze absurd: «Wir stimmen an der Gemeindeversammlung über jede Abwasserleitung ab, aber nicht über das Schulsystem.»

3 — Der «Lehrplan 21» ist ein nationales Prestigeprojekt, das ab 2014 den Unterricht in den 21 Deutschschweizer Kantonen normieren soll. Seit zwei Jahren wird daran gearbeitet. Die Federführung liegt bei der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK); in Steuer- und Begleitgruppen arbeiten rund siebenzig Bildungspolitiker, Fachdidaktiker der pädagogischen Hochschulen und Lehrer mit. Über den Gang der Dinge wird nur spärlich informiert. Erst im Sommer 2013 sollen Schulen, Parteien, Verbände konsultiert werden. Danach wird das Papier allenfalls überarbeitet und von der Plenarversammlung der EDK verabschiedet. Weder die Stimmbürger noch die kantonalen Parlamente – diese

können sich einzig über Finanzfragen einmischen – werden etwas zu sagen haben. Dabei ist der Sinn eines harmonisierten Lehrplans höchst umstritten. Der Bieler Lehrer Alain Pichard hält ihn für «Chabis»: «Man will die Mentalitäten vereinheitlichen, aber das hat in der Schweiz noch nie geklappt.» Wenn heute 16 bis 20 Prozent der Schulabgänger nicht mehr richtig lesen könnten, sollte man eigentlich andere Sorgen haben, als Geld für einen «Papiertiger» zu verschwenden, das man woanders dringend benötigte.

Unmut in der Lehrerschaft

Hinter den Mauern der D-EDK ist ein Seilziehen zwischen Theoretikern und Praktikern im Gang. Zu Letzteren gehört Armin Stutz, einer der wenigen Lehrer in der Begleitgruppe. «Wir fordern einen klar lesbaren Lehrplan», sagt er, «und eine angemessene Vorbereitung der Schüler auf das Berufsleben.» Dass sich Lehrer wie Stutz in der EDK einbringen dürfen, ist als positives Signal zu werten. Noch vor wenigen Jahren hätten sich Wissenschaftler und PH-Didaktiker wohl gar nicht dreinreden lassen. Den Ton geben sie allerdings noch heute an, wie sich bei der Gewichtung der Themen zeigt. Für die Berufs- und Studienwahlvorbereitung sind in einem ersten Entwurf gerade mal 39 Stunden pro Jahr vorgesehen, wie die *NZZ* kürzlich berichtete – «viel zu wenig», wie Lehrer kritisieren.

Dafür sollen die Schüler eine ordentliche Portion «nachhaltige Entwicklung» verabreicht bekommen. Unter diesen Begriff fallen fächerübergreifende Themen, die an den pädagogischen Hochschulen gerade im Trend liegen: Umwelt, Migration, interkulturelle Verständigung, Gender und Gleichstellung, Diskriminierung, soziale Gerechtigkeit. Vor 25 Jahren wäre wohl auch das Waldsterben dabei gewesen. Auch die Sprache des Lehrplans ist nicht unbedingt geeignet, die Angst der Lehrerschaft vor einem bürokratischen Machwerk zu zerstreuen. So heisst es über den Schwimmunterricht: «Die Schülerinnen und Schüler erwerben die wasserspezifischen Kernelemente.» «Ich hoffe nur, dass die Lehrer nicht so reden werden», spottet ein pensionierter Lehrer, «sonst versteht sie kein Mensch.»

Das Problem scheint erkannt. Laut D-EDK-Geschäftsleiter Christoph Mylaeus wird der Lehrplanentwurf derzeit überarbeitet. Ziel sei unter anderem eine «bessere Verständlichkeit». Über Inhalte will er erst reden, wenn die überarbeiteten Entwürfe vorliegen, also 2013. Die Verschwiegenheit der EDK sorgt in der Lehrerschaft für Unmut. «Offensichtlich hat man hat Angst vor einer öffentlichen Debatte», sagt Hanspeter Amstutz. «Dabei sollte gerade jetzt über die Volksschule diskutiert werden.» Die Taktik der Bildungstheoretiker ist verständlich: Je weniger das Volk mitredet, desto weniger sind ihre Pläne gefährdet. ○

Mehr Lebensfreude

Eine Studie zeigt überraschende Ergebnisse: Pornodarstellerinnen fühlen sich besser als andere Frauen und sind psychisch mindestens so stabil. Auch Prostituierte sind glücklicher als bisher angenommen, falls der Sex selbstbestimmt ist und in sicherem Rahmen stattfindet. *Von Alex Reichmuth*



«Schlimmer als die Arbeit in einer Mine?»: Dreharbeiten im kalifornischen San Fernando Valley.

Lorelei Lee, in den USA eine bekannte Pornodarstellerin, reagierte mit Freude: «Als glückliche, gesunde Schauspielerin in Pornofilmen ist meine Reaktion: Danke, liebe Wissenschaft, für den Beweis, dass es mich gibt», kommentierte sie eine neue Studie. In dieser Studie, die vor kurzem im Fachmagazin *Journal of Sex Research* publiziert wurde, geht es um den psychischen Zustand von Frauen, die in Sexfilmen mitwirken. Sie hat einige überraschende Resultate hervorgebracht. 177 amerikanische Frauen im Alter von 18 bis 50 Jahren, die schon mindestens eine bezahlte Rolle in einem Pornofilm gehabt hatten, waren von Psychologen der Universität Shippensburg im US-Bundesstaat Pennsylvania befragt worden. Ihre Antworten wurden mit denjenigen einer Kontrollgruppe von Frauen ohne Erfahrung in Sexfilmen verglichen, die bezüglich Alter und Beziehungsstatus mit denen der Gruppe der Pornodarstellerinnen vergleichbar waren.

Lust am Verstoss gegen Normen

Einige Resultate der Studie erscheinen zwar wenig spektakulär: Pornodarstellerinnen haben ihr erstes Mal früher erlebt als die Frauen der Kontrollgruppe (mit 15 statt mit 17 Jahren), sind deutlich häufiger bisexuell veranlagt (67 Prozent gegenüber 7 Prozent) und hatten in ihrem bisherigen Leben viel mehr Bettgefährten (75 gegenüber 5, wobei Kontakte in den Filmen nicht mitgezählt wurden). Die Befragung ergab auch, dass Pornodarstellerinnen viel häufiger als andere Frauen Erfahrung mit Drogen hatten.

Eher überraschend ist jedoch, dass Pornoschauspielerinnen keineswegs in schlechterer psychischer Verfassung sind als andere Frauen. Im Gegenteil: Die Studie attestiert ihnen mehr Lebensfreude, mehr Selbstbewusstsein, mehr Genuss beim Liebesspiel, eine bessere Beziehung zum eigenen Körper, einen besseren Schlaf, ja sogar mehr Spiritualität im Leben. Kurzum: Sexschauspielerinnen sind glücklicher als andere Frauen. Auch sind sie als Kinder nicht etwa häufiger von sexuellem Missbrauch betroffen gewesen. Die Studie widerlegt damit die sogenannte *damaged goods*-Hypothese, wonach es sich bei Pornodarstellerinnen um Frauen mit psychischen Störungen handelt, die von zerrütteten Verhältnissen und sexueller Gewalt herrühren.

Die Psychologen der Shippensburg University füllen mit ihrer Studie eine Lücke. Bisher gab es noch nie eine systematische Befragung

einer so grossen Zahl von Pornodarstellerinnen zu ihrer psychischen Befindlichkeit. Der Mangel an Daten rührt sicher daher, dass die Pornoindustrie eine ziemlich geschlossene und verschwiegene Branche ist: Es gibt keine Adressverzeichnisse von Sexschauspielerinnen, über die man diese kontaktieren kann. Und hat man Kontakte hergestellt, geben sich viele Pornodarstellerinnen zugeknöpft. Die bisher umfangreichste Studie stammte aus dem Jahr 2000 und beruhte auf Interviews mit 31 Frauen. Sie befasste sich aber nur mit deren Motivation, in Pornos mitzuwirken. Die Studie ergab, dass es solchen Frauen neben den Verdienstmöglichkeiten vor allem um Ruhm geht sowie um die Lust am Verstoß gegen gesellschaftliche Normen.

Mehr Forschungsergebnisse gibt es zum Bild, das sich die Gesellschaft vom Pornogewerbe und von den Darstellern macht. Eine Studie zeigte, dass Pornodarstellerinnen von der Bevölkerung negativer beurteilt werden als übrige Frauen, aber positiver als Prostituierte. Eine andere Studie belegte, dass in der Öffentlichkeit angenommen wird, Sexdarstellerinnen stammten aus einem Umfeld, in dem physische und sexuelle Gewalt vorherrsche. Diese Überzeugung ist umso stärker, je negativer die Pornobranche insgesamt gesehen wird. Solche Vorstellungen sind falsche Vorurteile, muss man jetzt nach Erscheinen der grossen Studie aus Pennsylvania annehmen. Deren Verfasser verschafften sich übrigens den Zugang zu den Pornodarstellerinnen über eine medizinische Institution, die sich um deren Gesundheit kümmert und insofern über viele Kontakte verfügt.

Strassenstrich ist Risiko für die Psyche

Nicht nur die gängigen Vorstellungen über Pornodarstellerinnen, sondern auch solche über Prostituierte entsprechen häufig nicht der Realität. Dieser Schluss drängt sich auf, wenn man die Resultate einiger einschlägiger Studien zur Kenntnis nimmt. Eine Umfrage der Universität Zürich von 2010 unter der Leitung des Direktors der Klinik Burghölzli,

Wulf Rössler, schien zwar auf den ersten Blick populäre Überzeugungen zu bestätigen. Befragt worden waren rund 200 Prostituierte in Zürich. 30 Prozent von ihnen erfüllten die Kriterien für eine Depression, sogar 34 Prozent die Kriterien für eine Angststörung. Das ist drei- bis fünfmal so viel wie bei Frauen allgemein. Allerdings zeigten sich Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen von Prostituierten. Als besondere Risikofaktoren für psychische Störungen erwiesen sich Gewalterfahrungen, schlechte Arbeitsbedingungen und die Nationalität. Frauen, die sich auf der Strasse anboten, waren deutlich häufiger psychisch krank als solche, die in Studios arbeiteten. Frauen aus Asien und Südamerika erkrankten ebenfalls viel häufiger als Prostituierte aus anderen Ländern.

Psychotherapeuten oder Kindermädchen

Zu ähnlichen Schlüssen kam 2007 auch eine Befragung unter 247 Sexarbeiterinnen, die im australischen Bundesland Queensland durchgeführt worden war. Prostituierte mit einem legalen Status waren deutlich zufriedener mit ihrer Arbeit als solche, die ohne Erlaubnis auf der Strasse anschafften. Stark unterschiedlich waren auch die Erfahrungen mit Gewalt: Während 52 Prozent der illegalen Sexarbeiterinnen schon von Freiern geschlagen oder vergewaltigt worden waren, waren es bei denjenigen, die ihre Dienste in den eigenen vier Wänden anboten, nur 12 Prozent. Bei den Frauen in Bordellen waren sogar nur 3 Prozent schon von Gewalt durch Freier betroffen gewesen. Über alles gesehen, ergab die Studie aus Queensland, dass bei Prostituierten die Arbeitszufriedenheit sowie die physische und die psychische Gesundheit nicht schlechter sind als bei Frauen allgemein.

Auch eine neuseeländische Studie kam im Jahr 2001 zum Schluss, dass sich Sexarbeiterinnen bezüglich psychischer Gesundheit, Missbrauchserfahrungen und sozialer Vernetzung nicht von anderen Frauen unterscheiden. Eine Untergruppe fiel dabei mit be-

sonders guten Werten bei diesen Aspekten auf: Frauen, die in Salons arbeiteten und über eine Stammkundschaft verfügten.

Solche Resultate deuten stark darauf hin, dass weniger die Prostitution als solche psychisch krank macht, sondern mehr, wenn diese unter schlechten Umständen stattfindet. Besonders gefährdet scheint, wer keinen legalen Status hat, auf den Strassenstrich geht und – als dritter Faktor – negative Reaktionen im sozialen Umfeld fürchten muss. Die deutsche Psychologin Susanne Dierich ging 2009 im *Journal für Psychologie* auf die Wirkung der Stigmatisierung ein: «Diejenigen, die der Prostitution nachgehen, sehen sich massiven Vorurteilen gegenüber», schrieb sie. Solche Frauen würden selten als Persönlichkeiten wie andere gesehen, sondern häufig aufgrund ihrer Arbeit auf einen Opferstatus reduziert. Zusammen mit der weitgehenden Rechtlosigkeit führe die Stigmatisierung dazu, «dass die meisten Frauen ein Doppelleben führen, welches sie in eine soziale Isolation bringt».

«Ist Sex mit einem Mann, den man nicht liebt, wirklich so viel schlimmer als die Arbeit in einer Mine oder als Soldatin in einem Krieg?», fragte sich die Soziologin Laura María Agustín 2009 in einem Interview mit der *NZZ am Sonntag*. Sie hat mehrere Bücher über Prostituierte verfasst und ist überzeugt, dass Prostitution als solche nicht krank macht. «Ein Psychotherapeut verkauft seine Sensibilität, ein Kindermädchen seine Zärtlichkeit», so Agustín weiter. «Deswegen nehmen wir nicht an, dass sie zu seelischen Krüppeln werden.» Die Prostitution müsse man ähnlich sehen. Vor allem von Feministinnen würde aber noch immer verbreitet, Prostitution bedeute Vergewaltigung, also müsse man die Prostituierten retten. Agustín berief sich bei ihren Aussagen auf Gespräche mit Tausenden von Sexarbeiterinnen. Befragt man also die Betroffenen direkt, geraten viele Klischeevorstellungen ins Wanken – sowohl bezüglich Prostituierten wie auch bezüglich Pornodarstellerinnen. ○



GRAND PUY LACOSTE
– PAUVILLAC 2009

CHF 79.90
Ab 36 Flaschen
CHF 77.75



CLERC MILON –
PAUVILLAC 2009

CHF 59.40
Ab 36 Flaschen
CHF 56.15



POUJEAUX –
MOLIS 2008

CHF 25.90
Ab 36 Flaschen
CHF 24.85



WWW.ARVI.CH

ARVI-HIGHLIGHTS DER WOCHE

<p> Phélan Ségur – St. Estephe 2009 CHF 38.90 Ab 36 Flaschen 37.80</p> <p> Calon Segur – St. Estephe 2009 CHF 86.40 Ab 36 Flaschen 84.25</p> <p> Malescot St Exupery – Margaux 2009 CHF 106.90 Ab 36 Flaschen 103.70</p> <p> Echo de Lynch Bages (2nd wine of Lynch Bages) – Pauillac 2009 CHF 38.90 Ab 36 Flaschen 37.80</p>	<p> Leoville Barton – St. Julien 2007 CHF 58.30 Ab 36 Flaschen 57.25</p> <p> Pontet Canet – Pauillac 2007 CHF 77.75 Ab 36 Flaschen 75.60</p> <p> Montrose – St. Estephe 2007 CHF 74.50 Ab 36 Flaschen 72.35</p> <p>L'Evangile – Pomerol 2007 CHF 106.90 Ab 36 Flaschen 102.60</p>	<p> Rieussec – Sauternes 2007 CHF 45.35 Ab 36 Flaschen 43.20</p> <p>Yquem – Sauternes 1995 CHF 237.60 Ab 36 Flaschen 232.20</p> <p> Champagne Brut – Pol Roger N.V. CHF 35.65 Ab 36 Flaschen 34.55</p> <p> Champagne Blanc de Blancs – Ruinart N.V. CHF 64.80 Ab 36 Flaschen 62.65</p>	<p> Champagne Dom Perignon – Moët & Chandon 2003 CHF 135.– Ab 36 Flaschen 131.75</p> <p><small>RP = Robert Parker Points JS = James Suckling Points WS = Wine Spectator Points</small></p> <p><small>Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano. Transport nicht im Preis enthalten.</small></p>
---	--	---	--

FÜR JEDEN GESCHMACK DER RICHTIGE WEIN, DIREKT NACH HAUSE!

ARVI SA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

«Unendliche Startvorteile»

Sunrise-Chef Oliver Steil warnt vor einem Scheitern der Telekom-Liberalisierung und fordert Massnahmen, um den Ex-Monopolisten Swisscom an die Kandare zu nehmen. Andernfalls könnte die Netzwerk-Infrastruktur bedroht sein. Von Florian Schwab und Gian Marco Castelberg (Bild)



«Die Liberalisierung war politisch nicht gewollt»: Sunrise-CEO Steil.

Herr Steil, die Preise in Ihrer Branche sinken auf breiter Front.

Ja, bei allen wesentlichen Produkten ist der Preis für die Kunden viel wichtiger geworden als noch vor einem oder zwei Jahren – für Festnetz, Mobilfunk, Internet, TV.

Sunrise hat sich immer als günstiger Anbieter positioniert. Rächt sich das jetzt?

Wir waren schon in der Vergangenheit der Anbieter mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Dabei bleiben wir. Als diesen Sommer Bewegung in die Mobilfunkpreise kam, haben wir sofort reagiert.

Auf die von Marktführer Swisscom lancierten Flatrate-Tarife im Mobilfunk?

Ja, wobei Sunrise als erster Schweizer Anbieter Flatrates angeboten hat. Diese haben wir im vergangenen Mai noch erweitert. Die Offensive der Swisscom, die drei Jahre nach uns erkannt hat, dass Flatrates ein wichtiges

Kundenbedürfnis sind, hat dann im Juni zusätzlich für Bewegung gesorgt.

Sie müssen mit niedrigeren Margen leben. Geht das?

Wenn im Telekommunikationsgeschäft die Infrastruktur erst einmal da ist, sind die Margen relativ hoch. Es wird aber immer herausfordernder, die Erträge für die weiterhin notwendigen Investitionen zu generieren.

Sie jammern auf hohem Niveau: Die Preise in der Schweiz sind höher als im Ausland.

Wir haben ein Preisniveau erreicht, das nur noch leicht höher ist als im Ausland. Das ist aber durch die höheren Infrastruktur- und Beschaffungskosten in der Schweiz gerechtfertigt. Zudem wird in der Schweiz auf Qualität besonders viel Wert gelegt. Wenn das Preisniveau noch weiter sinkt, sind die Investitionen gefährdet. Das gilt für Festnetz und Mobilfunk.

Die Investitionen betreffen vor allem Ihr eigenes Mobilfunknetz. Wie viel werden Sie investieren?

Unser Investitionsplan sieht zwischen 2010 und 2015 insgesamt eine Milliarde Franken an Investitionen vor. Davon geht der allergrösste Teil in das Mobilfunknetz. Unser UMTS-Netz mit bis zu 42 Mbit/Sekunde soll flächendeckend verfügbar sein. Auch die Erweiterung auf die neue LTE-Technologie hat mit einem Pilotprojekt bereits begonnen.

Wie schnell muss der Ausbau vor sich gehen?

Das Datenvolumen im Mobilfunk verdoppelt sich nahezu jedes Jahr. Es ist ein Kreislauf: Einerseits wird das Tempo immer höher, daher gibt es immer mehr Anwendungen. Das fördert wiederum die Entwicklung noch schnellerer Netze, und entsprechend steigt das Volumen.

Wird Ihr Mobilfunknetz irgendwann der Swisscom das Wasser reichen können?

Das ganz grosse Thema ist heute nicht mehr, jede Bergspitze abzudecken, sondern der Ausbau des Datennetzes. Seit einigen Monaten arbeiten wir gemeinsam mit unserem neuen Partner Huawei am Netzausbauprogramm. Das geht sehr rasch, und wir können Mitte nächstes Jahr auf einem vergleichbaren Niveau wie die Swisscom sein.

Gibt es zu viele Anbieter in der Schweiz?

Die Erfahrung aus dem Ausland zeigt, dass Mobilfunkmärkte mit bis zu drei Anbietern funktionieren können. In der Schweiz als kleinem Land wäre es für die Netzinfrastruktur vermutlich sinnvoller, es gäbe nur zwei Anbieter.

Die Wettbewerbskommission sieht es anders und hat Ihnen im Jahr 2010 die Fusion mit Orange verboten.

Die Frage ist: Wer kann den Marktleader effizienter konkurrieren – zwei kleine oder ein grosser Anbieter? Ich bin der Überzeugung, dass letztlich nur ein grosser Konkurrent der Swisscom richtig gefährlich werden kann. Der fusionierte Angreifer hätte die kritische Grösse dafür.

Der Markt wäre dann im Verhältnis 60:40 zugunsten der Swisscom aufgeteilt worden. Was hätte das gebracht?

Die Chance, dass man von 60:40 auf 50:50 kommt, ist um ein Vielfaches grösser, als wenn die Aufteilung 60:24:16 ist.

Es hätte auch passieren können, dass beide grossen Anbieter sich abgesprochen hätten und träge geworden wären.

Das war das Argument der Weko, ja. Auf kurze Frist ist der Wettbewerb sicher lebendiger mit drei Anbietern. Auf lange Sicht kann es aber passieren, dass einer der kleineren Anbieter an der Investitionsfront verdrängt wird, weil er sich schlicht die Investition in die übernächste Technologiegeneration nicht mehr leisten kann.

Orange will Ihnen laut dem neuen Firmenchef den Rang als Nummer zwei im Mobilfunk ablaufen.

Ich würde mich auch schwertun zu sagen: «Wir sind die Nummer drei und möchten das bleiben.» Sunrise ist aber guter Dinge. Unser Vorteil ist, dass wir Bündelangebote machen können: für Festnetz, Mobilfunk, Fernsehen.

Warum bleibt die Swisscom so stark?

Ein Teil des Erfolgs kommt sicher daher, dass die Swisscom ein gutgeführtes Unternehmen ist, das viele Initiativen richtig anpackt und sich nahe am Markt bewegt.

Moment, Sie sind als prononcierter Kritiker des Unternehmens bekannt.

Unsere Beziehung zur Swisscom ist ambivalent. Einerseits befinden wir uns im harten Wettbewerb um Kunden, andererseits sind wir aufeinander angewiesen. Manche Dienstleistungen kann man nur bei der Swisscom bekommen. So ist Sunrise der grösste Kunde von Swisscom Wholesale.

Wettbewerber immer noch einen Marktanteil von 60 Prozent hat. Das ist in keinem anderen Land Europas der Fall.

Wie kommt das?

Das Regulierungs- und Wettbewerbsumfeld in der Schweiz ist sehr freundlich zum Ex-Monopolisten. Die Ursachen für viele dieser

«Es ist nicht gewährleistet, dass es in fünf Jahren noch einen echten Wettbewerb von Anbietern gibt.»

Vergünstigungen liegen weit in der Vergangenheit. Die bekannteste davon ist die späte Öffnung der letzten Meile im Festnetz. Als diese endlich liberalisiert wurde, gab es nur noch wenige Anbieter. Diese waren zu wenig kapitalstark, da sie der Swisscom jahrelang sehr hohe Durchleitungsgebühren gezahlt hatten. Wenn Sie im Festnetz schwach sind, haben Sie wenige Möglichkeiten, im Mobilfunk mit geeigneten Produktbündeln anzugreifen. Diese Verkettung führt dazu, dass die Profit-Pools der Swisscom gut geschützt sind und es ihr erlauben, rasch in neue Märkte zu expandieren und sich rechtzeitig eine gute Marktposition zu sichern.

Wer hat versagt?

Die Regulierungsbehörde hätte Mechanismen einbauen müssen, die über die Zeit eine

ses Unternehmen schwächen. Als Eigentümer habe ich ein klares Interesse daran, dass das Unternehmen seine Marktanteile behält und die Preise möglichst lange hoch hält.

Neulich war in der Handelszeitung zu lesen, die Swisscom wolle jetzt auch im Stromgeschäft mitmischen.

Die Swisscom hat in sehr viele Bereiche diversifiziert. Sie hat etwa mit Phone House einen ganzen Vertriebskanal gekauft. Das ist in anderen Ländern nicht denkbar, dass der finanzkräftige Ex-Monopolist auf diese Weise auch noch in benachbarte Geschäftsfelder expandiert.

Ist die Liberalisierung der Telekommunikationsbranche alles in allem gescheitert?

Es ist nicht gewährleistet, dass es in fünf Jahren noch einen echten Wettbewerb von Anbietern gibt, die in Infrastruktur investieren. Das ist besorgniserregend, weil die Netzwerk-Infrastruktur für die Schweiz extrem wichtig ist. Modernste Infrastruktur ist ein absoluter Erfolgsfaktor. Das haben viele Länder erkannt. Wenn man den Wettbewerb und die Innovationskraft erhalten will, braucht es ein neues Telekommunikationsgesetz mit neuen Mechanismen. Der Prozess ist so zäh, weil die Swisscom mehrheitlich in Staatsbesitz ist. Das ist die Wurzel der ganzen Problematik.

Sie versuchen, mit Akquisitionen in die

Ist Ihnen je ein besserer Anlagetipp zu Ohren gekommen?
made by Gübelin.

GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Man sollte nicht aufgrund unpassender Rahmenbedingungen die Leistungen anderer schmälern.

Was meinen Sie mit «unpassenden Rahmenbedingungen»?

Die Swisscom hat ihren unternehmerischen Erfolg auf der früheren Monopolstellung aufgebaut. Das hat unendliche Startvorteile in allen möglichen Bereichen gebracht: Zugang zu den Haushalten, Zugang zur Infrastruktur, Zugang zu den besten Standorten für Antennen. Ein Beispiel: Als erstes Unternehmen im Mobilfunk hatte die Swisscom auch die ersten Kunden, was natürlich sehr profitabel war und eine weitere Expansion erst möglich gemacht hat. Die Swisscom hat den Startvorteil operativ gut genutzt. Dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen, sieht man daran, dass die Swisscom trotz zweier sehr innovativer und auch aggressiver

wettbewerbliche Angleichung der Marktanteile ermöglichen. Die Swisscom profitiert heute von Skaleneffekten und tut alles, um ihren Marktanteil zu behalten oder sogar noch auszubauen.

Wollte oder konnte das Bakom nicht anders handeln?

Das Schweizer Telekommunikationsgesetz ist im internationalen Vergleich sehr, sehr sanft. Darin kommt zum Ausdruck, dass eine echte Liberalisierung politisch nicht gewollt war. Sonst hätte man sich vom Ziel leiten lassen, dass am Ende die Marktanteile etwa ähnlich sind wie beispielsweise in Grossbritannien. In der Schweiz ist es anders gelaufen, die Grundhaltung ist anders.

Gibt es Interessenkonflikte des Bundes als Swisscom-Mehrheitsaktionär?

Ich kann mir schwer vorstellen, dass man einerseits Eigentümer eines Unternehmens ist und andererseits Gesetze erlässt, die die

Geschäftskundensparte zu expandieren.

Bei den Firmenkunden ist der Vorteil der Swisscom noch viel grösser als bei den Privatkunden. Geschäftskunden waren von Anfang an Swisscom-Kunden. Hier haben wir mit Business Sunrise einen Marktanteil von knapp 10 Prozent. Das ist weniger als wir uns vorstellen, und wir arbeiten daran, beispielsweise mit dem Integrationsgeschäft, das wir seit Anfang des Jahres aus einer Hand mit den Telekom-Services neu anbieten. Insgesamt kommen wir gut voran im Geschäftskundenumfeld.

Wie viele der vier grossen Telekommunikationsanbieter – ich nehme Cablecom jetzt einmal dazu – wird es in zehn Jahren noch geben?

Vermutlich drei.
Sunrise wird in irgendeiner Form noch dabei sein?

Ja. ○

Ein Königreich für ein Skelett

Richard III. (1452–1485) gilt als der hinterhältigste aller englischen Könige. Nach seinem Tod blieb der Leichnam 500 Jahre verschollen. Nun glauben Forscher ihn unter einem Parkplatz gefunden zu haben. Ein Besuch beim Gerippe, das ein Volk in Atem hält. *Von Urs Gehriger und Andrew Testa (Bilder)*



Shakespeares zweifelhaftes Vermächtnis: Richard III. in der Schlacht von Bosworth, 1485.

Kahl und ausgestorben liegt Bosworth Field unter winterlichem Gewölk; und lauscht man gut, glaubt man aus eisiger Ferne einen verzweifelten Ruf zu vernehmen: «Ein Pferd, ein Pferd, mein Königreich für ein Pferd!» Es sind die Worte Shakespeares, die er König Richard III. in seiner gleichnamigen Tragödie in den Mund gelegt hat. Der legendäre Hilferuf, der bis heute weltweit über Theaterbühnen hallt, soll der letzte Monarch der Yorks in Todesangst ausgestossen haben, als er, umzingelt von Tudor-Soldaten, sein Ende nahen sah.

Auf Bosworth Field in den englischen Midlands, 150 Kilometer nordöstlich von London, wurde das Leben Richards ausgelöscht und gleichzeitig ein Mysterium geboren. 1485 stos-

Die Indizien scheinen sich zu verdichten, dass der Fund ein Volltreffer ist.

sen hier zwei Armeen zusammen. Henry Tudor gewinnt die Schlacht und den Thron von England. Die Rosenkriege, das blutige Ringen zwischen den beiden rivalisierenden englischen Adelshäusern York und Lancaster, das England dreissig Jahre lang entzweit hat, sind vorbei.

Richard III. verliert mehr als Leben und Krone. Die neuen Herrscher stellen sicher, dass auch sein Ruf und Name auf ewig ruiniert bleibt. Shakespeare, Propagandist der Tudors, porträtiert den letzten König der Familie York als buckligen Schurken. «Entstellt, verwahrlost, [...] so lahm und ungeziemend, dass Hunde bellen, hink ich wo vorbei», lässt er Richard gleich im ersten Akt seine üble Gestalt offenbaren. Im verkrüppelten Körper wohnt ein kranker Geist: «Weil ich nicht als ein Verliebter kann kürzen diese fein beredten Tage, bin ich gewillt, ein Bösewicht zu werden, und feind den eitlen Freuden dieser Tage.»

Shakespeare hat das Bild Richards III. zementiert, das die Nachwelt bis heute von ihm hat: als skrupellos hinterhältige Bestie und Schandmal in den Annalen Englands. Damit nicht genug. Eine weitere Schmach erwartet Richard III. kurz nach dessen Tod. Seine sterblichen Überreste gehen verloren und bleiben verschollen, ein halbes Jahrtausend lang – bis zu diesem Sommer. «Spektakulärer Fund!», titeln die Zeitungen am 12. September. In Leicester haben Forscher ein Skelett gefunden, das sie Richard III. zuordnen.

Der Fund, sofort als Sensation gefeiert, elektrisiert das Königreich, macht Schlagzeilen um

die ganze Welt. Könnten die sterblichen Überreste tatsächlich diejenigen Richards III. sein? Seit drei Monaten sind Forscher dem Rätsel auf der Spur, mit modernster Methode und Apparatur. Eine junge Archäologin, Genforscher und ein ahnungsloser Tischler spielen die Hauptrollen im mysteriösen Stück. Gespannt wartet Britannien auf den Befund. Vor Weihnachten, hiess es, soll das Rätsel gelüftet werden.

«Zuerst den Kopf gefunden»

Seinen Anfang nimmt das Drama am dunkelsten Ort Englands, im Tower von London. Hier soll Richard III. 1483 seinen Neffen Prinz Edward V. mitsamt seinem jüngeren Bruder Richard eingekerkert und umgebracht haben, um seinen Weg auf Englands Thron zu bahnen. So blutig und gemein soll Richards Herrschaft gewesen sein, dass die Tudors sich aufmachten, dem Schrecken ein Ende zu setzen.

Wie ein erlegtes Wild hat man Richards Leichnam folglich behandelt. Nach dem Tod auf Bosworth Field, verursacht durch einen Hieb mit einer Streitaxt auf den Kopf, wird er, halbnackt, auf ein Pferd gepackt und durch Leicester paradiert, zwei Tage zur Schau gestellt und schliesslich im Stillen begraben, «im Altarraum des Fryars-Minor-Klosters zu Leicester», wie Historiker John Rous 1490, fünf Jahre nach Richards Tod, festhielt.

Gemäss Legenden aus dem 17. Jahrhundert soll das Skelett ausgegraben und in den nahegelegenen Fluss Soar geworfen worden sein, als das Kloster aufgelöst wurde. Danach verwischen Neubauten, ungenaue Karten und widersprüchliche Geschichten die Spuren Richards III. Doch dieses Jahr gelingt es Archäologen von der Universität Leicester, die Suche einzugrenzen. Im August kommt es in Leicester

zum Showdown – mitten auf einem Parkplatz. Mit Bodenradar wird unter dem Asphalt die ursprüngliche Kirchenmauer ausgelotet.

«Ich würde meinen Hut essen, wenn wir den König finden», sagt Grabungsleiter Richard Buckley vor dem Spatenstich. Innert Tagen stossen die Archäologen auf Menschengewebe. Buckley holt Knochenexpertin Jo Appleby. Angezogen mit Atemmaske und Schutzanzug, macht sich die Dozentin für Bioarchäologie ans Werk. Und hebt ein intaktes Skelett.

«Zuerst habe ich den Kopf gefunden», sagt Appleby, deren Stimme immer noch bebt, wenn sie von dem grossen Moment erzählt. Zwei Verletzungen weist der Schädel auf. Ein spitzes Loch und eine massive Scharte am Hinterkopf. «Das ist nicht bei einem Sturz in angetrunkenem Zustand auf dem Nachhauseweg vom Pub geschehen», sagt Appleby trocken. «Dieser Mensch ist eines gewaltsamen Todes gestorben, wahrscheinlich durch eine Streitaxt», genau wie Augenzeugen der Schlacht von Bosworth Field von Richard III. berichtet haben.

Dann arbeitet sich Appleby die Beine empor bis zur Brust, wo sie einen Eisenklumpen, der «wie eine Pfeilspitze» aussehe, zwischen den Rippen findet. Unweit davon macht sie schliesslich die Entdeckung, die ihr den Atem verschlägt. «Seine Wirbelsäule hatte eine abnormale Krümmung», sagt sie. «Skoliose!» Eine S-förmige Verbiegung, welche nicht mehr durch Einsatz der Muskulatur aufgerichtet werden kann. «Infolge dieser Missbildung hatte dieser Mensch seine linke Schulter hängen lassen», sagt Appleby. Genau wie der echte Richard III. «Er war klein von Statur», beschreibt ihn sein Zeitgenosse, Historiker John Rous 1490, «mit einem kurzen Gesicht und ungleichen Schultern, die rechte höher als die linke.»

Als das Forschungsteam im September unmittelbar nach seinem Fund vor die Presse tritt, wählt es seine Worte mit Bedacht: «Wir sagen nicht, dass wir Richard III. gefunden haben; wir sagen, dass die Suche nach Richard III. in eine neue Phase eingetreten ist.» Denn um das Skelett mit Sicherheit dem verschollenen König zuzuordnen, fehlt noch ein entscheidender Puzzlestein: eine DNA-Probe eines lebenden Nachfahren.

Vom Schreiner zum Königsmacher

Doch wo würde sich ein direkter Verwandter finden, 527 Jahre nach Richard III. Tod? Die Antwort finden die Forscher in einer Schreinerei im Londoner Stadtteil Paddington, genauer in Tischlermeister Michael Ibsen, 55, einem kanadischen Einwanderer. «Es ist eine unglaubliche Geschichte», sagt Ibsen und schüttelt den Kopf, als könnte er des Schicksals Laune, die ihn jäh aus seinem Handwerkeralltag gerissen hat, noch immer nicht fassen.

Ibsen hatte ein ruhiges Leben, bis er vor sechs Jahren einen Anruf erhielt. Der Historiker und Richard-Biograf John Ashdown-Hill, ehrenwertes Mitglied der Royal Historical Society, hatte in jahrelangem Quellenstudium den Stammbaum des letzten York-Königs erforscht. Eine einzige Spur liess sich bis in die Gegenwart verfolgen: nach London, im kanadischen Ontario, zu Joy Ibsen, der Mutter von Michael, dem Tischler. Ashdown-Hill identifizierte Joy als Nachfahrin von Ann of York, der älteren Schwester Richards III. Da Joy jedoch 2008 verstarb, ruht nun die Hoffnung auf Michael Ibsen, dem Neffen König Richards III. in siebzehnter Generation.

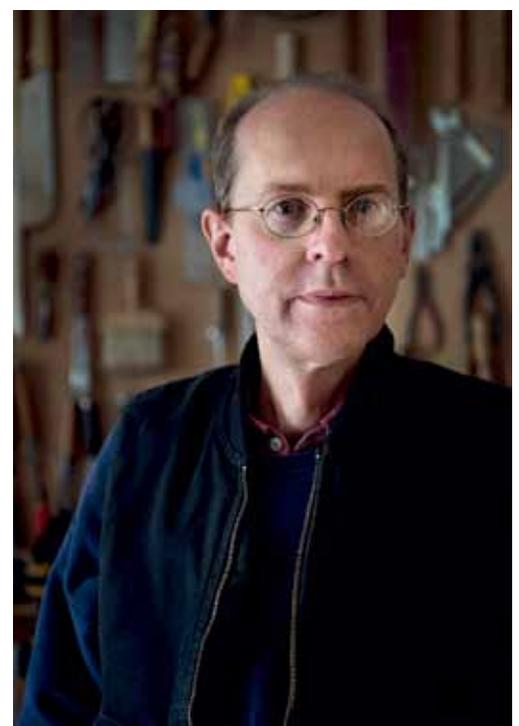
Ibsens schüchterne Erscheinung und auch sein Lebensstil könnten unterschiedlicher nicht sein als die des angeblich furiosen Bösewichts



Wenig Raum für Zweifel: Archäologin Appleby.



Showdown auf dem Parkplatz: Fundstätte.



Plötzlich Königsmacher: Nachfahre Ibsen.

Richard III. «Mir fehlen die Worte», sagt der ehemalige Berufsmusiker (französisches Jagdhorn) leise, der jetzt vom Schreiner zum Königsmacher avancieren könnte, «es stellt mir immer noch alle Nackenhaare auf.» Mit Stolz habe er eine Speichelprobe gespendet. Nun soll ein DNA-Abgleich Gewissheit bringen.

DNA-Suche in den Zähnen

Auch die DNA-Untersuchung läuft unter der Ägide der Uni Leicester – und ist dort in besten Händen. Hier wurde 1984 die Methode zur Bestimmung des genetischen Fingerabdrucks entwickelt, mit welcher beispielsweise die Leiche von KZ-Arzt Josef Mengele identifiziert wurde und die heute aus der Kriminologie nicht mehr wegzudenken ist. Selbst anhand winzigster DNA-Spuren können Verbrecher mittels der Leicester-Methode überführt werden.

Für «Grosshalunke» Richard III. ist Turi King zuständig. Michael Ibsens DNA-Entnahme sei ein Kinderspiel gewesen, sagt sie. Durch einmaliges Spucken in einen Behälter sei die Sache erledigt gewesen. «Doch die DNA eines 500-jährigen Skeletts zu gewinnen, ist eine riesige Herausforderung.» Da das Skelett eine halbe Ewigkeit im Erdreich gelegen hat, sind viele Spuren verschwunden. Deshalb zog King zwei Zähne aus dem Schädel. Mit diesen hofft sie den genetischen «Fingerabdruck» einwandfrei festzustellen.

Ihre Suche richtet sich nach der sogenannten mitochondrialen DNA. Deren Besonderheit liegt darin, dass selbst nach Jahrhunderten nur minimale oder gar keine Veränderungen auftreten. Doch die mitochondriale DNA wird ausschliesslich mütterlicherseits vererbt, was die Gruppe der DNA-Spender massiv eingrenzt. Mit anderen Worten: Bei Michael Ibsen ist «Endstation», als Mann kann er die mitochondriale DNA nicht weitervererben. Zwar hat Michael Ibsen noch eine Schwester, aber die ist kinderlos.

Offenbar ist das «Parkplatz-Skelett» ein tückisches Forschungssujet. Jedenfalls wurde die Verkündung der Analyseergebnisse kurzfristig auf Januar verschoben. An der Uni Leicester herrscht ein Klima der Geheimniskrämerei. Das Skelett ist irgendwo auf dem Campus versteckt und wird angeblich streng bewacht. Niemand soll die mutmasslich royalen Gebeine sehen, bis die DNA-Analyse vollständig abgeschlossen ist.

Ausserdem werden die berühmtesten Knochen Englands noch weiteren Tests unterzogen. Mittels Radiokarbonanalyse soll das Alter von Gebeinen und Pfeilspitze bis auf wenige Jahre genau bestimmt werden. Und eine Isotopenanalyse soll Klarheit schaffen, wo das Individuum in seinen frühen Jahren gelebt hat (im Falle Richards wäre dies Fotheringhay Castle in Northamptonshire, unweit von Leicester).

«Die Evidenz ist überwältigend»

«Manchmal in der Nacht erwache ich und denke: «Was ist, wenn wir uns irren?»», erzählt Archäologin Jo Appleby. Doch wer der Forscherin zuhört, vernimmt kaum Zweifel. Appleby hat seit dem Sommer manche Stunde mit dem Skelett verbracht und ihm einige Geheimnisse entlockt. Bloss verraten darf sie nichts. Bohrt man indessen nach, beginnen ihre Augen zu glänzen, und ihr Lächeln verrät, dass sie sich der Sache ziemlich sicher ist.

«Die archäologische Evidenz ist überwältigend», sagt Richard Taylor, Direktor für Unternehmensfragen an der Uni und eine Art Pressesprecher. Der Fundort, die Art der Verletzungen und die Skoliose, die gemäss Appleby bloss einmal in 2000 Fällen auftritt – all das lasse «keinen Raum für berechtigte Zweifel».

Bei den laufenden Analysen scheinen sich die Indizien zu verdichten, dass der Fund ein Volltreffer ist. Bisher habe man «nichts von Bedeutung gefunden, was unserer Hypothese zuwiderliefe», so Taylor. «Das Ganze beginnt

Form anzunehmen», fügt er mit verschwörerisch grossen Augen und emphatischem Lächeln hinzu, wobei er das Haupt schüttelt wie ein Dirigent während des Finales.

Nicht nur die Forscher hoffen, schon bald «positive» Nachrichten zu präsentieren. Die Richard III Society, eine Art moderner Fan-Klub des verschollenen Monarchen, deren Mitglieder überzeugt sind, dass «ihr» König zu Unrecht als Bösewicht dargestellt werde, erhofft sich eine neue Historiker-Debatte. «Wir wissen, dass er nicht der Serienmörder ist, als der er dargestellt wird», sagt Philippa Langley, eine treibende Kraft hinter der Ausgrabung. Gehört das gefundene Skelett Richard III., «können wir endlich zum wahren Menschen hinter den Mythen der Tudors vorstossen».

Die «Causa Richard III.» könnte Politiker und Queen Elizabeth II vor eine knifflige Aufgabe stellen. Sollen sie dem umstrittenen König ein halbes Jahrtausend nach dessen Tod ein würdiges Begräbnis zugestehen? In der Öffentlichkeit scheinen die Meinungen gemacht. «Das ist unser Tutanchamun», schreibt der *Telegraph*. Und Simon Heffer, Kolumnist der *Daily Mail*, erinnert: «Als die Überreste des letzten Zaren Russlands, Nikolaus II., ausserhalb Jekaterinburgs gefunden wurden, ordnete Boris Jelzin ein Staatsbegräbnis an. Wir sollten für Richard III. nichts weniger tun.»

Etwas verlegen stellt sich Schreinermeister Ibsen die Menschenmassen vor, die der Beisetzung seines Onkels siebteenthens Grades beiwohnen würden. Nicht bloss ein englischer König, sondern – dank Shakespeares zweifelhaftem Vermächtnis – ein globaler Monarch würde dabei zu Grabe getragen. Die Form der Bestattung sei ihm nicht so wichtig, meint Ibsen. Hauptsache, Richards Ruf werde rehabilitiert. «Ehrlich gesagt, ist man doch lieber mit jemandem verwandt, der für nette Dinge bekannt ist als mit einem barbarischen Mörder.» ○

FROM JOE WRIGHT THE DIRECTOR OF 'ATONEMENT' AND 'PRIDE & PREJUDICE'

KEIRA KNIGHTLEY JUDE LAW AARON TAYLOR-JOHNSON KELLY MACDONALD

ANNA KARENINA

A SCREENPLAY BY TOM STOPPARD

AN EPIC STORY OF LOVE

JETZT IM KINO

AnnaKareninaFilm.ch

«Geld ist
besser als
Armut –
wenn auch
nur aus
finanziellen
Gründen.»

Woody Allen, Regisseur

Die 300 Reichsten. Jetzt am Kiosk.



Zwangsbeglückung

Ein altes Naturgesetz besagt: Männer müssen Frauen begehren. Frauen müssen Männer erziehen und zivilisieren. Mitleidlos. Warum sind Frauen auf einer Mission zur «Optimierung» ihrer Männer? Wir fragen nach. *Von Thomas Meyer*

Martin* und Irene haben Gäste; Irenes Bruder Luca ist mit seiner Freundin Gabi zu Besuch. Die beiden haben einen grossen Kuchen mitgebracht, den gibt es nun zum Dessert. Irene, Luca und Gabi nehmen je ein Stück, mehr mögen sie nach dem üppigen Abendessen nicht. Martin hingegen ist schon beim dritten.

«Jetzt hör mal auf zu fressen!», platzt es da aus Irene heraus. Die anderen drei schauen sie erschrocken an, Martin legt die Gabel weg. «Ja, ist doch wahr, er hat ja schon einen Ranzen!», schimpft Irene und zeigt auf Martins Ranzen. Martin setzt sich sofort gerade hin. «Ich habe halt gern Kuchen», flüstert er.

Irene ist eine typische Optimiererin: Sie trifft eine Partnerwahl und überlegt sich dann sogleich, was am gewählten Mann noch nicht perfekt ist, findet eine ganze Reihe von Dingen und beginnt diese dann entschlossen zu bearbeiten, «mit subtilen Hinweisen», wie die betreffenden Damen ihre alles andere als subtilen Hinweise üblicherweise nennen.

Warum gehen Frauen so vor? Was treibt sie an? Warum müssen sie ihren Partner um jeden Preis verändern, und warum ist es ihnen scheinbar egal, ihn darob zu verärgern, ja mitunter sogar zu verlieren? Drei Frauen geben Antwort.

Barbara, 45, Mutter von drei Kindern, hat in den zwölf Jahren ihrer Beziehung schon eine Menge an ihrem Partner kritisiert, wie sie selbst sagt.

Was wollen Sie an Ihrem Partner verändern?

Die schlechten Eigenschaften. Seinen Umgang mit Geld. Aber auch seine Faulheit im Haushalt. Er trägt den vollen Abfallsack nie zum Container runter. Und er trägt immer runde Schuhe, die stehen ihm nicht.

Fangen wir bei den Schuhen an. Warum müssen die anders sein?

Weil die Leute auf mich rückschliessen werden, wenn sie mich mit meinem Partner sehen.

Sie meinen die Frauen.

Ja.

Warum?

Weil ich als Frau zuständig bin für sein Erscheinungsbild. Zwei Jahre nachdem wir zusammengekommen waren, hatte er

einige Kilos zugenommen und war auch sonst nicht mehr so gepflegt. Eine Freundin griff mich prompt an: «Jetzt hast du es geschafft, du hast einen Hauspapi aus ihm gemacht.»

Und die Sache mit dem Geld?

Das war wirklich katastrophal. Er konnte einfach nicht damit umgehen. Heute verwalte ich alles, ich gebe ihm ein Sackgeld.

Also gibt es sinnvolles Nörgeln und sinnloses?

(Lacht) Ja, vielleicht. Das gute Nörgeln dient einem einfacheren, besseren Leben. Und das schlechte . . . ich habe auch oft einfach nur genörgelt, damit er quasi zurückgibt. Um die Grenzen zu testen.

Was bezwecken Sie damit genau?

(Überlegt) Einen Liebesbeweis. Es geht ja nicht wirklich um die blöden Schuhe. Der Mann müsste sagen: «Ich weiss, dass es dir um etwas ganz anderes geht als um meine Schuhe. Worum geht es? Wir lösen es zusammen.»

Und worum geht es denn nun?

Um die eigene Unzufriedenheit. Man ist mit seinem Leben unzufrieden und projiziert das nach aussen.

Das heisst, ein Mann, der von seiner Partnerin angegriffen wird für sein Äusseres, sollte das nicht persönlich nehmen, sondern geduldig nachfragen, was ihr fehle?

Ja.

Und Sie meinen, das funktioniert? Er behält seine hässlichen Schuhe an und unterstellt ihr obendrein noch psychische Probleme?

(Lacht, überlegt) Es ist sicher so, dass ich nicht nörgle, wenn ich happy bin. Bin ich schlecht drauf oder müde, kommt mein Partner eher an die Kasse.

Gäbe es einen anderen Weg, mit Erschöpfung umzugehen?

Ja. Frauen nehmen generell zu viel auf sich. Anstatt, wenn man schon erledigt nach Hause gekommen ist, noch zu kochen und schliesslich zu meckern, könnte man sagen: «Ich bin müde, bitte koch du.» Aber das machen Frauen nicht, sie leiden lieber und zicken dann herum.

So viel also steht fest: Nörgeln ist eine eigene Sprache. In ihr kommt offenbar zum Ausdruck, dass bei der Frau, die etwas an ihrem Partner auszusetzen hat, etwas nicht im Lot ist. Und auch, dass ihr dies oft gar nicht bewusst ist. Wie überzeugt man von seiner Mission, de-



«Weil ich als Frau zuständig bin für ihn.»

ren Sinn und Berechtigung sein kann, erzählt Sandra, 30. Sie arbeitet im visuellen Bereich und unterzieht gemäss eigener Aussage auch privat alles einer strengen optischen Prüfung.

Was wollen Sie an Ihrem Partner optimieren?

Das Erscheinungsbild.

Warum?

Das ist kein Plan. Ich bin ein visueller Mensch, es passiert unbewusst. Heute seltener als früher, zum Glück.

Sind Männer denn schlecht angezogen?

Neunzig Prozent von ihnen, ja. Sie haben es halt am liebsten bequem. Und trennen sich ungerne von ihrem Lieblingspulli.

Warum ist es Ihnen wichtig, dass der Mann an Ihrer Seite Ihre modischen Ansprüche erfüllt?

Weil wir als Paar etwas repräsentieren, und ich möchte etwas Hübsches repräsentieren. Wenn ich mich in der Öffentlichkeit zeige, dann will ich stolz sein können. Auch optisch. Wenn mein Partner zum Beispiel Teva-Sandalen trägt, geht das nicht.

Aber wenn ihm jetzt diese Sandalen gefallen, wenn er sie bequem findet? Woher nehmen Sie das Recht, dies zu kritisieren?



Auch Jana, 24, Studentin, optimiert ihren Partner – und auch sie macht es nicht zuletzt, um eine Reaktion von ihm zu erhalten.

Warum versuchen Sie, Ihren Partner zu optimieren?

Ich kann halt nicht auf den Mund sitzen, wenn mich etwas nervt. Ich sehe überall Lösungen für Probleme, von denen mein Partner gar nicht weiss, dass er sie hat.

Zum Beispiel?

Schmatzen. Nägel kauen. Türe nicht aufhalten. Nasses Handtuch auf dem Bett liegen lassen. Es geht mir um solche Dinge. Ich will nicht den Charakter verändern.

Sind Manieren denn keine Frage des Charakters?

Nicht unbedingt. Aber ich bin auch mit meinem jetzigen Freund zusammen, weil er es eben genau nicht zulässt, dass ich ihn verändere. Es ist auch eine Art Machtkampf. Wenn ein Mann kontert, finde ich ihn interessant. Ich kannte einen Mann, an dem ich überhaupt nichts auszusetzen hatte. Toller Charakter, guter Style, gute Manieren. Nach ein paar Wochen war mir langweilig. Mein Freund würde sagen, ich brauche Reibung.

Stimmt das?

Ich brauche nicht die Reibung an sich, sondern jemanden, der sich mir widersetzt. Ich bin sehr manipulativ, wie mein männliches Umfeld gern sagt, und trotzdem will ich kein Schosshündchen als Freund. Da würde mir die Herausforderung fehlen, das Spannende. Es wird schnell einseitig mit jemandem, der immer nachgibt.

Zusammenfassend darf wohl festgehalten werden, dass Frauen in ihrem Wesen ausgesprochen beziehungspfliegend sind. Es ist ihnen wichtig, was mit ihnen und ihrem Partner geschieht – manchmal vielleicht auch zu wichtig. Dann verleihen sie den Dingen ein Übermass an Bedeutung, dann wird ein verwaschenes T-Shirt des Partners zum leuchtenden Beleg des eigenen Versagens.

Es fällt auf, nicht nur in den hier festgehaltenen Gesprächen, dass Frauen eine knallharte Form der Selbstbeobachtung kultivieren, die keinerlei Gnade kennt und anscheinend auch die Art bestimmt, wie sie anderen Frauen und ihrem Partner begegnen. Diesen Begegnungen hilft das nicht.

Der erwähnte Ratschlag an die Herren, auf allfällige Nörgeleien nicht einzugehen, sondern bei der Partnerin nachzufragen, was sie wirklich beschäftigt und belaste, ist daher sicher nicht dumm. Vom Kauf von Teva-Sandalen ist jedoch dringend abzuraten.

Thomas Meyer ist Schriftsteller und Werbetexter. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» (Salis).

* Alle Namen geändert

Wenn er allein ist, kann er sie meinetwegen tragen. Stört mich nicht. Aber an meiner Seite muss er einen Kompromiss eingehen.

Würden Sie es umgekehrt akzeptieren? Stellen Sie sich vor, Ihr Partner findet die Schuhe nicht schön, die Sie gerade tragen...

... das muss er besser begründen.

Das können Sie doch auch nicht?

Doch. Ich kann hundert Gründe gegen Teva aufzählen.

Aber warum muss man sich als Ihr Partner Ihrem Urteil anpassen? Vielleicht sieht er es ja nicht so.

Vielleicht hat er sich ja einfach gar nie Gedanken dazu gemacht, wie es bei den meisten Männern der Fall ist. Aber ich betrachte mich selbst ja auch so kritisch. Die Männer haben keine Ahnung, wie hart wir Frauen mit uns selbst sind.

Wie erfolgreich waren denn Ihre Optimierungsversuche bei Ihren Ex-Freunden?

Sehr. Aber ich bin nicht stolz darauf. Die hässlichen T-Shirts meines ersten Freundes habe ich einfach entsorgt, vor seinen Augen. Auch bei einem anderen Ex, der ab-

solut kein Auge für Mode hatte, habe ich von Grund auf alles optimiert. Er machte es mit, aber nur mir zuliebe. Und am Schluss, als er endlich so angezogen war, wie ich es wollte, merkte ich, dass ich ihn deswegen nicht lieber hatte. Ich hatte eigentlich gar nie eine Beziehung mit ihm gewollt und das dann mit dem Optimieren kompensiert. Es war eine gute Lektion.

Das heisst, Sie würden heute nicht mehr so vorgehen?

Nein. Erstens soll man keine Beziehung mit jemandem eingehen, den man nicht so akzeptieren kann, wie er ist – auch mit all seinen hässlichen T-Shirts. Zweitens kann man doch nicht einfach in ein fremdes Leben hineinpoltern und dort alles umbauen. Ich würde das auch nicht akzeptieren.

Frauen fühlen sich offenbar stark verantwortlich für die eigene Wirkung ebenso wie für jene ihres Partners – vor allem auf andere Frauen. Die Art und Weise, wie sie sich selbst betrachten, scheint dabei enorm streng. Inwiefern dies wirklich der Mode und ihren in der Tat oft absurden Idealen zuzuschreiben ist, muss an anderer Stelle geklärt werden.

Leidenschaft ist die Erlösung

Die meisten Menschen siechen ohne grosse Liebe dahin. Leo Tolstoi aber gibt «Anna Karenina» das tödliche Talent, sich mit dem wenigen nicht abfinden zu können. Im Kampf um ihre Liebe opfert Anna alles, was für sie wertvoll ist. Man muss das Buch lesen, nicht den Film sehen. *Von Michail Schischkin*

Mein Nachbar in Moskau arbeitet als Lokführer bei der Metro. Fast wöchentlich gibt es Selbstmorde auf den Schienen. Einmal ist eine Frau auch vor seinen Zug gesprungen. Nach 45 Minuten ging der Verkehr weiter.

Die Kareninas unserer Zeit, über die kein Roman verfasst wird? Oder hat Tolstoi auch über diese Frauen geschrieben?

Was macht eigentlich «Anna Karenina», dieses Meisterwerk, das Generationen von Lesern überlebt hat, unsterblich? Warum strahlt dieses Buch mit einer nicht nachlassenden Wucht seine Anziehungskraft auch heute noch aus?

Es gibt bereits über dreissig Verfilmungen des russischen Klassikers, und es wird mit Sicherheit noch mehr geben. Die grössten Stars haben die adelige Schönheit gespielt, verwickelt in die Liebesleidenschaften auf Leben und Tod – Greta Garbo, Vivien Leigh, Sophie Marceau, jetzt nun Keira Knightley.

Die routinierten *scriptwriters* vivisezieren den lebenden, in vollen Zügen atmenden Text, indem sie alles für den Plot Überflüssige und vor allem die Sprache Tolstois, die eigentliche magische Substanz des Romans, amputieren. Was bleibt, die banale *adultère*-Story mit dem tragischen Ende, verlangt einfach nach der Kinodarstellung. Und was die westlichen Verfilmungen der russischen Klassiker noch vereint: Auch die schönsten Schauspielerinnen retten diese Schöpfungen von widerlichen Russland-Klischees nicht.

Das Leben nach dem Selbstmord

Den von den Filmkritikern erhobenen Kitschvorwurf parierte Joe Wright, der Regisseur der neuen Hollywood-Version von «Anna Karenina», mit einem Zitat von Milan Kundera: Kitsch sei «reif, schon fast faul» («being ripe to the edge of rotten»). Wie dem auch sei, die Verfilmungen enden logischerweise mit Annas Tod, und es wird oft übersehen, dass die Titelheldin eigentlich nicht die Hauptfigur des Romans ist. Nach ihrem Selbstmord geht das Leben sowie das Buch noch über neunzehn Kapitel weiter.

«Ohne zu wissen, wer ich bin und weshalb ich hier bin, kann ich nicht leben. Aber ich kann es nicht wissen, folglich kann und sollte ich nicht leben.» So die Worte von Lewin, dem Hauptprotagonisten des Romans, wobei «Lewin» eine Spielart von Tolstois Vornamen Lew ist. Sein ganzes Leben lang hat Tolstoi an einer Krankheit gelitten, die eigentlich jeder von uns in sich trägt. Jeder Geborene bekommt

mit dem üblichen Set der Innereien auch die kosmische Leere. Dieses schwarze Loch in den Abgrund saugt alles in sich auf und frisst die Seelen und letztendlich die Körper auf.

Die meisten Menschen haben gelernt, diese Leere mit allerlei an und für sich tollen Sachen vollzustopfen: Karriere, Familie, Geld, Ruhm, Kleidung, Hobbys. Manchen reicht dies vollkommen. Vielleicht kommt es auf die Grösse des Lochs in der Seele an – oder eher auf die Grösse der Seele selbst? Tolstoi mit seiner horrenden kosmischen Leere konnte das Loch nicht stopfen. In «Meiner Beichte» heisst es: «Nun gut, du wirst 6000 Desjatinen im Gouvernement Samara haben, 300 Pferde. Ja, und was hast du davon? Und dann? Nun gut, du wirst berühmter sein als Gogol, Puschkin, Shakespeare, Molière, als alle Schriftsteller auf dieser Welt – und? Was dann?»

Warum nahm sich Anna das Leben? Was hat die Mutter von zwei Kleinkindern letztendlich zum Tod gebracht? Die Abkehr des Liebhabers?

Indem man dieses unsterbliche Buch liest, wird man selber ein bisschen unsterblich.

Die hartherzige Haltung des Ehemannes, der in keine Scheidung einwilligen wollte? Die Gesellschaft, die sie verschmähte? Das Schuldgefühl, dass sie das Gebot «Du sollst nicht ehebrechen» verletzt hatte? Der Verlust der positiven Selbsteinschätzung? Aus heutiger Sicht gibt es für den gesunden Menschenverstand kaum einen Grund, zwei Kinder zu Waisen zu machen.

Wie viele Frauen heiraten nicht aus Liebe, sondern um eine Familie zu gründen, Kinder auf die Welt zu bringen? Und wenn sie dann ihren Mann verlassen und zu einem anderen wechseln, den sie lieben? Heutzutage ist das kein Problem mehr. Die Gesellschaft ist tolerant, nicht nur was Scheidungen betrifft. Wirft man einen Blick auf die Schlagzeilen, so ist es zur Norm geworden, einen reichen Mann in fortgeschrittenem Alter zu heiraten und ihn dann wegen eines Wronski von heute zu verlassen und dabei durch das Gericht noch eine schöne Summe abzubekommen.

Heisst das, Anna wäre unter unseren fortschrittlichen gesellschaftlichen Bedingungen am Leben geblieben? Warum besagt dann die Statistik, dass in der äusserst toleranten Schweiz täglich eine Frau Selbstmord begeht? Die berühmten Worte des Anarchistenideolo-

gen Bakunin, «Die Leidenschaft zu zerstören, ist eine schöpferische Leidenschaft», lassen uns nicht nur die seelische Struktur eines Revolutionärs besser verstehen, sondern auch die eines Künstlers. Die Grundlage eines jeden grossen schöpferischen Menschen liegt in der Verneinung dieser verlogenen Welt. Je grösser die schöpferische Kraft ist, desto heftiger wird die bestehende Ordnung negiert. Und je stärker die Ablehnung, desto grösser die Schöpfungskraft. Das ganze Leben Tolstois ist geprägt vom Aufstand gegen die Platttheit des Alltagslebens, die keine Antworten auf die Frage der Fragen (jene nach der eigenen Existenz) gibt und die die Menschen auf eine erniedrigende und unwürdige Weise von der Suche nach der Antwort nur ablenkt. Alles, was wichtig zu sein scheinete, sei nur Lüge und Farce: die Gesetze, die Regierungen, der Patriotismus, der Ruhm, der Reichtum, die Religion, die Sitten, die Familie.

Den Weg des gesunden Menschenverstandes, der Abfindung mit den Ersatzgefühlen und Ersatzgedanken, des Verzichtes auf die Suche nach der Antwort der Antworten lehnt Tolstoi kategorisch ab. Im Roman wird diese meistverbreitete Lebensposition durch die Oblonskis vertreten, deren Familienleben zur ekelhaften Farce geworden ist. Tolstoi erklärte der gewohnten Lügenweltordnung den Krieg: Protest, Aufstand, Verneinung gehören ganz bewusst zu seinem Wesen. Und der Schriftsteller teilt diesen Aufstand mit seiner Kreatur. Im Roman lässt er Anna in seinen Krieg ziehen.

Um leben zu können, muss man gegen vieles immun sein. Tolstoi fehlte es an einer solchen Immunität, er krankte am Leben und wusste von keiner Arznei. Mit dieser fehlenden Immunität steckt er seine Anna an. Was für andere schmerzlos ausginge, ist für sie unmöglich. Eine heimliche Affäre zum Beispiel könnte durchaus von allen um sie herum heuchlerisch geduldet werden. Aber die Lüge wäre ihrer unwürdig und kommt deshalb unmöglich in Frage. Anna wird lieber sterben, als ihr Leben in eine erniedrigende Farce, wie bei den Oblonskis, zu verwandeln.

Bei Annas Leidenschaft geht es nicht um die Sättigung der Begierde, sondern um die Erlösung. Ihre kosmische Leere füllt eine Frau mit Kindern, Ehemann, Haus, Alltagssorgen. Aber für dieses gefräßige Seelenvakuum ist das alles viel zu wenig. Und die Frau wartet auf die grosse Liebe als Antwort aller Antworten. Es scheint ihr, dass die riesengrosse Leere nur mit der riesengrossen Liebe zugestopft werden kann.



Aufstand gegen die Plattheiten des Alltags: Schauspielerin Knightley als Anna Karenina.

Um dieses lebenswichtige Bedürfnis zu stillen, braucht es bloss eine Gelegenheit; das Objekt spielt dabei keine bedeutende Rolle und kann als ein eitler Adelsbanause mit Schnurrbart, geschnitten nach der neuesten Mode, daherkommen. Anstelle von Wronski hätte es ein anderer sein können. Das Verlangen nach der grossen Liebe hat wenig mit dem realen Gegenstand der Liebe zu tun. Und die Katastrophe wäre bereits programmiert, denn kein irdischer Mann kann letztendlich mit dem Ideal Schritt halten.

Die meisten Menschen siechen ohne grosse Liebe dahin, begnügen sich mit der kleineren, in Erwartung der einzigen grossen – aber seiner Anna gibt Tolstoi das tödliche Talent, sich mit dem wenigen nicht abfinden zu können. Im Kampf um ihre grosse Liebe opfert Anna alles, was für sie wertvoll ist: den gesellschaftlichen Status, die Religion, die Familie, die Kinder. Für den Autor des Romans jedoch führt dieser Weg zu nichts, weil er durch die Zerstörung der Nächsten und von sich selber führt. Die kosmische Leere ist auch mit den grössten Opfern nicht zu füllen. Der Selbstmord Annas ist kein Sieg der Liebe. Eine vernichtende Niederlage.

Mit Lewin möchte Tolstoi eine alternative Art des Kampfes gegen die schauererregende Leere vorweisen. Anna sucht nicht, sie kennt die Ant-

wort bereits. Und diese Antwort – die grosse Leidenschaft als Erlösung – stösst sie in den Abgrund. Der Weg Lewins ist die unermüdliche Suche. Auch er kennt den Sog dieses Abgrundes. «Als glückliches Familienoberhaupt, als ein gesunder Mensch, war Lewin mehrmals dem Selbstmord so nahe, dass er die Schnur versteckte, damit er sich nicht an ihr hing, und sich fürchtete, mit der Flinte zu gehen, um sich nicht zu erschiessen. Doch Lewin erschoss sich weder, noch hing er sich, sondern lebte weiter.»

«Liebe hört niemals auf»

Die Hauptfigur findet die erlösende Antwort auch in der Liebe, aber in einer anderen: «Die Liebe ist langmütig und freundlich, die Liebe eifert nicht, die Liebe treibt nicht Mutwillen, sie bläht sich nicht auf, sie verhält sich nicht ungehörig, sie sucht nicht das Ihre, sie lässt sich nicht erbittern, sie rechnet das Böse nicht zu, sie freut sich nicht über die Ungerechtigkeit, sie freut sich aber an der Wahrheit; sie erträgt alles, sie glaubt alles, sie hofft alles, sie duldet alles. Die Liebe hört niemals auf...»

Der Roman endet mit einer klaren Aussage des Autors, die in den Mund Lewins gelegt wird: «Mein Leben, mein ganzes Leben soll jetzt von allem unabhängig sein, was sich mit mir ereignen kann; keine Minute desselben

soll mehr sinnlos bleiben – wie früher –, sondern die nicht anzuzweifelnde Idee des Guten in sich tragen, die ich die Macht besitze, ihr einzupflanzen!»

Dieses Statement klingt wie eine Selbstbeschwörung und ist auch eine. Tolstoi hätte gerne sein eigenes Leben so gelebt, mit Gott und der Idee des Guten als Antwort. Es ging aber nicht. Die Feder füllte die Seele der handelnden Person bis an den Rand, nicht aber des Autors. Tolstoi meinte den Weg Lewins einzuschlagen, folgte aber in der Wirklichkeit Anna nach.

Er wünschte sich, wahnsinnig zu werden

Er wird sich gegen die Religion auflehnen, und die Kirche wird ihn exkommunizieren. Er wird gegen die gesellschaftlichen Grundsätze rebellieren, die Regierung und den Staat selbst negieren. Er wird sich von seinen Büchern lossagen. Hätte Lewin weiter in Tolstois Büchern gelebt, hätte er den Leidensweg seines Schöpfers wiederholt, den Weg der Enttäuschungen. Am Ende des Lebens wurden alle mit solcher Mühe gefundenen Antworten nutzlos. In seinen Tagebüchern stellt Tolstoi kurz vor seinem Tod die gleichen Fragen wieder und wieder: «Die Maschinen, nun gut, doch was soll man mit ihnen herstellen? Die Telegraphen, doch was weiterleiten? Die Schulen, Universitäten, Akademien, doch was lehren? Versammlungen, doch was besprechen? [...] Die vereinten und einer Macht unterworfenen Millionen, was sollen sie machen? [...] Die Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken, um das Leben zu verlängern, doch wozu das?»

In Tolstois Leben arteten die ewigen Ehekonflikte zu einer würdelosen, erniedrigenden Farce aus. Anna rebellierte gegen die Familie, um ihr Leben nicht zur Farce zu machen. So folgt der grosse Lehrmeister am Ende des langen Lebens seiner Anna. Er rebelliert gegen seine Familie. Er hat sich von allem, was für ihn wertvoll ist, losgesagt. Und es blieb nur die Leere, die zuerst Anna und nun ihren Schöpfer zerrissen hat.

Er wünschte sich sehnlichst, seine Zweifel abwerfen zu können, all seine Gedanken, die Widersprüche, kurz – sich selbst; wünschte sich, wahnsinnig zu werden, ein «Jurodiwy», ein Narr in Christo, der sein Herz an nichts Weltliches hängt: «Wäre ich allein, wäre ich ein Jurodiwy, d. h., nichts im Leben hätte für mich einen Wert.» Diesen Traum erfüllte er sich erst am Ende seines langen Lebens, als er von zu Hause wegging, hinaus ins Nirgends.

Eine Antwort auf die Frage der Fragen kann es nicht geben, aber ohne sie zu suchen, kann man nicht leben. Indem man dieses unsterbliche Buch liest, wird man selber ein bisschen unsterblich. Darin besteht eigentlich der Sinn der Kunst.

Michail Schischkin ist russischer Schriftsteller und Journalist. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Briefsteller» (DVA).

Furie der Nation

Wortgewaltig zieht die Autorin Irena Brežná in ihrem Buch über die Schweiz her. Die Schimpftirade hat sich gelohnt: Bund und Kanton unterstützten sie mit Geldbeiträgen, Journalisten jubelten, nun ist sie auch noch mit einem Eidgenössischen Literaturpreis ausgezeichnet worden. *Von Rico Bandle*



«Passionierte Heimleiter für Schwererziehbare»: Schriftstellerin Brežná.

Auf Seite 70 ihres Buches erzählt Irena Brežná von einem eigenartigen helvetischen Phänomen: Die Einheimischen «ermunterten mich, über Diskriminierungen zu berichten, damit sie sich über ihre Landsleute empören konnten». Was in ihrem Umfeld gefragt war, klappt auch in einem grösseren Rahmen: In «Die undankbare Fremde» schreibt Brežná zwar nicht direkt über Diskriminierung, sie rechnet aber mit dem Land ab, in dem sie seit ihrem 18. Lebensjahr wohnt: Im Herzen seien die Schweizer «passionierte Heimleiter für Schwererziehbare», die Schweiz sei ein Volk von unterkühlten Spiessern mit «Minderwertigkeitsgefühlen», so der Grundtenor ihres Buches. Der Applaus war ihr sicher.

Regula Stämpfli der Einwanderer

Brežnás Buchprojekt liess die Herzen hiesiger Kulturbeamter und Literaturkritiker reflexartig höher schlagen: Der Bund, der Literaturfonds beider Basel und verschiedene Stiftungen unterstützten das Buch mit Geldbeiträgen, einige Zeitungen sahen in Brežná schon fast einen Messias kommen, allen voran die Schweizer Ausgabe der *Zeit*: «So eine Einwanderin kann man sich nur wünschen», dieses Buch werde «die Migrationsdebatte in der Schweiz verändern», jubelte das Blatt. Letzte Woche setzte das Bundesamt für Kultur Brežnás Arbeit noch die Krone auf: Sie er-

hielt einen der acht Eidgenössischen Literaturpreise, dotiert mit 25 000 Franken.

Irena Brežná war 1968 mit ihren Eltern aus der damaligen Tschechoslowakei vor der kommunistischen Diktatur in die Schweiz geflüchtet, mittlerweile ist sie eingebürgert. Mit ihrem wild um sich schlagenden Furor ist sie die Regula Stämpfli der Einwanderer: In bildhafter Sprache, durchaus unterhaltsam, lässt sie ihrer Wut freien Lauf; sie spitzt zu, bedient sich Klischees, oft weiss man nicht, ob es sich bei ihrem verbalen Sturm um Satire handelt oder ob sie das wirklich ernst meint. Sie ist die Frau, die nie zufrieden ist: Hinter jedem Lob ortet sie Kalkül, hinter jeder Kritik glaubt sie die Auswüchse einer überstrukturierten Gesellschaft zu entdecken. Selbst in Bezug auf das andere Geschlecht ist sie unschlüssig: Wenden die männlichen Studenten ihren Blick lieber in das Strafgesetzbuch als in ihr *Décolleté*, ist's nicht recht – wird sie ange-macht, auch nicht.

Dass man sich mit achtzehn Jahren unverstanden fühlt, alle und alles peinlich und spießig findet, ist normal. Bei Brežná, heute 62 Jahre alt, scheint dies ein Dauerzustand zu sein. Einem Beamten, der ihren Namen nicht richtig ausspricht, hängt sie beleidigt einen «Sprachfehler» an, Leute, die sich an ihrer überschwänglichen Art stossen, bezeichnet sie

als neidisch. Besonders hart geht sie mit anderen Frauen ins Gericht – was nicht untypisch ist für extrovertierte Frauen: Die Schweizerinnen beschreibt sie als ernste, schmucklose Wesen, die am liebsten zerknitterte Leinenhosen tragen würden. Auch für Ausländerinnen, die sich genügsam mit dem Schweizer System abfinden, im Cabaret tanzen oder sich vom Ehemann hintergehen lassen, hat sie nur Verachtung übrig. Überhaupt sind bei ihr die Ausländer nicht einfach arme Opfer, selbst gegen sie richtet sich ihre Wut, wenn auch etwas zurückhaltender als gegen Schweizer.

Der Herd strahlt, nicht die Hausfrau

Wie bildhaft und durchaus heiter sie ihre Spitzen gegen die ach so kontrollierten und freudlosen Bewohner des Landes richtet, zeigt ihr Beschrieb eines Schweizer Paares: «Strahlen darf nur der Herd. Nicht die Hausfrau. Erwartete meine Nachbarin ihren Konkubin, bürstete sie den Spültrog, statt sich selbst. Sie wusste, wohin der liebende Männerblick zu fallen pflegte.»

Brežná ist eine geborene Schimpferin, die Schweiz, so scheint es, ist ihr bloss zufällig vor das Visier geraten. «Zuhause ist dort, wo man motzen darf», schreibt sie. Die Kraft ihrer Sprache und ihr Humor machen das Gemotze einigermassen erträglich, zu Beginn gibt es viel zu lachen, oft liegt sie mit ihren Tiraden gar nicht allzu weit daneben, insbesondere wenn sie über den Regulierungseifer in der Schweiz herzieht. Mit der Zeit stellen sich bei dem Grundpegel an Aufregung allerdings Ermüdungserscheinungen ein.

Am Ende des Buches versöhnt sie sich abrupt mit der Schweiz («Ich wurde fähig, ein Stückchen Vertrautheit in manch Unvertrautem zu entdecken»). Nach über hundert Seiten Dauerangriff nimmt man ihr den raschen Umschwung nicht ab. Es ist, als habe die mehrfach ausgezeichnete Journalistin und Schriftstellerin Brežná der Mut verlassen, als wolle sie ihre Abrechnung am Ende noch relativieren.

Egal: Jene Schweizer, die sich so gerne über die angeblich fremdenfeindlichen und vorgestrigten Landsleute aufregen, hatten sie ohnehin schon längst zur Heldin erklärt. Über den Zuspruch wundert sie sich selbst: «Ich war mit meinem Motzen eine Stütze der Demokratie geworden!»

Irena Brežná: Die undankbare Fremde. Galiani. 141 S., Fr. 24.90

Egoismus macht krank

Unzählige Psycho-Ratgeber und Selbstverwirklichungs-Kurse helfen auf der Suche nach dem totalen Ich. Doch zu viel Beschäftigung mit der eigenen Person kann schädlich sein.

Von Alex Reichmuth

Schwören Sie auf die ganzheitlich-energetische Bewusstseinssteigerung? Oder bevorzugen Sie die positiv-dynamische Selbstaktualisierung? Sagt Ihnen die hypno-intuitive Ich-transformierung zu? Solche Begriffe tönen nach geheimnisvollen Methoden, mit denen man im Handumdrehen mehr aus der eigenen Person machen kann. Allerdings sind sie völlig inhaltslos, denn sie wurden mit der «Phrasendreschmaschine» kreiert, die der deutsche Wissenschaftsjournalist Steve Ayan in seinem Buch «Hilfe, wir machen uns verrückt – Der Psychokult und die Folgen» bereithält.

Mit seiner Phrasendrescherei will Ayan zeigen, wie sehr die Psycho-Branche ihre Kunden mit geschraubten Begriffen und hochgestochenen Heilsverkündungen in die Irre führt. «Plastikwörter» nennt der Autor Begriffe wie «System», «Prozess», «Entwicklung» oder «Energie». Solche Wörter sind allgegenwärtig, wenn man sich einem Helfer anvertraut, der irgendwo im weiten Feld zwischen seriöser Psychotherapie und entrückte Esoterikmethoden anzusiedeln ist.

Das Bedürfnis vieler Menschen, mehr aus der eigenen Person zu machen und endlich zum wahren Ich vorzustossen, ist gross. Gross ist auch das Angebot an Ratgebern, Psycho-Tests und «Gschpürschmi»-Kursen, die genau dieses Bedürfnis bedienen. Mühelos dem Stress die Stirne bieten, dem Mobbing ausweichen und den Liebeskummer bewältigen, das versprechen solche Angebote. Wer will nicht mehr Lebensfreude gewinnen, mit mehr Durchsetzungsvermögen auffallen oder zu mehr Selbstliebe finden – egal, ob der Weg über positives Denken, neurolinguistisches Programmieren oder schlichtes Handauflegen dazu führt? Mythen über die Funktionsweise der

sogenannte Grübelfalle. «Vor lauter Ehrgeiz, den ultimativ richtigen Glückspfad einzuschlagen, machen wir uns selbst verrückt», schreibt Ayan. Wer verbissen nach dem Ich suche, entferne sich paradoxerweise immer weiter davon, und wer permanent an seinem Seelenwohl arbeite, produziere immer neue Bedenken und Nöte. «Man sollte sich nicht andauernd mit seiner Psyche befassen», sagt auch der Kölner Psychiater Manfred Lütz. «Dafür ist sie nicht gebaut.»

Weniger denken

Die Warnungen vor dem Tanz um sich selbst stützen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse. In Experimenten zeigte 2011 die amerikanische Psychologin Iris Mauss: Menschen, die viel über ihrer Zufriedenheit grübeln, sind weniger zufrieden als Menschen, die kaum darüber nachdenken. Die gesteigerte Aufmerksamkeit führt dazu, dass man kleine und grosse Übel des Alltags besonders intensiv wahrnimmt. «Wer versucht, positive Emotionen zu vermehren, kann damit das Gegenteil bewirken, während das Akzeptieren negativer Gefühle vorteilhaft sein kann», schrieb letztes Jahr ein amerikanisches Wissenschaftsmagazin. Schon 2002 machten Psychologen aus Chicago darauf aufmerksam, zu viel Aufmerksamkeit für sich selber könne zu Schwermut, Depressionen und Ängsten führen.

Die Seele Seele sein lassen ist angesichts der angeblichen Machbarkeit des Glücks immer weniger hinnehmbar. «Zustände des Unbehagens oder des Missmuts [...] sind zum No-go geworden», stellt Ayan fest. Was früher einfach zur Unbill des Lebens gehörte, werde heute problematisiert. «Auf seelischem Gebiet wähen wir uns laufend bedroht von Traumata, Ängsten und Schwermut – durch verständnislose Eltern, fiese Chefs, mobbende Kollegen, unsensible Partner, fordernde Kinder.» Eigenheiten der eigenen Person würden zu Krankheiten umdefiniert und damit pathologisiert. «Wer früher nur schüchtern war, leidet heute an sozialer Phobie. Jähzorn wird zur Impulskontrollstörung, Dünnhäutigkeit zu Hypersensibilität.» Schuldgefühle drohen dem, der es nicht schafft, die eigenen Unzulänglichkeiten in Stärken umzuwandeln – etwa, wenn eine Partnerschaft scheitert oder wenn der Nachwuchs trotz steter Förderung kindliche Marotten zeigt.

Sich mehr «denkfreie Zonen» zuzugestehen und nicht dauernd Vergleiche mit anderen anzustellen, empfiehlt Buchautor Ayan. Bei Lebensentscheidungen solle man mehr Mut zum Risiko zeigen und nicht ständig versuchen, das Schicksal zu kontrollieren. Ayan ist sich bewusst, dass er mit solchen Ratschlägen selber zu denen gezählt werden könnte, die dauernd mit Psycho-Tipps aufwarten. ○

«Zustände des Unbehagens oder des Missmuts sind zum No-go geworden.»

menschlichen Psyche, die nicht aus der Welt zu schaffen sind, liefern den Begleitschutz für alle möglichen Selbstverwirklichungsmethoden. Dazu zählen die Legenden, dass Traumata, egal, welcher Art, durchgearbeitet werden müssten; dass ein Plus an Selbstbewusstsein immer wünschbar sei oder dass dem Bauch mehr zu vertrauen sei als dem Kopf.

So viel Beschäftigung mit sich selbst sei gefährlich, warnt Autor Steve Ayan. Es drohe die



Unzulänglichkeiten werden Stärken.

Die Frage lautet, wann die EU stirbt

Diese Woche hat die EU in Oslo den Friedensnobelpreis erhalten. Die Auszeichnung verstellt den Blick aufs Wesentliche: Die Union wird zwangsläufig in einen Superstaat münden, der nicht funktionieren kann. Es ist Zeit für den geordneten Ausstieg.

Von *Thierry Baudet*

Während langer Zeit hat das europäische Projekt nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die es verdient. Vor allem jene, welche die Integration neuer Länder in die EU kritisierten, erreichten nicht das Geringste. Wer konnte denn gegen «Zusammenarbeit» sein?

Endlich hat sich die Situation verändert. Die Debatte ist in Gang – und dieses Mal haben die Eurokraten grossen Erklärungsbedarf. Dabei ist deutlich geworden, dass es nicht um «Zusammenarbeit» geht. Niemand ist gegen «Zusammenarbeit». Handel treiben, internationales Einvernehmen, Austauschprogramme auf allen Gebieten – jedermann ist dafür.

Die Diskussion dreht sich um die spezifische Form der «Zusammenarbeit», nämlich die der Europäischen Union (EU). Die EU ist zur Hälfte ein Staat, zur Hälfte aber auch nicht. Sie hat auf einigen Gebieten Befugnisse, auf anderen nicht. Das macht die EU fundamental instabil. Damit sie funktionieren kann, wird sie mehr Befugnisse erhalten oder einfordern müssen. Die offenen Grenzen nötigen zu einer zentralen Immigrationspolitik. Der Euro zwingt zu einer zentralen Budgetkontrolle. Und so weiter.

Unvermeidbar wird die EU schlussendlich in einen neuen Staat münden müssen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Gleichzeitig werden diese «Vereinigten Staaten von Europa» nie funktionieren. Die Unterschiede sind viel zu gross: kulturelle Verschiedenheiten, sozial-ökonomische Unterschiede, die historisch-strategischen Allianzen, Sprachen, Religionen und die Vorstellungen einem guten Leben.

Aber wenn die EU zu einem föderalen Bundesstaat führt, Föderalismus aber nicht funktionieren kann, dann muss die Schlussfolgerung sein, dass sich die EU auf einem toten Gleis befindet. Dann dürfen wir nicht weiterwursteln und auch keinen Sprung nach vorwärts machen wollen. Dann müssen wir schleunigst nach einem Ausgange suchen.

Die entscheidenden Begriffe

Zuvor werde ich drei Begriffe abstecken, um Missverständnisse zu vermeiden: intergouvernemental, supranational und föderal. Auf diese drei Arten können Staaten mit anderen Staaten in Beziehung treten: Jede freiwillige Zusammenarbeit zwischen Ländern, die auf Ein-

stimmigkeit beruht, wird intergouvernemental genannt. Die Nato, die OECD, die OSZE, Verträge zu Freihandel, Umwelt, Erdgaskauf bei Dritten, CO₂-Ausstoss, Verwendung von Satelliten: Der Anwendungsbereich ist unendlich. Der grösste Teil des zwischenstaatlichen Verkehrs ist intergouvernemental.

Supranational nenne ich die Beziehung zwischen Staaten, wenn eine Institution ins Leben gerufen wird, die in der Folge neue Regeln aufstellen oder vereinbarte Bestimmungen genauer fassen kann, ohne dass es dazu einer erneuten Zustimmung der Vertragsparteien bedürfte. Beispiele sind der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Welthandelsorganisation, der Internationale Strafgerichtshof und ... die Europäische Union.

Geht die Interaktion zwischen Staaten noch einen Schritt weiter, dann können sie zusammen einen neuen Staat bilden. Die Beziehung nennt man nicht mehr supranational, sondern föderal. Es gibt viele unterschiedliche Föderationen – die Bundesrepublik Deutschland ist anders organisiert als die Schweiz oder die Vereinigten Staaten, und diese beiden anders als Indien. Und doch haben alle Bundesstaaten eine minimale Anzahl von Befugnissen zentral geregelt, wie die Durchsetzung von Regeln und Gesetzen, die Erhebung von Steuern, die Verteidigung der Aussengrenzen, die Repräsentation nach aussen und die Aussenpolitik. Diese Funktionen bilden die Grundlage für einen föderalen Staat, weil sie zur Erfüllung der staatlichen Kernaufgabe notwendig sind: der Wahrung der Ordnung.

Der Irrweg in den Superstaat

Wir kommen zur entscheidenden Frage: Kann sich eine bloss supranationale EU halten? Ist es möglich, Teile von Staatsaufgaben an Brüssel zu übertragen, aber andere Teile bei den Mitgliedstaaten zu belassen? Sind offene Binnengrenzen möglich ohne gemeinsame Verteidigung der Aussengrenzen? Oder kann die EU «wie ein Block» auf der internationalen Bühne auftreten, wie eine wichtige EU-Zielsetzung lautet, ohne über eine gemeinsame Aussenpolitik zu verfügen? Oder eine gemeinsame Währung ohne zentrale Budgetaufsicht? Ich denke nicht.



Ohne Bremse: Merkel und Hollande in Oslo.

Betrachten wir zuerst die offenen Binnengrenzen. Offene Binnengrenzen bedeuten, dass Mitgliedstaaten untereinander mit ihrer Immigrationspolitik konfrontiert werden. Früher oder später wird dies eine zentrale Koordination und eine zentrale Steuerung erfordern. Als Spanien vor einiger Zeit eine generelle Amnestie erliess und damit rund 700 000 illegale Immigranten aus Nordafrika einen spanischen Pass erhielten, erwarben diese damit auch das Recht, ungehindert auf dem Kontinent zu reisen. Das erfordert Überwachung – also eine europäische Immigrationspolitik.

Die offenen Grenzen verlangen auch eine zentrale Aufsicht über die illegale Immigration. Die Grenzen in Südosteuropa sind porös. Wer

Der Druck, ein soziales Auffangnetz für alle Europäer aufzuziehen, wird immer stärker werden.

mit Grenzkontrollen ernst machen will, muss eine europäische Grenzbeobachtung einführen, inklusive Flotte, Luftwaffe, Infanterie und einer Kommandostruktur mit einem europäischen Verteidigungsminister an der Spitze.

Abgesehen von der Migration von ausserhalb der EU, führen offene Grenzen auch zur Migration innerhalb der EU. So sind in den vergangenen Jahren allein in die Niederlande rund 300 000 Osteuropäer immigriert. Es gibt keinen Grund, warum dieser Zustrom in Zukunft abnehmen soll. Nur wer an die Entstehung einer neuen «europäischen» Nationalität glaubt, wird darin kein Problem erkennen.

Überdies haben offene Grenzen einschneidende Konsequenzen für die innere Sicherheit. Nachdem sich beispielsweise die Niederlande



Unmut im Norden: Anti-EU-Demonstration in Göteborg.

geweigert hatten, ehemalige Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen, beschloss Spanien, dies sehr wohl zu tun, womit die Ex-Häftlinge in der Folge in die Niederlande einreisen konnten. Es ist augenscheinlich, dass die offenen Binnengrenzen auch hier wieder zu mehr Europa führen müssen.

Wer weiterdenkt, erkennt, dass offene Grenzen auch ein europäisches soziales Auffangnetz als wünschbar erscheinen lassen. Wenn jedermann frei reisen und sich frei niederlassen kann, wird es immer schwieriger, den einen das Recht auf eine bestimmte Altersrente – oder auf eine bestimmte medizinische Pflege – zu gewähren und den anderen nicht. Werden wir Menschen Pflege verweigern oder sie auf der Strasse verhungern lassen? Der Druck, ein soziales Auffangnetz für alle Europäer bereitzustellen, wird immer stärker werden.

Die zentrale militärische Organisation, die es für eine gemeinschaftliche Grenzbewachung braucht, wäre auch nützlich für das zweite Ziel der EU: «ein Block» in der Welt zu sein. Dies würde bedeuten: gemeinsame Unterhandlungen mit externen Handelspartnern, einen gemeinsamen auswärtigen Dienst, ein gemeinsames Intervenieren in Situationen, welche den Frieden und die Sicherheit bedrohen.

Unterdessen hat die EU schon verschiedene Schritte in diese Richtung gemacht. So wurde ein hoher Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik eingesetzt, der zusammen mit Europa-Parlamentariern die Welt bereist, um zu verhandeln, um Vereinbarungen zu treffen mit China, um Sanktionen gegen Syrien auszurufen und so weiter. Die EU errichtet sogar ein System von Botschaften. Weiter werden fortwährend Schritte unternommen, um militärische Handlungen zu koordinieren.

Wenn wir versuchen, dieses Szenario weiterzudenken, kommen wir erneut zum Schluss, dass eine Annäherung, die auf halbem Wege stehenbleibt, eine supranationale Annäherung also, nicht zur Verwirklichung der europäischen Idee ausreicht. Denn solange die verschiedenen Länder neben der europäischen Aussenpolitik auch ihre eigene Aussenpolitik betreiben, entsteht ein Durcheinander. Wenn Europa wirklich «wie ein Block» operieren will, wird auch ein souveräner europäischer Entscheidungsträger kommen müssen. Dieser müsste zentral den Auftritt bestimmen, beispielsweise Sanktionen aussprechen können. Diese Aufgaben wird früher oder später ein starkes europäisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten oder für Verteidigung übernehmen – sonst bleibt das Auftreten «wie ein Block» eine hohle Forderung.

Wir sind beim dritten Punkt: Eine gemeinsame Währung verlangt eine zentrale Haushaltsaufsicht. Zentrale Haushaltsaufsicht bedeutet einen europäischen Finanzminister, der die Budgets der Mitgliedstaaten kontrolliert. Alle nationalen Beschlüsse und Regelungen mit substanziellen Kostenfolgen würden damit in die Kompetenz von Brüssel fallen.

Ein weiteres Problem in einer Währungsunion sind die unterschiedlichen Zinsen für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten auf dem Kapitalmarkt. Auch dafür wäre eine politische Union notwendig. Weil die Euro-Länder keine Nationalbank mehr haben, die unbeschränkt Obligationen aufkaufen kann, werden sie letztlich gegen Angriffe von Investoren. Exakt dies geschah mit Griechenland und Spanien. Deshalb plädieren viele Regierungen für die Euro-Bonds – Obligationen, welche die Euro-Zone selbst vergeben können soll.

Mit diesen Euro-Bonds kann Brüssel selbständig Schulden machen, die von allen Euro-Ländern gemeinsam getragen werden. Es ist dann keine Rede mehr von einem beschränkten Budget bei den Stützungsmaßnahmen: Das Budget wird unbeschränkt sein – und es wird Beamten in Brüssel und Frankfurt anvertraut.

Obendrein verlangt dies – wie im Migrationsbereich – mehr europaweite Solidarität. Zwar sinkt dank den Euro-Bonds der Zins für die südeuropäischen Staaten, aber für die sparsamen Länder im Norden steigt er. Eine Zinssteigerung von zwei Prozent würde von den Niederländern bereits acht Milliarden Euro an «Solidarität» abverlangen. Möglicherweise wird diese Zwangssolidarität noch viel massiver beansprucht werden. Wenn ein Land zahlungsunfähig wird, müssen die Kosten kollektiv getragen werden. Ist die Erwartung realistisch, dass die Niederländer, die Deutschen und die Finnen dies werden tun wollen?

Eine andere wichtige Überlegung ist, dass man solche Euro-Bonds noch lange nicht nur für die Finanzierung nationaler Schulden verwenden muss. Brüssel kann damit auch neue, «eigene» Schulden machen, ohne dass ein einziges nationales Parlament etwas dazu zu sagen hätte. Andersherum: Wenn Brüssel das Recht erhält, Euro-Bonds auszugeben, bedeutet dies die Übertragung des Rechts, indirekte Steuern zu erheben und damit eine durch das eigene Schuldpapier finanzierte Politik zu betreiben. Eine föderale, also bundesstaatliche Obrigkeit ist dann eine Tatsache.

Richtlinien für Lauch und Glühlampen

Und es gibt noch einen vierten Grund, warum Supranationalismus zwangsläufig zu Föderalismus führt. Supranationale gesetzgebende



Demokratie von oben: Irland unterzeichnet die damalige EU-Verfassung in Rom.

und rechtsprechende Organe ohne föderale, bundesstaatliche Struktur dehnen sich ständig aus. Viele europäische Regelungen zeugen davon. Nehmen wir die Empfehlung des Rates zu rauchfreien Zonen. Sie enthält den Rahmen für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Die Empfehlung erwägt, dass «Massregeln auf Basis von Freiwilligkeit auf nationaler Ebene wenig oder keinen Effekt gehabt haben». Der Schluss daraus ist nicht etwa, dass keine Übereinstimmung vorhanden ist und dass die Staaten es nach eigenem Gutdünken regeln sollen. Das Dokument fährt fort mit der Erläuterung der «abschreckenden» Strafen, welche die Mitgliedstaaten für Personen einführen sollen, die das angestrebte Rauchverbot übertreten.

Oder denken wir an die Handelsnormen für Drillbohrer, künstliche Gebisse, die Krümmung von Gurken oder den maximalen Lärm, den Rasenmäher verursachen dürfen, an die Länge von Kondomen, den Wechsel von Sommerzeit auf Winterzeit, die Richtlinien für Lauch und für Glühlampen, die Sicherheitsvorschriften für Autos, die empfohlenen Leuchtwesten für Radfahrer, die Vorschriften für Bed-and-Breakfast-Angebote, die Spezifikationen für Wein und Käse, die Farbe der Autoscheinwerfer, die sozialen Standards für Fensterputzer und die vorgeschriebenen Warnungen für das Schwimmen in offenem Wasser.

Stück für Stück wollen Arbeitsgruppen und Subkommissionen ihre Richtlinien und Handelsnormen für den Kontinent bindend machen – und es ist keine Bremse vorhanden.

Wer einen Blick auf die Website der EU wirft, trifft auf nicht weniger als 20 000 einzelne Richtlinien und Regulierungen. Dazu kommen mehr als 10 000 Urteile, mit welchen der Europäische Gerichtshof *case law* gemacht hat

und welche ihrerseits wieder Ergänzungen der Regeln und breitere Anwendungsbereiche der Richtlinien enthalten. Es ist schwierig, den exakten Einfluss von Brüssel zu quantifizieren. Fest steht, dass die europäische Regulierung – via Richtlinien, Empfehlungen und Verordnungen – inzwischen einen umfangreichen Teil des niederländischen Rechts ausmacht. Brüssel und nicht Den Haag wird in der Praxis immer mehr das Zentrum der Politik. Anders gesagt: Die Rolle des niederländischen Parlaments wird immer mehr ausgehöhlt, womit auch in dieser Hinsicht Supranationalismus zu Föderalismus zu führen scheint.

Der Superstaat kann nicht funktionieren

Das eine führt zum anderen. Um am Ende den Erlass von Regeln einigermaßen im Zaum zu halten, müsste eine Staatsstruktur mit ausreichenden *checks and balances* errichtet werden – wie die Trennung von Legislative und Exekutive, ein Parlament mit einer Opposition und einem Senat, der noch einmal kritisch die Gesetzesentwürfe betrachtet.

Früher oder später landet man bei einem Bundesstaat. Ein supranationales Europa führt zwingend in absehbarer Zeit zur Übertragung von Souveränität und zur Bildung eines neuen Staates: der Vereinigten Staaten von Europa.

Das war auch die Absicht. Von Beginn weg war dies das grosse Ziel des europäischen Projekts. Dass einige – wie einige niederländische Politiker – dies nie gewünscht haben, sagt eher etwas aus über ihre Naivität oder ihren mangelnden Überblick als über die Art des Unternehmens. Vom gemeinsamen Markt über die offenen Grenzen und die gemeinsame Währung zur politischen Einheit. Das war und ist die eigentliche Agenda von Brüssel.



Traum der Grösse: Wann kommt die EU-Armee?

Aber kann eine solche Föderation funktionieren? Wenn es nach mehr als 180 Jahren noch nicht gelungen ist, aus den Flamen und den Wallonen ein Volk zu machen – der Separatismus ist stärker denn je – wie sind dann die Erfolgsaussichten für das europäische Projekt? Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob die Bildung von Vereinigten Staaten von Europa erwünscht oder unerwünscht wäre, ob es gut oder schlecht wäre für unsere Ökonomie, unsere politischen Freiheiten und für den Schutz der europäischen Zivilisation – ist es realistisch? Die noch nicht lange zurückliegenden, tragischen Kriege im vormaligen Jugoslawien sind noch frisch in unserem Gedächtnis – und doch will man die europäischen Staaten in eine derartige nationenübergreifende Zwangsjacke pressen? Sind die Unterschiede nicht schlicht und einfach zu gross?

Nehmen wir die offenen Grenzen. Die Immigrationsproblematik ist sehr unterschiedlich in den verschiedenen Ländern, ebenso die Debatte darüber. In den Niederlanden steht man mittlerweile der Problematik ziemlich offen gegenüber. Aber man versuche einmal, die politisch korrekteren Franzosen, Deutschen und Schweden zu überzeugen. Portugal dagegen ist ein Auswanderungsland. Die Hälfte aller Portugiesen lebt ausserhalb Portugals. Wie soll jemals eine gemeinsame Immigrationspolitik für all diese Länder entworfen werden?

Zudem erfordern offene Grenzen ein europäischen Nationalgefühl. Niederländer werden den Zustrom von Hunderttausenden Polen und bald auch Bulgaren, Rumänen und, wer weiss, Türken nicht länger als «Immigration» empfinden dürfen. Wird es je so weit kommen? Wenn die Wiedervereinigung von Deutschland, nach nicht einmal einem halben



Schuldentempel: Europäische Zentralbank.

Kunst der Bürokratie: Gurke nach EU-Norm.

Jahrhundert der Trennung, schon so viel Mühe kostete und zu so viel Friktionen führte – wer wird glauben können, dass man alle die verschiedenen Völker dieses Kontinents zu einer Nation zusammenschmieden kann?

Oder nehmen wir die europäische Politik für innere Sicherheit und die absehbare europäische Staatsanwaltschaft. Beide folgen aus der Logik der offenen Binnengrenzen. Die Korruption in Ländern wie Italien und Griechenland zieht natürlich um, zu den neuen Institutionen. Die sizilianische Mafia, die korrupten rumänischen Beamten, das spanische Arbeitsethos. Nordeuropäer haben relativ viel Vertrauen in ihre Behörden und ihren Beamtenapparat. Sind wir uns bewusst, was wir

Eine politische Einheit wird Europa nicht werden. Jetzt nicht. In hundert Jahren nicht. Nie.

aufgeben, wenn ein föderales Sicherheitssystem und ein Fahndungsdienst kommen, bei dem Niederländer und Deutsche abhängig sind von Südeuropäern, Osteuropäern, von Rumänen und Bulgaren und vielleicht bald auch Albanern, Kosovaren und Türken?

Auch die Solidarität, welche offene Grenzen verlangen, ist völlig unrealistisch. Um eine Art Apartheid zu verhindern, wird das soziale Auffangnetz allmählich auch für die internen europäischen Einwanderer aufgespannt werden müssen. Wird man Polen und Spaniern, die hier leben und arbeiten, medizinische Pflege und soziale Unterstützung versagen können?

Und dann die Aussenpolitik. Mit allen Unterschieden in historischen, kulturellen und strategischen Belangen dürfte es unmöglich

sein, eine zentrale Arbeitsweise zu finden. In Polen und Tschechien ist die Triebfeder «Nie mehr Russland». In Frankreich ist es eher «Nicht zu viel Amerika». Grossbritannien hat eine grundlegend andere Position in der internationalen Politik als Rumänien und Bulgarien. Und wenn einmal die Türkei Mitglied wird, kommt noch eine völlig andere Perspektive hinzu. Während der Präsidentschaft von George W. Bush sahen wir bereits, wie unterschiedlich die europäischen Länder zum Beispiel über den Irakkrieg oder den Raketenschutzschild dachten. Auch wenn es um die Situation im Nahen Osten geht, können sich die europäischen Länder nicht einigen. Wie soll jemals ein befriedigendes Auftreten möglich sein? Und wer erwartet wirklich, dass Frankreich und Grossbritannien ihren Sitz im Sicherheitsrat aufgeben?

Oder die gemeinsame Währung. Wie realistisch ist es, zu meinen, dass eine zentrale Haushaltskontrolle akzeptiert wird? Und dass alle europäischen Länder brav im Gleichschritt marschieren? Keine Korruption, aber dafür nordeuropäische Haushaltsdisziplin und fiskalische Transparenz in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien? Dass die Schattenwirtschaft in diesen Ländern verschwindet, dass sich die politische Kultur radikal ändert, kurz, dass wir alle Deutsche werden? Nur wer vom Fünfsternehotel zum bezahlten Lunch reist und dann im Dienstwagen mit Chauffeur wieder zurück nach Hause – nur wer vollkommen weltfremd ist also –, wird das glauben können.

Und wenn bald Euro-Bonds kommen und Brüssel die Macht erhält, jede gewünschte Politik aus eigenen Schuldpapieren zu finanzieren – ohne von der Zustimmung der Mitgliedstaaten abhängig zu sein –, kann man es

verantworten, dort die Macht anzusiedeln? Wer bewacht die Bewacher? Sicher nicht die europäische «öffentliche Debatte» und die europäische «Demokratie». Die gibt es nicht. Wegen der vielen Sprachen kann es keine Debatte geben und kann ein Europäisches Parlament nie repräsentativ sein.

Abgesehen davon, dass eine europäische Föderation nicht funktionieren würde, sie wäre auch korrupt, schwerfällig, unregierbar und undemokratisch, sie hätte keinerlei Legitimität bei der Bevölkerung: Debatten mit Übersetzern, Wahlkämpfe zwischen Kandidaten, die einander nicht verstehen und sich den Wählern nicht verständlich machen können, die Unmöglichkeit, auch auf gesellschaftlicher Ebene miteinander eine Diskussion zu führen. Die notwendigen Kompromisse werden eine Politik zur Folge haben, die im Interesse von niemandem ist und keiner einzigen Agenda dient. Es wird eine grosse Aneinanderreihung von Missverständnissen geben, Unverständlichkeit und fundamentale, unüberbrückbare Differenzen von Ansichten, Kultur und persönlicher Ethik. Die Unterschiede sind zu gross, eine politisch-verwaltungsmässige Einheit wird Europa schlicht nicht werden. Jetzt nicht. In hundert Jahren nicht. Nie.

Eine Alternative zu Brüssel

Wenn Supranationalismus zwingend zu Föderalismus führt, ein föderales Europa aber nicht machbar, ja absurd ist, was bleibt übrig?

Einzwischenstaatlicher (intergouvernementaler) Zusammenarbeitsverband, der aus Vereinbarungen besteht über Freihandel und ehrliche Konkurrenz zulässt, aber keinen Dschungel an Harmonisierung und Richtlinien erzwingt. Offene Grenzen gäbe es nicht



Einfall der Feinde: Schweizer Grenze.

mehr, die gemeinsame Währung würde rückgängig gemacht, und die uniforme Aussenpolitik käme nicht. Wo sich die Länder einig sind, können sie gemeinsam aufmarschieren. Man mag einen Sondergesandten ausschicken, um Gaskontrakte mit Russland für ganz Westeuropa zu vereinbaren. Oder man kann eine militärische Koalition bilden, wenn irgendwo auf der Welt Eingreifen notwendig erscheint. Konkreten Flüchtlingsproblemen kann man gemeinsam die Stirn bieten. Immer auf Ad-hoc-Basis, für jene, die einverstanden sind.

Zurück also zum Freihandel und zur Zusammenarbeit auf der Basis nationaler Souveränität. Aber wie kommen wir dahin?

Ein erster Schritt besteht darin, Anschluss zu suchen bei den umliegenden Ländern. Gemeinsam mit Grossbritannien können wir Druck machen für eine umfangreiche Reform von Brüssel. In Dänemark, Finnland und Deutschland nimmt die Europa-Skepsis zu. Ist das erste Schaf einmal über die Hürde gesprungen, folgen ihm die anderen.

Um Druck aufzubauen, können die Niederlande oder andere Staaten vorläufig aus der Schengen-Zone austreten. Wir installieren dann die hübschen Grenzposten, wie man sie in Frankreich als Mautstationen auf den Autobahnen sieht. Niemand hindert uns, Menschen hineinzulassen, wenn Bedarf für sie besteht. Qualifizierte Einwanderer aus allen Teilen der Welt sind unverändert willkommen. Aber wen wir nicht wollen, dem können wir die Einreise verweigern oder ihn zurückschicken.

Weiter muss auf allen monatlichen Lohnabrechnungen sichtbar sein, wie viel Geld nach Brüssel fliesst, auch Extragelder für Notfonds wie EFSF und ESM: Es muss sichtbar sein. Damit sich die Menschen bewusster werden, was

hier vor sich geht. Sodann sollten wir die Regulierungen aus der EU konsequent herunterfahren. Freihandel bedeutet, dass Länder ihre Produkte gegenseitig anerkennen. Um das zu erreichen, sollte eine Kommission aus Juristen und Ökonomen gebildet werden mit dem einzigen Ziel, die Gesetzgebung zu identifizieren, welche für diesen Freihandel nicht notwendig ist. Grundsätzliche Koordination für die Produktesicherheit ist nützlich. Aber grosse Teile der mehr als 100 000 Seiten umfassenden Regelungen müssen wir streichen. Lasst die Diversität unseres Kontinentes wieder blühen! Wenn jemand kleine Kondome anbieten will, warum nicht? Wenn jemand Autos mit gelben Scheinwerfern anstelle von weissen auf den Markt bringen will – lasst ihn machen. Und, ja, wenn Länder Rohmilchkäse lecker finden – prima! Was wir brauchen, sind Anerkennungsregeln, keine Harmonisierung.

Ein nächster Schritt ist die Aufhebung des Europäischen Parlaments. Es führt zu nichts, ein Europäisches «Parlament» zu haben – denn die EU ist keine Demokratie, übrigens auch kein Staat, und Europa ist kein Volk. Was wir brauchen, ist nur eine kleine Kommission, die den Freihandel koordiniert, und nicht diese Gruppe völlig unbekannter *busy bodies*, die den ganzen Tag das europäische Netzwerk von Verpflichtungen und Regeln ausbauen.

Auf der gleichen Längsachse muss diese sonderbare Aussen- und Verteidigungspolitik demontiert werden. Was wir brauchen, ist ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen nationalen Ministern für Aussen- und Verteidigungspolitik und keinen Superminister, der nach und nach alles an sich zieht.

Allmählicher Rückbau oder Explosion

Zum Schluss wird der Euro fallen müssen. Dabei müssen wir die Vorteile einer gemeinsamen Währung nicht überbetonen. Durch Kreditkarten, mit denen online Käufe getätigt werden können, durch PIN-Geräte in nahezu jedem Geschäft und jedem Café sowie durch Bancomaten an jeder Ecke sind die Nachteile verschiedener Währungen längst beseitigt.

Aber fundamentaler sind zwei ökonomische Nachteile einer gemeinsamen Währung. Das erste Problem verursacht die Europäische Zentralbank (EZB). Die Zentralbank setzt einen Zins fest auf Basis der Wirtschaft und der Inflation. Geht es der Wirtschaft gut, ist es oft vernünftig, den Zins hoch anzusetzen, um Überhitzung und Inflation zu vermeiden. Geht es der Wirtschaft weniger gut, wird ein tiefer Zins oft einen Ausgabenimpuls auslösen können. Weil die Euro-Zone aber aus so verschiedenen Ökonomien besteht, ist derselbe Zins oft nicht optimal. Der Zins der EZB war in den letzten Jahren zum Beispiel zu hoch für die niederländische Wirtschaft, aber zu tief für die spanische. Dadurch hatten die Niederlande ein in Anbetracht ihrer Möglichkeiten gerin-

geres Wachstum, während in Spanien eine Blase entstand. *One size fits none.*

Das zweite fundamentale Problem besteht darin, dass die Euro-Länder ihre Defizite nicht länger finanzieren können, indem sie eigene Schuldscheine kaufen. Die Geldpresse steht in Frankfurt, und nicht mehr in Athen, Rom und Madrid. Insolvente Länder können dadurch ihre Defizite nicht mehr selbst decken oder ihre Währung abwerten. Alles muss durch Einsparungen oder Steuererhöhungen finanziert werden. Das ist politisch und ökonomisch viel schwieriger. Darüber hinaus führt das wegen des Nachfragerückgangs zu Rezession.

Überwogen die Vorteile des Euro wirklich gegenüber all diesen Nachteilen?

Das ist doch sehr die Frage.

Das ideale Szenario für ein Aufbrechen der Euro-Zone wäre, dass beispielsweise die Niederlande auch hier Unterstützung bei andern Ländern suchen, Deutschland, Österreich, Finnland. Eine Möglichkeit wäre es, zusammen, mit guter Haushaltsdisziplin und relativ übereinstimmenden Konjunkturzyklen, eine neue Währung einzuführen. Das zentrale Problem bleibt jedoch auch hier, dass eine Währungsunion früher oder später zu einer politischen Union führt.

Darum muss seriös untersucht werden, auf welche Art die verschiedenen Länder wieder ihre eigene Währung einführen können. Zweifellos wird auf den (Finanz-)Märkten Unruhe entstehen, aber nach einiger Zeit wird sich ein Gleichgewicht einstellen, so wie das vor der Einführung des Euro auch der Fall war.

Natürlich ist dieses Szenario, wie das Leben selbst, nicht ohne Risiken. Aber weiterzumachen, ist keine Variante. Die EU wird früher oder später zum Bundesstaat werden müssen, sonst implodiert sie. Ein föderaler Staat aber wäre für den alten Kontinent ein funktionsunfähiger Verband, weil die Unterschiede zu gross sind. Es gäbe hierfür nicht die geringste Unterstützung in der Bevölkerung. Die Macht der proeuropäischen Politiker würde noch mehr schwinden, bis sie überhaupt keine Autorität mehr hätten. Radikale Parteien, wie wir sie in Griechenland sehen, würden überall auftauchen, und die ganze Konstruktion würde keine zwei Monate standhalten, bis es zur Explosion käme. Die Frage ist nicht, ob die EU überleben kann, sondern, wann sie stirbt. Die Wahl besteht zwischen einem geordneten, allmählichen Rückbau und einer chaotischen, und vielleicht sogar gewalttätigen Explosion.

Selbstredend ziehe ich das erste Szenario vor. Aber die Blindheit der Politiker lässt mich befürchten, dass uns das zweite erwartet.

Thierry Baudet (1983) studierte Rechtswissenschaft und Geschichte an der Universität Amsterdam. Nach seiner Promotion dozierte er an der Universität Leiden und der Academia Vitae in Deventer. Baudet ist Kolumnist für das *NRC Handelsblad*. Ferner publizierte er in der französischen Zeitschrift *Commentaire* und dem *City Journal New York*. Aus dem Niederländischen von **Christian Huber**.

Ceausescus streitbare Erben

Rumäniens grösste Machtblöcke sind eher geschäftstüchtige Politclans als ideologisch ausgerichtete Parteien. Ihr Dauer-Machtkampf lähmt das Land, das trotz EU-Mitgliedschaft nicht auf Touren kommt. Die jüngsten Parlamentswahlen haben die Fronten abermals verhärtet. *Von Thomas Roser*

Verbissen sind Rumäniens Dauerrivalen in die Parlamentswahlen gezogen. Ein Ende des Machtduell zwischen Premier Victor Ponta und Präsident Traian Basescu ist nach dem Urnengang vom letzten Wochenende nicht in Sicht. Als «Schwein» hatte Basescu seinen Rivalen beschimpft. Wer das Schwert ergreife, werde «durch das Schwert sterben», droht Ponta, dessen Partei einen klaren Sieg errang.

Noch immer lastet auf dem verarmten Land der Schatten seines einstigen Diktators wie ein Fluch. Fast 23 Jahre liegt die letzte Hinrichtung in der Geschichte des knapp zwanzig Millionen Einwohner zählenden Staats zurück: Am 25. Dezember 1989 wurde der Autokrat Nicolae Ceausescu auf einem Kasernenhof in der Provinzstadt Targoviste erschossen.

In Rumänien gab es keine sanfte, sondern eine unvollendete – und blutige Revolution. Im Kugelhagel rivalisierender Armee- und Securitate-Einheiten blieb auch die Hoffnung auf einen raschen Wandel auf der Strecke. Denn ob Partei-Dissidenten oder Mitläufer: Es waren Ex-Mitglieder der Nomenklatura, die fortan das Sagen hatten. Aus der Konkursmasse der Kommunistischen Partei gingen die Parteien der heutigen Gegenspieler auf Rumäniens Politparkett hervor: Sowohl die eher reformgeneigte, von Basescu später vom linken ins bürgerliche Spektrum geführte Demokratische Partei als auch Pontas Sozialdemokraten waren einst in der Front vereint.

Rumäniens grösste Machtblöcke, die mit wechselnden Namen und Partnern seit zwei Jahrzehnten die Geschicke des Landes bestimmen, sind eher geschäftstüchtige Clans als ideologisch ausgerichtete Parteien: Sie sind die beiden trüben Seiten von Rumäniens glanzloser Demokratie-Medaille. Bei der Sicherung ihrer Pfründen streiten sie mit harten Bandagen und lassen sich nicht selten bestechen. Korrupte Ex-Würdenträger beider Seiten haben ihre Amtssessel bereits mit der Gefängnispritsche vertauschen müssen.

Das Land im Würgegriff

Die unrentablen Dreckschleudern der Schwerindustrie erschwerten den Neubeginn. Statt das rückständige Land Reformen zu unterziehen, suchten sich Ceausescus Erben nach der Wende vor allem ihren Anteil am Privatisierungskuchen zu sichern. Auch der 2007 erfolgte EU-Beitritt hat Rumänien keinen Höhenflug beschert. Wichtige Vorleistungen wie die Schaffung einer unabhängigen Justiz

und der Kampf gegen die Korruption waren ausgeblieben oder blieben unvollendet. Zudem war Rumäniens Ausgangslage schlechter als für die EU-Neulinge drei Jahre zuvor. Lag Polens Bruttoinlandprodukt 2004 beispielsweise bei fast der Hälfte des EU-Mittels, betrug dasjenige Rumäniens zum Zeitpunkt des Beitritts nur ein Drittel des EU-Durchschnitts.

Nicht nur die Folgen der Wirtschaftskrise und der harte Sparkurs der bürgerlichen, im Mai gescheiterten Regierung haben den Rumänen spürbar zugesetzt. Auch der endlose Machtkampf zwischen Präsident und Premier lähmt das Land. Basescus Anhänger sehen in ihrem Idol den Garant für eine unabhängige Justiz – und werfen Ponta die Aushöhlung des Rechtsstaats vor. Pontas Anhänger wiederum bezichtigen den unpopulären Präsidenten eines feudalen Führungsstils, der Überschreitung seiner Kompetenzen und der Mitarbeit beim Geheimdienst Securitate: Das Parlament habe der ehemalige Kapitän genauso wie seine Partei zu Statisten degradiert.

Die Streithähne halten das Land im Würgegriff. Zwar ist Ponta der erste Premier, der nach der Wende volljährig wurde – und dem man kaum alte Seilschaften nachsagen kann. Ein Erneuerer ist der eloquente Karrierist aber keineswegs: Seine junge Seilschaft mit den alten Kadern hat ihm seinen Aufstieg beschert. Res-

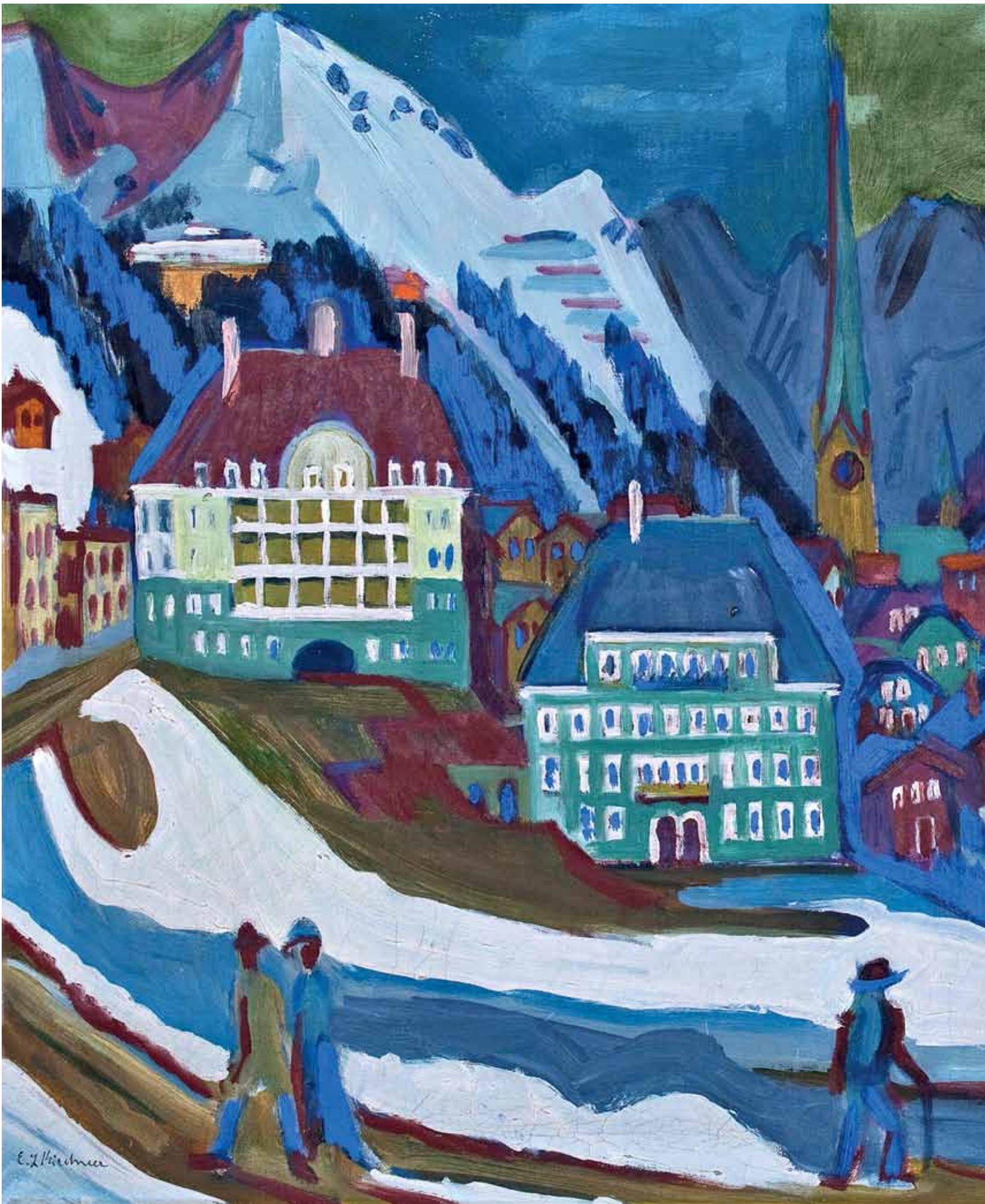
pekt vor der Unabhängigkeit der Justiz hat der Jurist keine offenbart. Sein Versuch, Basescu aus dem Amt zu kegeln, sorgte im Sommer EU-weit für empörte Reaktionen.

Der Geruch der Korruption haftet aber auch dem selbsternannten Saubermann Basescu seit seiner Zeit als Bukarester Oberbürgermeister an. Als Staatschef setzte er sich oft über Parlamentsmehrheiten hinweg und liess die ihm hörigen Regierungen fragwürdige Gesetzes- und Wahlrechtsänderungen auch per Notdekret realisieren – ähnlich wie später sein Widersacher. Auch als demokratischer Teamspieler gilt der machtbewusste Rumpelsolist keineswegs. Basescu komme nicht mal mit sich selbst aus, höhnen die Kritiker.

Werden mit Pontas Wahlsieg die Altkommunisten triumphieren? Im Machtkampf mit Basescu hat er nun die besseren Karten. Gelingt es ihm, eine Verfassungsmehrheit zu zimmern, könnte die Justiz noch stärker unter Druck geraten. Für den tristen Zustand von Rumäniens Demokratie ist der seit 2004 amtierende Staatschef mitverantwortlich. Nicht zuletzt der Unmut über den routinierten Ränkeschmied hat Nachwuchs-Strippenzieher Ponta nun einen Erdrutschsieg beschert. Die Mehrheit der Wähler blieb ernüchtert den Urnen fern. Viele Rumänen haben die Hoffnung auf bessere Zeiten längst verloren. ○



«Durch das Schwert sterben»: rumänischer Premier Ponta.



Nervöser Pinselstrich: «Davos von Nordwesten» von Ernst Ludwig Kirchner, 1924–26.



Kirchners Davos

Von Daniele Muscionico

Im Jahr 1917. Ein berühmter deutscher Künstler reist in die Schweiz ein und bringt sich in Davos in Sicherheit – nervlich geschwächt, provisorisch aus der Armee entlassen, voller Angst, wieder eingezogen zu werden. Sein Name: Ernst Ludwig Kirchner.

Sieben Jahre später beginnt er dieses Bild, «Davos von Nordwesten» wird er es nennen. Ohne Emotion der Titel. Denn der ist er ledig, nachdem sein nervöser Pinselstrich drei Jahre lang auf der Leinwand wütete, die Farben explodierten, den Brand nachzeichnend, der sich auf dem Schlachtfeld auf immer mit der Pupille des Künstlers verschmolz.

«Davos von Nordwesten». Und was sieht der Künstler in dieser kalt benannten Himmelsrichtung? Zwei Gebäude sieht er vor allem, müssen gesehen werden, denn hypnotisch gebannt scheint sein Blick. Ein Haus mit Walmdach, bedingt durch seine Lage auf einer Geländestufe am Südausgang des Dorfes, ein Merkzeichen. Alles wird von ihm beherrscht, was sich dörflich zu regen wagt, und keiner, der sich nicht still vor ihm verneigte. Auch das Paar wird seinen Spaziergang in diesen Gemäuern beenden – und mehr noch, vielleicht. Dieses Gebäude ist das Alte Spital.

Und der zweite Bau, den Kirchner frontal vor den Betrachter platziert? Er ist weniger opulent, schwermütig eng stehen die Fenster, keine Loggien für die Bewohner, nur ein schmaler Balkon. Vernunft wohnt hier und Disziplin. Bescheidenheit und Demut. Der Zweck heilige die Mittel, einem «Absonderungshaus» angemessen, der Quarantänestation, in der die virulenten Siechen, Infektiösen von den Gesunden getrennt wurden. Pocken, Grippe, Tuberkulose, die Strafen des Herrn sind sonder Zahl.

Ernst Ludwig Kirchner (1880–1938), der heillose Heilungssuchende in Davos, hatte nicht das Glück des Thomas Mann. Dieser fand im Waldsanatorium zum «Zauberberg». Gelitten hatte dafür Katia, seine Frau. Für Kirchner und sein Werk litt kein anderer als er selber. Und als ihm das Leiden zu viel ist, die Diffamierungen in seiner Heimat zu gross, die Sicherheit auch in den Schweizer Bergen fragwürdig, wird er schiessen.

Doch ein Museum macht ihn in Davos unvergessen. Das Kirchner-Museum feiert im Dezember sein 30-jähriges Bestehen. Denn Kirchner fand seine eigentliche letzte Ruhestätte nicht im Waldfriedhof, sondern hier, im Kreise seiner Freunde, inmitten von Ehrerbietung und Wertschätzung.

Kirchner-Museum: Kirchners Sammler, Mäzene, Museum. Bis 21. Juni 2013 in Davos.

Die schönste Frau der Welt

Vor 100 Jahren wurde die Büste der Nofretete gefunden. Eine Berliner Ausstellung feiert das Ereignis und die prachtvolle Kunst der Amarna-Zeit. Und lüftet ein brisantes Geheimnis. *Von Daniele Muscionico*

Da ist ein Schmerbauch, sind hängende Schultern, die spitze Nase zwischen hohlen Wangen, bohrende Augen. O Gott, was ist das für ein Mann! Was für ein Wiesel, will man sagen. Dafür leuchtet umso mehr *sie*. Dafür muss man umso lauter die Frau loben, die diesem *Ungustl* die Treue hielt und deren Namen da lautet «Die Schöne ist gekommen»: Nofretete. Ihr Gemahl, Echnaton aus der achtzehnten Pharaonendynastie, kann ja nichts für sein ästhetisches Unglück. Aber wie nun das Ehepaar auf der Berliner Museumsinsel wieder vereint nebeneinander steht, die Schöne und der Reizlose, findet man einen Grund mehr zu jubeln: Diese Frau ist unerschütterlich! Mindestens so sehr wie der Pharao. Nofretetes Einfluss an seinem Hof war gewaltig, das belegen neuste Forschungen.

Wieso hier also nicht nur sie besingen, die berühmteste aller Ägypterinnen neben Kleopatra, die schönste Frau Berlins, um nicht zu sagen der Welt – ohne Mona Lisa nahe zu treten? Es gibt Gründe. «Im Licht von Amarna» heisst die Ausstellung, mit der das Ägyptische Museum, das im Neuen Museum untergebracht ist, die Entdeckung der Nofretete-Büste vor hundert Jahren feiert und – allen Spekulationen über das Ende der Herrscherin ein Ende macht. Doch das ehrgeizige Unternehmen ist nicht nur den Geheimnissen der schönen Königin und der Rezeptionsgeschichte ihres bunt bemalten Kalksteinporträts gewidmet. Zum ersten Mal überhaupt leuchtet das Museum, das die Schätze seit 1912 treuhänderisch verwaltet, in die Zeit zurück, in der Nofretete lebte, die Amarna-Ära, Jahre des Aufruhrs und Umsturzes im alten Ägypten. Es ist die kurze, siebzehn Jahre dauernde Epoche des ersten Monotheismus in der Menschheitsgeschichte.

Die kosmische Macht

Nofretete ist höchstens fünfzehn Jahre alt, als ihr Mann, Amenophis IV., von Theben aus Ägypten regiert. In seinem sechsten Regierungsjahr wagt der Herrscher Unerhörtes: Er befiehlt den Bau einer neuen Regierungsstadt – ist damit ein ebenso grosser Bauherr wie Ramses – und gibt sich einen neuen Namen, der ihn in die Nähe des einzigen Gottes stellt, den er für gültig hält, Aton. Echnaton, wie der Pharao nun heisst, verstösst die alten Götter, den Falkengott Horus, den Schlangendämonen Apophis, den schakalköpfigen Anubis. Das bedeutet für die Menschen nicht weniger als ein

Abstraktionsschock. Denn Gott Aton ist unsichtbar, ist nicht zu greifen, besitzt weder Körper noch Gestalt. Er ist das reine Licht. Er ist die kosmische Macht, die sich als Sonne manifestiert.

Echnaton ist laut dem Ägyptologen Jan Assmann durch seine Religionsrevolution als «Aufklärer und Bilderstürmer» in die Geschichte eingegangen. Für andere Forscher ist er bis heute ein «Ketzerpharao». Die Ausstellung präsentiert eine seiner Büsten, deren Gesicht zerschlagen wurde, so brutal, als wollte man ihn noch einmal töten.

Doch darum geht es nicht, hier in Berlin. Auf der Museumsinsel wird nicht die Nachwirkung Echnatons, sondern ein anderes Thema in Bezug gesetzt zu unserem modernen Nofretete-Kult, den just das Ägyptische Museum mitbefördert hat.

Ein Dilemma von damals zeitigt Wirkung bis heute: Wie sollte man Echnatons Gott zeigen, wie diesen Aton darstellen? Künstler behelfen sich mit der Vorstellung einer runden Sonnenscheibe mit vielen Strahlen, und diese besaßen an ihren Enden – Hände! Aton als Manifestation eines Wesens, das durch Berührung sein Sein bezeugt. Die altägyptischen Künstler zeigten also nicht Gott, sie zeigten, wie dieser Gott wirkte und sich in anderen widerspiegelte. Zum Beispiel in Nofretete.

Ein zarter, unendlich langer Hals, Züge von makellosem Ebenmass, eine hohe Haltung, ein Gesicht von einer Symmetrie, wie sie in der Natur nicht vorkommt. Nofretetes Büste ist zu schön, um wahr zu sein, und das mit Absicht: Für den Bildhauer Thutmosis war sie Atons Werk, der Gott sollte in der Königin sein Bestes vollbracht haben. Denn die neue Lichtreligion, die die alten Götter ins Hinterzimmer verbannte, bedeutete nur einen relativen Monotheismus. Sie war auch eine logische Weiterentwicklung des Pharaonenkults: Das Herrscherpaar empfing, stellvertretend für alle Untertanen, die Sonnenstrahlen als göttliche Emanation. Die ganze Schöpfung, der Pharao voran, war der sichtbare Gott. Aus dieser Wendung zum Diesseitigen entsprang eine Kunst, die in der ägyptischen Geschichte einzig dasteht: Porträts von einer Wahrfähigkeit, die erst im Hellenismus wieder möglich wurde.

Und was davon ist nun in Berlin zu sehen? Alles und mehr, möchte man prahlen. Sicher aber ist hier derart Prachtvolles zur Schau gestellt, dass jede Beschreibung ein klägliches

Scheitern bedeutet. Es ist aus den Depots erstmals ans Licht geholter Überfluss, der einen schauern lässt. Auch weil die Hybris und der Grössenwahn des im Laufe seiner Regentschaft immer verhassteren Pharaos den dreieinhalbtausend Jahren, die sie alt sind, höchst lebendig widerstanden haben. Des Despoten Delirium weht heiss ins Heute hinüber.

Im Neuen Museum beginnt das Spektakel des in Berlin omnipräsenten und offenbar omnipotenten Duncan McCauley mit einem mächtigen, sanft gelb glühenden Sonnenkeil. Er teilt den Nordwestsaal des Chipperfield-Baus in zwei ungleiche Teile. Im kleineren wird die Familiengeschichte Echnatons erzählt, im grösseren die Zivilisationsgeschichte jener Lichtmetropole Achet-Aton (heute der Ort Amarna), die der Pharao im Jahr 1350 vor Christus auf einer halbkreisförmigen, von Felswänden umgebenen Ebene am Nil gründete, auf halbem Weg zwischen Kairo und Luxor und vierhundert Kilometer nördlich der alten Königsstadt Theben.

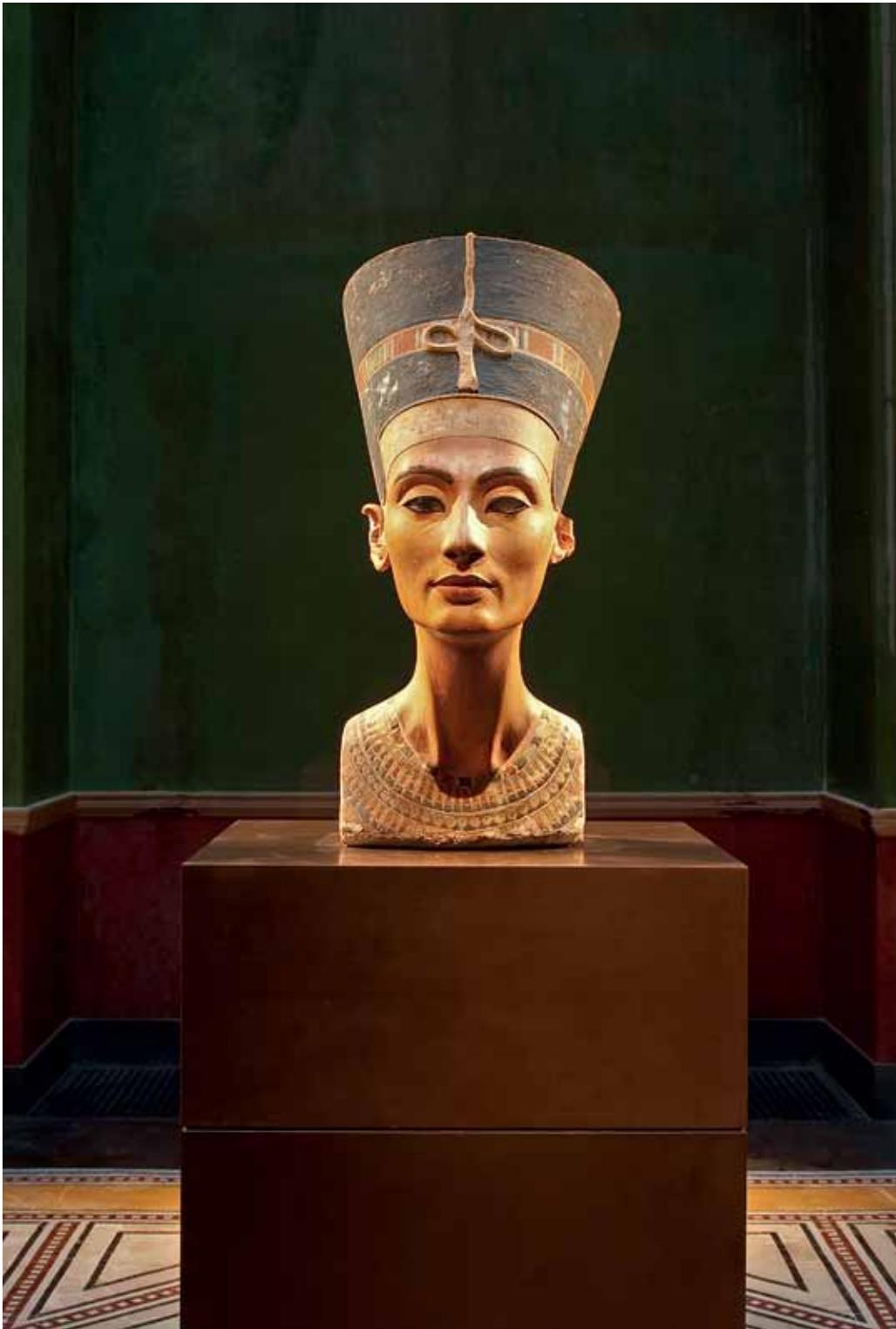
Afrolook-Perücke

Achet-Aton also, die Hauptstadt des Reiches mit 50 000 Einwohnern in den glücklichsten Zeiten. Und da ist sie nun, Echnatons Herrscherfamilie: Grossvater Thutmosis, Mutter Teje, Söhnchen Tutanchaton – heute bekannt als Tutanchamun –, Tochter Meritaton mit Gemahl Semenchkare und andere Prinzen und Prinzessinnen mehr. Und natürlich Nofretete.

Stilisiert sind die Menschen dargestellt in Büsten, Porträts, Reliefs, Elfenbeinfiguren, Statuenfragmenten und Königshieroglyphen. Atemberaubend, heutig und modern ist das: Ein knapp zehn Zentimeter hoher Kopf der Königin Teje zeigt eine rundgesichtige Schönheit mit Afrolook-Perücke. Fliesenfragmente mit Fischen, Vögeln erinnern in ihrer Ornamentik und Farbigkeit an Fayencen des Jugendstils. Ein grandioses Farbreief würdigt ein Königspaar, durch einen Garten spazierend, paradiesisch. Und ein zentrales Exponat gibt gar Einblick ins Familienleben: Echnaton und Nofretete unter der Strahlensonne Atons Herzen und küssen ihre Kinder! Doch man täusche sich nicht. Ein Porträtkopf der «Grossen Königlichen Gemahlin» aus grauem Granit zeigt sie unnahbar, herrisch, herb. Ausdruck ihrer einzigen, gottähnlichen Machtstellung?

Statuen, Bildtafeln, Fayencen, Vasen, Amphoren, Töpfe, Glas- und Schmuckgegenstände. Winzige Amulette in Eulen- und Fischform. Trensen für die königlichen Pferde ... man kann sich in Berlin nicht nur den Menschen der Amarna-Zeit nähern, sondern auch ihrem Leben. Es wird nahezu alles gezeigt, was die Ausgrabungen von Ludwig Borchardt 1912/13 zutage gefördert hatten.

Das ist zum Beispiel auch einer der Gründungssteine, die Echnaton und Nofretete an den Rändern ihrer Reichsstadt aus dem Fels



Unerschütterlich: ägyptische Königin Nofretete.

meisseln liessen. Und auch ein Sonnentempel der Stadt ist zu sehen, der selbst als Modell noch den Misston faschistischer Überwältigungsarchitektur anregt. Nachinszeniert sind die Werkstatt des Bildhauers Thutmosis, in der die Königinnenbüste ausgegraben wurde, und Grundrisse von Arbeiterhäusern samt einer Sammlung von Werkzeugen.

Sensation in der Nebenkammer

Die eigentliche Sensation aber verbirgt sich in einer Nebenkammer. Hier werden mit einem Schlag ganze Regale mit Spekulationsliteratur über Frau Pharaos ungesichertes Ende zu

Makulatur. Eine Steininschrift belegt nämlich: Nofretete war bis zu ihrem Tod Echnatons Hauptgattin. Die Schöne, die so viel Frauenpech besass – statt eines Thronfolgers gebar sie ihrem Mann sechs Mädchen –, wurde demnach weder für ihre fruchtlose Fruchtbarkeit verstoßen, noch fiel sie einer Haremsdame zwischen Neid und Dolch. Nofretetes Mumie indes fehlt bis heute. Ein Stückchen Geheimnis muss sein für eine Frau dieses Kalibers.

Neues Museum Berlin, bis 13. April 2013

Jazz

Klein, aber stark: Die Kunst der Destillation

Von Peter Rüedi

Wenn die Wurzel aus Symphonie Streichquartett heisst, ist die Wurzel aus Big Band dieses Quartett – so wie die Wurzel aus Duke Ellington die Combos von Charles Mingus waren. Es gibt ja jene Hardcore-Essenzialisten, die, zum Beispiel im Fall von Beethoven oder Schostakowitsch, die Kammermusik allen grossen Orchestrierungen vorziehen; die wenig Sinn für die Kunst der feinen Schattierungen in der Instrumentierung haben. Ist bei mir nicht der Fall.

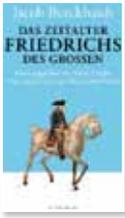
Die Charts, die Gil Evans für seine grossen Bands schrieb, sind eine tolle Sache, die kleinen Formationen von George Russell eine andere, ebenso eindruckliche. Es stimmt aber schon: Manchmal trifft man auf eine kleine Band, die klingt wie eine grosse, und das ist dann wunderbar wie die Ausserkraftsetzung der Physik. Das Quartett des 1975 in Linz geborenen Trompeters Lorenz Raab ist so eine Gruppe, in dieser Hinsicht den Spreng-Klangkörpern von Charles Mingus verwandt, wenn auch jenseits von dessen «Blues & Roots»-Knallern. Was Raab et Co (das sind neben Leader Raab der Norweger Eirik Hegdal an Bariton- und dem selten gespielten C-Melody-Saxofon, der Franzose Michel Godard an Tuba und dem mittelalterlichen Serpent und der Schweizer Lucas Niggli als Perkussionist) aufführen, knallt mitunter auch, aber auf eigene Weise (ein Stück heisst trotzdem «Mingu»). Dies ist in hohem Mass *Live*-Musik, auch in buchstäblichem Sinn, nämlich eine Aufzeichnung vom inspirierten Jazzfestival Saalfelden. Aber im Unterschied zu manch anderer theatralischer freier Musik springt hier der Funke auch ohne optisches Surplus. Das Programm ist mit Finesse austariert zwischen Punchern wie «Zapp Rock» und subtilen Klangdichtungen wie «Soyeusement», es beginnt mit einem «Öffner Choral» und schliesst mit der Reprise einer balladesken Petitesse mit dem Titel «This Eyes» (These Eyes? This Ice?). Sehr kompakt, sehr unterhaltend, in keinem Moment sauglattistisch (was in diesem Bereich der improvisierten Musik oft als Gefahr droht). Qualität muss ja nicht immer bierernst auftreten und Amüsement notwendig ausschliessen.



Lorenz Raab: Expanded (feat. Michel Godard, Eirik Hegdal, Lucas Niggli). Unit UTR 4377

Unsere Besten

Was lesen über die Festtage? Welche Bücher soll man unter den Christbaum legen? Die Tipps der *Weltwoche*-Redaktoren.



Schmal und funkelnd

«Grösse ist, was wir nicht sind», sagte Jacob Burckhardt einmal. Wie recht er damit hatte, zeigt sich, wenn man Burckhardts jetzt aus dem Nachlass herausgegebenes «Zeitalter Friedrichs des Grossen» studiert. Das Werk, schmal und funkelnd, geht auf eine Vorlesung des Basler Historikers aus dem Wintersemester 1852/53 zurück. Mit wenigen treffenden Federstrichen baut Burckhardt vor dem Leser ein grandioses Panorama des ausgehenden 18. Jahrhunderts auf. «Maria Theresia war von majestätischer Schönheit, für die sie wenig sorgte»: Solche Beschreibungen von literarischer Qualität bringen heutige Historiker kaum mehr zustande. Bei Burckhardt ist Geschichte stets ein intellektueller und ästhetischer Hochgenuss.

Philipp Gut

Jacob Burckhardt: Das Zeitalter Friedrichs des Grossen. C.H. Beck. 256 S., Fr. 19.20



Nichts als die Welt

Christoph Ransmayr hat umfangreiche Romane geschrieben und, in seinen Anfängen, Reportagen. Beides ist grosse Literatur. Sein «Atlas eines ängstlichen Mannes» ist ein Hybrid aus beidem. «Ich sah ...»: So beginnt jede der siebenzig Episoden aus allen Weltgegenden zwischen Nordpol, Himalajapässen, Dschungeln, österreichischen Provinzen, asiatischen *battlefields*, afrikanischen Wüsten, pazifischen Inseln. Alles Eröffnungen oder Endspiele ungeschriebener Romane, Standbilder ungedrehter Filme. Die Welt «erkennen» heisst ihre Bewohner lieben, auch wenn, nein: weil all diese Kürzestgeschichten Fragmente einer Apokalypse sind. Zum Reisen gehört der Abschied, zum Leben der Tod, zur Fülle der Verfall, zum Glück die Trauer. Ein ungewöhnliches, bewegendes, fabelhaftes Buch.

Peter Rüedi

Christoph Ransmayr: Atlas eines ängstlichen Mannes. S. Fischer. 456 S., Fr. 39.90

Der Frauenheld

Im englischsprachigen Raum gibt's die Gattung «bio-fic» (biografische Fiktion). Bei David Lodge ist das eher zweideutig zu verstehen («bio-fuck»). In seinem biografischen Roman «Ein ganzer Mann» stehen die wilden Amou-



ren von H. G. Wells, dem Vater der «Zeitmaschine», des «Kriegs der Welten» et cetera im Mittelpunkt. Dass der fleissige Autor und Polit-Mahner, der den Völkerbund forderte, die Kernspaltung als Menetekel ahnte, auch ein Kämpfer für die freie Liebe war und sie demonstrativ und gegen die damaligen gesellschaftlichen Gepflogenheiten praktizierte, ist weniger bekannt, für Lodge das eigentliche Objekt seiner Begierde. Der Schlüsselloch-Aspekt enthüllt dank Lodges eleganter Feder, dass die Science-Fiction reine Provokation war, Durchbruch in die Moderne.

Wolfram Knorr

David Lodge: Ein ganzer Mann. Haffmans & Tolkemitt. 650 S., Fr. 36.90

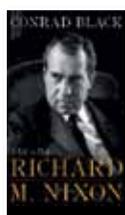


Ehetaumel

Bodo Kirchhoff ist mit dem titanischen Wälzer «Die Liebe in groben Zügen» wieder ein Meisterstück auf dem Feld der Leidenschaft gelungen. Sein Roman über die Abschweifungen der Sexualität, die Exaltationen der Lust, die Sisyphusarbeit der Ehe und die erbärmlichen Niederungen des Triebes garantiert atemlose Lektüre. Wer zwischen den Feiertagsfreuden in eine andere Welt abtauchen und dabei einiges über das menschliche Liebesleben lernen will, ist mit diesem Roman exzellent bedient. Kirchhoff schildert das Leben eines bürgerlichen Paares Anfang sechzig. Die Angst vor dem Alter und die klamme Frage, ob das jetzt bereits «alles» gewesen sei, treibt sie in die Arme beinahe zufällig auserkorener Liebhaber und in die einzige schwere Krankheit, mit der man alt werden kann: in eine durch nichts zu stillende, ambivalente Sehnsucht nach dem Glück.

Pia Reinacher

Bodo Kirchhoff: Die Liebe in groben Zügen. Frankfurter Verlagsanstalt. 669 S., Fr. 41.90



Von ganz unten

Dies ist die ausführlichste, genaueste und wohlwollendste Biografie, die je über den unfreiwillig zurückgetretenen US-Präsidenten Richard Milhous Nixon geschrieben wurde. Autor Black stand zur Zeit der Abfassung bereits mit einem Bein im Gefängnis, weil



Morgen, Kinder, wird's was geben.

ihm wegen der Veruntreuung firmeneigener Gelder (er war damals Inhaber eines mächtigen internationalen Verlagshauses) der Prozess gemacht wurde. Mit dem Einfühlungsvermögen des In-Ungnade-Gefallenen schreibt Black über Nixon, der von ganz unten kam und den Absturz von ganz oben



erlebte. Nixon bleibt die faszinierendste, weil abgründigste Figur der jüngeren US-Geschichte. Dass hier mit Sympathie über ihn verhandelt wird, macht die Lektüre zum Gewinn.

Roger Köppel

Conrad Black: Richard M. Nixon – A Life in Full. Public Affairs, 1152 S. Fr. 49.90. (Nur auf Englisch erhältlich)



Wucht der Wirrnisse

Ein siebzehnjähriger Junge verlässt 1937 seine beschauliche Heimat und kommt nach Wien. Plötzlich spielt alles verrückt: die Gefühlswelt des Jungen – er verliebt sich in eine böhmische Variété tänzerin – und die Zeitgeschichte – Österreich schliesst sich Deutschland an. Mit beidem ist der junge Trafikantenlehrling völlig überfordert. Der österreichische Autor Robert Seethaler erzählt die Geschichte dieses unbescholtenen Jungen, der die ganze Wucht der seelischen und politischen Wirrnisse zu spüren kriegt, angenehm unaufgeregt und schnörkellos. Ein berührendes Buch, das nicht zuletzt dank der wachsenden Freundschaft des Jungen zu einem jüdischen Professor namens Sigmund Freud bei aller Tragik auch wundersame Züge enthält.

Rico Bandle

Robert Seethaler: Der Trafikant. Kein & Aber. 256 S., Fr. 23.90



Appetitliche Materialschlacht

Der wohl beste Koch mit Schweizer Pass heisst Daniel Humm, ist Aargauer und hätte fast seine Lehre abgebrochen. Die märchenhafte Geschichte endet in New York, wo Humm mit seinem Geschäftspartner Will Guidara und unter Mithilfe grosszügiger Investoren das «Eleven Madison Park» an die Spitze der besten Restaurants der Welt führt. Das «Kochbuch» von Humm und Guidara ist mit detaillierten (hochkomplexen) Rezepten und herausragenden Fotos bestückt, zeigt aber auch, wie die Materialschlacht im «Eleven Madison Park» organisiert wird, und gibt eine Antwort auf die dringende Frage: «Wie hat er das bloss geschafft?»

David Schnapp

Daniel Humm, Will Guidara: Eleven Madison Park. Das Kochbuch. Matthes. 383 S., Fr. 99.–



50 Millionen

Ein Freund sagte, er habe da ein Buch gelesen: «Super!» Tags darauf lag es im Briefkasten. Seither sind mein Mann und ich am Lesen. Wer abends zuerst beim Lesesessel ist, gibt das Buch nicht mehr aus den Händen. Es geht um Allan Karlsson, der hundert Jahre alt wird. Er sitzt im Altersheim fest und hat keine Lust, sich feiern zu lassen. So steigt er aus dem Fenster und schlurft davon zum Busbahnhof. Dort soll er auf einen Rollkoffer aufpassen, doch als der Bus einfährt, nimmt er ihn kurzerhand mit. Darin befinden sich 50 Millionen an Dro-

gengeldern, und bald ist die Polizei und die schwedische Mafia hinter ihm her. Es beginnt eine Abenteuerfahrt, die so irrwitzig ist wie Karlssons Leben. Ungewollt war er in alle grossen Ereignisse seiner Zeit verwickelt. Ein wahrer Schelmenroman!

Daniela Niederberger

Jonas Jonasson: Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand. Carl's Books. 426 S., Fr. 21.90



Erotische Kulinarik

«Also, das war's.» So heisst es in der Mitte dieser literarischen Fuge, als der weltberühmte Pianist Marek Olsberg sein Konzert in der Berliner Philharmonie jäh beendet und abgeht durch die Hintertür. Die nämlich ist das Hauptportal für Alain Claude Sulzers elegante Denunziation der feinen Gesellschaft und ihrer Geschmacksdistinktionen: Chopin, Lalique und Proust als Halbgötter eines erotischen Sublimationskörpers, den man Kultur nennt oder Edelkitsch. Zwölf Lebensläufe treffen und verpassen sich an dem Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt. Sinnlicher Schein, glänzende Oberfläche und der Autor als ästhetischer Grenzgänger: Die Bemerkung über einen blinden Klavierstimmer als Coda am Ende stellt die Geschichte nochmals auf den Kopf und bringt sie so ins Lot – Augentrug sei alles präziöse Funkeln, Wahrheit vernimmt allein das Ohr.

Daniele Muscionico

Alain Claude Sulzer: Aus den Fugen. Galiani. 231 S., Fr. 27.90



Die Mitläufer

Romane über das Leben im Zweiten Weltkrieg ergreifen in der Regel Partei: gegen die Täter, für die Opfer. Eine andere Perspektive wählt der israelische Schriftsteller Nir Baram in seinem neuen Buch «Gute Leute». Er schildert, wie sich normale Bürger in der Ausnahmesituation Diktatur verhalten. Seine beiden Hauptfiguren – der Deutsche Thomas Heiselberg und die Russin Alexandra «Sascha» Weissberg – entscheiden sich, aus unterschiedlichen Motiven, das Unrechtsregime in ihrem jeweiligen Land zu unterstützen, um Karriere zu machen oder um zu überleben. Dass sie Mitläufer werden, verurteilt Baram nicht. Weil Baram das Urteil darüber, ob dieses Verhalten in Ausnahmesituationen verwerflich oder vertretbar ist, bis zum Schluss dem Leser überlässt, bleibt der Roman bis zur letzten Seite spannend.

Pierre Heumann

Nir Baram: Gute Leute. Roman. Hanser. 456 S., Fr. 39.–

Top 10

Knorr's Liste

1	Argo	★★★★★
	Regie: Ben Affleck	
2	Amour	★★★★★
	Regie: Michael Haneke	
3	The Angels' Share	★★★★☆
	Regie: Ken Loach	
4	Wreck-It Ralph	★★★★☆
	Regie: Rich Moore	
5	Cloud Atlas	★★★★☆
	Regie: Wachowskis/Tykwer	
6	Killing Them Softly	★★★★☆
	Regie: Andrew Dominik	
7	Skyfall	★★★★☆
	Regie: Sam Mendes	
8	Dans la maison	★★★★☆
	Regie: François Ozon	
9	More than Honey	★★★★☆
	Regie: Markus Imhoof	
10	Seven Psychopaths	★★☆☆☆
	Regie: Martin McDonagh	

Kinozuschauer

1 (2)	Skyfall	27 547
	Regie: Sam Mendes	
2 (1)	Twilight Saga: Breaking Dawn 2	21 876
	Regie: Bill Condon	
3 (3)	Cloud Atlas	13 301
	Regie: Wachowskis/Tykwer	
4 (-)	Anna Karenina	9618
	Regie: Joe Wright	
5 (4)	Rise of the Guardians (3-D)	5566
	Regie: Peter Ramsey	
6 (-)	Wreck-it Ralph	5429
	Regie: Rich Moore	
7 (5)	More than Honey	5323
	Regie: Markus Imhoof	
8 (7)	Here Comes the Boom	4696
	Regie: Frank Coraci	
9 (-)	Seven Psychopaths	3870
	Regie: Martin McDonagh	
10 (6)	The Angels' Share	3625
	Regie: Ken Loach	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	The Dark Knight Rises (Warner)
2 (2)	Ice Age 4 (Fox)
3 (1)	Merida – Legende der Highlands (Disney)
4 (-)	Safe (Impuls)
5 (3)	Prometheus (Fox)
6 (-)	The Dark Knight Trilogy (Warner)
7 (5)	Intouchables (TBA)
8 (4)	The Amazing Spider-Man (Sony)
9 (6)	Der Lorax (Universal)
10 (7)	Breaking Dawn 1 (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Wasserfall-Zypressen-Granatapfel-und-Edelstein-Paradies: Bilbo Baggins (Martin Freeman).

Kino

Zwerge, Orks und Trolle

Peter Jacksons neues Tolkien-Fantasy-Opus, der erste Teil der «Hobbit»-Trilogie, ist Hightech pur.

Von Wolfram Knorr

Es ist zu vermuten, dass J. R. R. Tolkien, Schöpfer des Mittelerde-Universums, bevölkert von Hobbits, Zwergen, Elfen, Zaubern, Orks und Trollen, gebettet in arkadische Sehnsuchtsglut-Idyllen wie karstig-rohe Unterweltkatakomben, über Peter Jacksons akribische Verfilmungen beglückt wäre; schliesslich hat Tolkien seine Märchenwelt schon bis in die winzigsten Details kartografiert und eigene Sprachen für seine Skurrilkultur entwickelt. Jacksons Entsprechung ist die penible visuelle Umsetzung in perfekte Lebendigkeit. Dafür zieht er alle Register modernster technischer Standards.

Nach seinem erfolgreichen Dreiteiler «Lord of the Rings» nahm er sich also die Hobbits vor, die Vorgeschichte – und wieder als Dreiteiler. Drunter macht er es offenbar nicht. Teil eins wird nun – goldrichtig zur Festtagszeit – die Tolkien-Gemeinde verzaubern. Unklar bleibt, ob Jackson «nur» sie bedienen wollte oder in ihr die ideale Vorlage für den Einsatz neuester Techniken erkannte. Kein Negativfilm wurde mehr belichtet, sondern die Bildinformationen wurden direkt digitalisiert. Nicht nur 24 Einzelbilder pro Sekunde wurden erfasst, sondern 48; und mit der 3-D-Technik weitere Raumtiefen erprobt. Ein Film als blosses Technikexperiment? Natürlich nicht, es sollte mehr sein – aber da scheiden sich die Geister.

Denn bei aller wundersamen Hightech, die erzählerische Schlichtheit kann sie nicht kompensieren. Auch wenn die Reise das Rückgrat jeder Abenteuergeschichte ist und mit dem Ausbruch aus dem gesicherten Heim beginnt, ähnelt die Abfolge der Bewährungsproben in der Fremde bewährten Angriffen von Schleim-Horror-Kreationen. Eine Gnomentruppe, halb Grimms Zwerge, halb Asterixianer und Hägar-Wikinger, macht sich mit Hobbit Bilbo (Martin Freeman) und Zauberer Gandalf (Ian McKellen) auf den Weg,



Goldrichtig: Galadriel (Cate Blanchett).

um einen Schatz zurückzuholen, den die Drachen um Smaug an sich gerissen haben. Die Rumpelstilz-Truppe muss gegen die grässlichen Orks und Trolle kämpfen und findet – als Verschnaufpause – ein wenig Ruhe bei den Elfen in

ihrem floralen Wasserfall-Zypressen-Granatapfel- und Edelstein-Paradies. Das hat die betörende Magie von Schneekugeln mit Flimmer-Fliesswasser und Plastikfiguren, gesalbt mit Treibhausreligiosität. Neben grandiosen Landschaftsbildern wartet «The Hobbit: An Unexpected Journey» gegen Schluss mit wilder Action, Cliffhangern und Ironie auf. Jenseits aller technischen Novitäten bleibt «Hobbit» ein Fall für Tolkien-Aficionados. ★★★★★

Weitere Premieren

Die Vermessung der Welt — Nur zweimal begegnen sie sich in ihrer gegensätzlichen Lebensführung. In ihrer Jugend am Hof des Hannoveraner Herzogs und Jahre später als miesepetrig-alte Herren in einem Berliner Gefängnis: der hochwohlgeborene Alexander von Humboldt und der niedere Arme-Leute-Spross Carl Friedrich Gauss. Der eine ist Naturforscher, der in die Welt hinauszieht, um sie zu vermessen; der andere ein genialer Mathematiker, der zu Hause bleibt, um sie zu berechnen. Sie verbindet nichts, ausser die unbändige Lust, zu enträtseln, was die Welt im Innersten zusammenhält.

2005 machte Daniel Kehlmann mit dem brillanten Roman «Die Vermessung der Welt» Furore, in dem er den Mathematiker Gauss dem Naturforscher von Humboldt so raffiniert gegenüberstellt, dass daraus ein teilweise irrsinniges Porträt lebensferner Gelehrter wurde. Es geht nicht um Biografien, sondern um Szenen und Situationen der Genies bei ihrer Arbeit. Der Roman wurde ein Bestseller und in über vierzig Sprachen übersetzt. Klar, dass der deutsche Film, alles andere als von süffigen Vorlagen verwöhnt, nach dem Bestseller greifen musste, zumal Kehlmanns Roman eben süffig zu lesen ist. Die Story aber ist es eben nicht. Dass selbst Autor Kehlmann, der das Drehbuch schrieb, den Unterschied offenbar nicht wahrnahm, irritiert – gelinde gesagt – besonders.

So ist in der Verfilmung durch Detlev Buck (den sich Kehlmann wünschte) jene Szene, in

der sich die Forscher im Berliner Gefängnis als alte Männer begegnen, geradezu symptomatisch: Da hocken zwei Alte und quatschen ranzig über das öde Leben. Auf den Film bezogen, ist das (leider) korrekt. Humboldt (Albrecht Abraham Schuch), mit seinem Assistenten rumdozierend am Amazonas, rumprübelnd an irgendwelchen Messgeräten, mit dem Federkiel schreibend, bei Sklavenhändlern Peinliches von sich gebend, im Schneesturm auf dem Chimborazo wieder irgendwas labernd – aber nie erfährt man, warum es wohin geht. Dieweil in Braunschweig es Gauss (Florian David Fitz) mit Zahlen und Frauen treibt und sich die Zähne ziehen lässt.

Was die beiden verbinden soll, bleibt ein Rätsel. Buck fehlt darüber hinaus jedes Gefühl für Timing; mal bleibt er endlos an nackten Sklavinnen, mal nuckelt eine Nutte am Schoss von Gauss, mal krabbeln Spinnen und Schmetterlinge über Manuskripte, mal krakelt Gauss undefinierbare Symbole auf eine Schiefertafel –



Matsch im Dschungel: «Vermessung der Welt».

und das alles auch noch in 3-D! Das Elend, der Matsch im Dschungel, das aufgeputzte Rokoko in der Residenz sind so putzig wie in einer Puppenstube. Daniel Kehlmann spielt nicht nur in einer kleinen Rolle mit, sondern spricht auch noch den Off-Kommentar. Ohne den wäre die Handlung des Films, einer seltsamen Mischung aus Jahrmarkt und Bildungsfernsehen, nicht mehr nachvollziehbar. ★★★★★

Fragen Sie Knorr



Teilen Sie die Einschätzung, dass es sich mit dem neuen Bond-Film ähnlich verhält wie mit der Weihnachtsbeleuchtung an der Zürcher Bahnhofstrasse: Alle sind froh, dass die neueste Version nicht mehr ganz so schlecht ist wie der Vorgänger, und darum redet man sich das Ergebnis schön? L. M., Brig

Die Kommunen müssen sparen, und zu Weihnachten, dem Lichterfest schlechthin, empfindet das die Bevölkerung (überall) wie

kollektives Burnout. Das Blendwerk-Medium par excellence reagiert darauf, gibt zwar das Geld für Leuchtkörper wie James Bond mit vollen Händen aus, aber um es wieder reinzubekommen, müssen die Film-Feuerwerker auf die Stimmungs- und Gefühlslage der Bevölkerung eingehen. Deshalb dimmt man Bonds Strahlkraft, und schon glaubt der (Zürcher) Zuschauer, Bond geht's so mies wie ihm unter der Bahnhofstrassen-Weihnachtsbeleuchtung.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Wunderschön peinlich

Von Alex Baur

Es gibt Sendungen, zu denen scheinbar alle eine dezidierte Meinung haben, vor allem jene, die betonen, diese gar nie gesehen zu haben. Wer mag schon gestehen, dass er gerne Kriegsfilm, Schnulzen-Shows oder Pornos guckt. Doch die Zahlen lügen nicht: Die Einschaltquoten stehen in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zur herablassenden Kritik. Sex, Action oder seichte Unterhaltung verkaufen sich nun mal besser als Bildungsfernsehen. Die Reality-Soap «Bachelor» auf 3+, welche diese Woche zu Ende ging, liefert ein schönes Beispiel dafür.

Der Privatsender 3+ braucht sich nicht um die Volkserziehung zu kümmern. Ihn interessieren die Quoten, und diese waren hervorragend. Der Mini-Sender hatte mit «Bachelor» (deutsch: Junggeselle) zeitweise mehr Zuschauer als der Gigant SF. Das Konzept ist genial simpel: 21 hübsche Prinzessinnen buhlen um die Gunst eines Prinzen, verkörpert vom Nationalratssohn Lorenzo Leutenegger (28) – und nur eine kann gewinnen. Erlaubt ist dabei so ziemlich alles, was das andere Geschlecht heissmacht.

Prinz Lorenzo ist gelernter Forstwart, doch das ist eigentlich egal. Was zählt, sind für einmal die äusseren Werte (blaue Augen, gestählter Body, gestyltes Outfit) und die Verführungskünste der Damen, die mit ihren Ausschnitten nicht geizen und dem Gockel auch mal an die Wäsche gehen. Zickenkriege gehören ebenso zum Programm wie das kitschige Dekor, die Kutschen und Colliers, mit denen die Damen hemmungslos geködert werden.

Aus feministischer Warte muss «Bachelor» ein veritabler Albtraum sein. Doch die Entrüstung («Längst überwunden geglaubtes Frauenbild!», «Penibel», «Zum Rosen kotzen») der Kritiker hielt sich in Grenzen. Die meisten Regionalblätter zollten dem Publikumsinteresse Respekt, indem sie die jeweilige lokale Kandidatin porträtierten, ohne dabei Stellung beziehen zu müssen. Offenbar ist die Schweiz mittlerweile reif für «Bachelor».

So ganz unter uns: Ich fand die Sendung eigentlich auch ganz lustig – obwohl ich sie natürlich, wie alle andern auch, nie geschaut habe.

Sieg des Blumenmädchens

Entscheidung im Nachgang der Sprüngli-Traumhochzeit, Adventscocktail im «Meylenstein». Von Hildegard Schwaninger



Es geht «ums Prinzip»: Ehepaar Prenosil-Roder.

Es war die Hochzeit des Jahres, als Tomas Prenosil, der Mitbesitzer der Confiserie Sprüngli, Alexandra Roder heiratete, die bildhübsche Journalistin und Tochter des Immobilien-Krösus Max Roder. Drei-Tage-Fest in St. Moritz mit allem Drum und Dran, Tout-Zurich war da, und der Stammhalter ist mittlerweile auch geboren: Leon Richard Prenosil. Der Mittelname ist eine Hommage an Richard Sprüngli, den Senior-Patron, dessen Ehe mit der tschechischen Schauspielerin Katja Sprüngli kinderlos blieb und der alles deren Neffen Milan und Tomas Prenosil übertrug, die das Unternehmen zu seiner vollen Zufriedenheit führen.

Nun gab es nach dieser schönen Hochzeit im September 2011 ein juristisches Nachspiel, das sich um nichts Geringeres als den Blumenschmuck drehte (die *Weltwoche* berichtete). Die Floristin Susanne Wismer, von der sich die halbe Goldküste blumentechnisch beraten und beliefern lässt, war auch bei Prenosil-Schwiegermutter Hanni Roder Haus- und Hoflieferantin. Die Schwiegermutter liess sich für die Hochzeit in St. Moritz bei Susanne Wismer einen Kostenvoranschlag für den Blumenschmuck aufstellen. Er belief sich auf zirka 30 000 Franken, das war den Roders zu teuer, und sie bestellten die Blumen anderswo. Für ihren Aufwand (an einem Sonntag ins Engadin fahren, im Auto eine Prenosil-Hochzeitsplanerin mitnehmen, Besprechung et cetera) schick-

te Wismer eine Rechnung über 2000 Franken. Die Roders zahlten nicht, und Susanne Wismer ging vor Gericht, unterstützt von ihrem Lebenspartner, dem plastischen Chirurgen Dr. Cédric George, der ihr den Rücken stärkte. Als Blumenfrau hätte sie sich wahrscheinlich einen Prozess gar nicht leisten wollen, doch Cédric George fand, es gehe «ums Prinzip», man könne «die Leute nicht mit allem davonkommen lassen». Im Sommer sah man sich vor Gericht. Hanni Roder hat als Grossmutter des Sprüngli-Stammhalters an Selbstbewusstsein einen Zacken zugelegt und trat vor Gericht entsprechend siegessicher auf, doch die Roders sind unterlegen. Mussten Gerichtskosten, Anwaltskosten und die Rechnung zahlen. Vierhalb Monate später, bei Max Zubers Vorweihnachts-Abendessen im «Kaufleuten», sassen die Roders und Cédric George Tisch an Tisch. Sie würdigten einander keines Blickes.

Eines der interessanteren Themen des Small-talk dreht sich um Mann und Frau und warum sie – jedenfalls ab 35 – sich so schwer finden. Feldforschung konnte man beim Adventscocktail im «Meylenstein» betreiben. Dort gab sich Beat Meyerstein wie immer als jovialer, generöser Gastgeber, umringt von seinen drei Ladys, Ex-Frau Ellen und den beiden Töchtern Janine und Marlene Meyerstein (seine Freundin Madeleine blieb dem Anlass fern). Es

herrschte Männerüberschuss. Unten ist die Autowaschanlage, die «Meylenstein»-Damen sind sexy und attraktiv, für testosterongesteuerte Rennautofahrer also das Paradies! Die Männer, so viel zum Eingangsthema, blieben unter sich, die Frauen auch. Und redeten über die Männer. Fazit: Die meisten Männer seien «langweilig». Interessante Frauen seien ihnen «zu anstrengend». Umzingelt von Frauen war Dr. Joe Hättenschwiler, der als Psychiater (Spezialität: Depressionen, Burnout, Schlafstörun-



Beat Meyerstein, Töchter Janine (l.), Marlene.

gen) Seelentröster erster Klasse ist. Doch in Sachen Mann-Frau war selbst für ihn guter Rat teuer. Etwas Trost im Alkohol zu finden, war da okay, doch damit der Adventscocktail nicht in ein vorweihnachtliches Saufgelage ausartete, wurde die Bar Schlag neun geschlossen.

Auf ein Talent ihrer Jugend besann sich Modeunternehmerin Beatrice Dreher nach dem Tod ihres Mannes Hugo Dreher. Als Zwölfjährige hatte sie einen Gesangswettbewerb gewonnen, und sie hätte dafür ein Stipendium für ein Studium in Paris bekommen. Ihr Vater meinte damals, sie solle lieber «etwas Gescheitertes lernen, das Singen sei ein Hungerberuf». Jetzt entdeckt sie wieder ihre Freude an der Musik und bricht auf zu neuen Ufern. Nimmt Klavierunterricht. Erster Akt der neuen Lebensphase: Sie kaufte sich einen Steinway.



Nimmt Klavierunterricht: Beatrice Dreher.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Meine Empfehlung

Unser Kolumnist geht aus in London. Und findet heraus, wie Zürichs gesellschaftliches Leben spannender würde.
Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in London; schon wieder, nicht immer noch, man hat zu tun zwischendurch. (Offiziellen Anlass oder so gab es keinen für mich, ich fuhr hin, um *social* zu sein.) Ich wohnte im «Park Plaza Riverbank» nahe der Westminster-Brücke, das war in Ordnung, ich empfehle es, obwohl ich im Grunde nicht warm werde mit südlich der Themse gelegenen Hotels. Was ich lernte respektive einmal mehr herausfand: Corporate Rates, Freundschaftspreise et cetera sind in der Mehrheit aller Fälle teurer als die preiswertesten Angebote, die man im World Wide Web (etwa www.hrs.de und andere Portale) findet – was eigentlich in Ordnung ist, weil auf Kosten einer Firma übernachtende Gäste mehr zahlen sollten sowie Freunde sowieso, nicht wahr? Immerhin gab es für den Preis von 169 Pfund (255 Franken) ein Upgrade (grösseres Zimmer mit Blick auf den Fluss), und Frühstück plus Wi-Fi-Verbindung waren ebenfalls inbegriffen.

Ein altes Restaurant, das ich vergessen habe, doch nachdem ich wieder einmal dort gewesen bin, empfehle ich es wegen des Aussehens («einer der aufsehenerregendsten Räume der Hauptstadt», *The Observer*): «Criterion», am Piccadilly Circus, Meter entfernt von der Eros-Statue nur, auch nachmittags geöffnet (und geeignet, um Leute zu treffen in Ruhe). Und dann ein neues Lokal: «Colbert», am Sloane Square, betrieben von den Unternehmern, die auch «The Wolseley» führen. Ich empfehle, hinzugehen wegen des Essens (gebackenen Schellfisch nehmen) sowie wegen der anderen

Gäste (das Auge isst mit sozusagen). Was ich ausserdem gut finde im «Colbert» und in anderen Restaurants in London, Paris und so weiter, in Zürich aber vermisste: Es gibt eine Bar, an der man sitzen oder stehen kann, wenn man auf den Tisch, den man nicht hat reservieren lassen, warten muss, beziehungsweise einfach so sitzen kann – wenn man etwas trinken möchte, alleine oder mit Begleitung, doch nicht in eine Bar gehen will (weil es keine solche, streng genommen, gibt in Zürich, für die man aus dem Haus gehen möchte).

Was in London anstrengender ist als in Zürich: Mitglied zu sein respektive zu werden in einem Club, da man dort, wo man dabei sein möchte, auf eine Einladung warten muss (in Zürich ist das nicht nötig, man bekommt einen Tisch in einem guten Restaurant oder Nachtclub auch so). Der «Arts Club» in Mayfair gefällt mir (gegründet 1863, vergangenes Jahr neu eröffnet; zwei Restaurants, drei Bars, eine Lounge, ein Club mit Bühne). Das Mitglied, das mich mitnahm, erzählte, vor kurzem habe es hier Prinz Harry of Wales gesehen, David Beckham ein anderes Mal sowie Michael Ballack (als MvH dabei war, war kein halbfetter Name zu sehen). Die anderen Gäste sowie die ausgestellten Kunstwerke sahen zum Teil auch interessant aus, fand ich.

Retour in Zürich, hatte ich eine Einladung zum *cocktail dînatoire* im Hotel «St. Gotthard» von Ljuba Manz-Lurje und Raquel Marquard (trotz Berichterstattung darüber vergangenes Jahr). Ich fand die Veranstaltung und die Gästeliste gut (wieder) und schreibe nur etwas zum Entwurf, was diesen und vergleichbare Anlässe angeht: Die Eingeladenen kommen in Zürich, in meinen Augen, oft aus einer zu eng gefassten Gruppe. Das führt, vor allem in den *It*-Monaten November und Dezember, dazu, dass sich die gleichen Leute alle paar Abende sehen und, logisch, noch weniger Neues zu erzählen haben (Ihr Kolumnist eingeschlossen). MvH, der in den vergangenen sechs Jahren etwa 300 Cocktails et cetera *chez nous* besucht hat, rät zu Crossover-Gästelisten. Was er sagen will: auch Leute, zum Beispiel, aus der Welt der Kunst einladen sowie aus den sogenannten kreativen Branchen (wenn wir es davon haben, Friedrich Christian «Mick» Flick, ein Kunstsammler, sowie Charles Aellen, mein Coiffeur, waren anwesend).

Zwei gute Nachrichten zum Schluss: Ich fuhr anschliessend nach Ibiza, wo das Wetter am Wochenende war wie im Altweibersommer in der Schweiz. Und in St. Moritz, wo in wenigen Tagen die Saison beginnt, bekommt man dieses Jahr den Skipass für 25 Franken (statt bisher ungefähr 70), falls man zwei oder mehr Nächte in einem Hotel wohnt. Mit anderen Worten: Vergangenes Jahr liefen die Geschäfte schlecht. Nicht bloss Ihrem Kolumnisten, sondern auch anderen Gästen ist der Ort zu teuer geworden, für das, was man bekommt.

Gesellschaft

Silicon Beach

Von Beatrice Schlag —
Die Rache der Nerds an den Muskelmännern.

Der Aufschrei der Muskelgarde war nicht nur in Los Angeles zu vernehmen, als Google vor einigen Monaten bekanntgab, es habe die Liegenschaft von Gold's Gym erworben. Ableger des Fitnessclubs gibt es im ganzen Land, aber Google hatte nicht irgendeines, sondern das einzige Gold's Gym erworben, das es zu Weltruhm brachte: Hier in Venice, fünf Gehminuten vom palmengesäumten Sandstrand, hatte Arnold Schwarzenegger seine Bodybuilder-Karriere begonnen, und nicht nur er. An den Wänden hängen Dutzende von Porträts eingöhlter Muskelpakete, die hier trainierten und zu Titeln kamen. Die Bilder sind nicht das einzig Nostalgische an dem berühmten Fitnesscenter. Auch die Männer und Frauen, die vor den Spiegeln mit Hanteln schwitzend ihre Körper foltern, haben etwas rührend Altmodisches. Nicht schmale, durchtrainierte Figuren sind hier das Ziel, sondern Muskelberge, die das T-Shirt sprengen. Der Spannteppich für die Bodenübungen ist fleckig und stinkt ziemlich nach Schweiß. Das gehört mit zum Kult.

Venice war immer stolz auf seine gepflegte Schabigkeit. Im Gegensatz zu den beiden nördlicheren Strandgemeinden Santa Monica und Malibu, wo die Mieten für Durchschnittsverdiener schon längst unbezahlbar sind, hat das ehemalige Hippie-Paradies Venice seine Aussenseiterrolle auch dann noch gefeiert, als die Preise der Liegenschaften zu klettern begannen. Tattoo-Studios, Obdachlose, Strassenverkäufer, Skater und Musikanten sind noch immer willkommen, das mögen die Touristen. «Dieser Ort ist verrückt», sagte Arnold Schwarzenegger vor kurzem, «du musst hier nie einen Joint rauchen. Es reicht, wenn du morgens mit dem Fahrrad unterwegs bist und inhalierst.» Dass Wohnraum bis vor wenigen Jahren erschwinglich blieb, lag vor allem an den Drogengangs und den vielen nächtlichen Schiessereien. Seit Google hier vor einem Jahr einen grossen Firmenableger gründete, heisst Venice auch Silicon Beach und wird täglich teurer. Das sei, sagen sie in Gold's Gym, die Rache der Nerds an den Muskelmännern, die ihnen immer die Frauen ausspannten.



Perlen, Gold und Jadeschimmer

Von Jürg Zbinden

1 — Jahrhundertlang galten sie als der wertvollste Schmuck von Königen und Kaisern. Eine neue Blüte erlebte die Perle mit dem Aufkommen ihrer schönen Halbschwestern, der Zuchtperlen. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts waren vor allem japanische Akoya-Perlen ein unentbehrliches Accessoire. Neuzüchtungen mit spektakulären Farben, zum Beispiel die legendären «schwarzen» Perlen aus Tahiti oder goldfarbene und schneeweiße Perlen aus der Südsee, läuteten eine neue Ära ein. Dank exklusiven Beziehungen können die Spezialisten von Türler immer wieder aussergewöhnliche und seltene Perlen erwerben und zu kostbaren Schmuckstücken verarbeiten, hier zu Ringen: in Platin 950, mit Tahiti-Kulturperle (links), Fr. 18 600.–; und in Roségold 750, mit Südsee-Kulturperle, Fr. 13 500.–. Türler Uhren und Schmuck, Bahnhofstr. 28, am Paradeplatz, und im Flughafen Zürich.

2 — Das Papier, den Buchdruck, das Schwarzpulver und den Kompass haben die Chinesen erfunden, und auch die Jade wird in China seit mindestens 8000 Jahren verarbeitet. Der Jadestein ist bis heute ein Symbol in Religion, Philosophie und Literatur, und man spricht ihm noch immer eine heilende magische Kraft zu. Einer Favoritin des Jadekaisers würdig wäre diese Brosche in Weissgold mit Jadeblume und einem Altschliffdiamanten von 3,17 Karat sowie Brillanten vsi. Preis auf Anfrage. Von Beatrice Rossi, Storchengasse 10, in Zürich.

3 — *Carnet de bal*: die Tanzkarte der Damen des 18. Jahrhunderts, auf der sie die Namen ihrer Tanzpartner festhielten, kombiniert mit dem Schminketui der Partygirls. Diese Pochette enthält ein Duo aus platin- und goldfarbenem, perlmuttschimmerndem Lidschatten, so glänzend wie Seide und so kostbar gearbeitet wie ein Abendkleid. Zwei Gloss-Nuancen runden dieses prunkvolle Accessoire ab, das von einem intensiv schwarzen Eyelinerstift verschlossen wird. Das Starprodukt des Christmas-Look 2012 der Maison Dior kostet um Fr. 120.–. Im ausgewählten Fachhandel.

4 — Den Schimmer von Südseeperlen und Jade vereint das Weissgoldarmband mit sieben Strängen. Ein einmaliges Geschenk – vielleicht zum siebten Hochzeitstag? Preis auf Anfrage. Von Beatrice Rossi, Storchengasse 10, in Zürich.

1



2



3



4





«Circus der Sinne»

Mother Africa: UMLINGO

Die neue Mother-Africa-Show fasziniert mit grossartiger Artistik, farbenfrohen Bildern und zaubert magische Momente auf die Bühne. Profitieren Sie von 30 Prozent Rabatt.

«UMLINGO» lautet der Name der neuen Mother-Africa-Show, mit der der «Circus der Sinne» im Januar in Zürich gastiert. Die spirituelle Energie Afrikas aufgreifend, präsentiert Mother Africa in seiner sechsten Produktion eine komplett neue Show über die positive Kraft von Musik, den Zauber der Schönheit und die wunderbare Macht des Lachens.

«UMLINGO», was übersetzt so viel wie «Magie» oder «Wunder» bedeutet, erzählt die Geschichte eines afrikanischen Dorfes, dessen Bewohner mit Hilfe übernatürlicher Kräfte und Fähigkeiten in der Lage sind, den kleinen und grossen Widrigkeiten des Lebens zu trotzen und die Herzen der Menschen mit Lebensfreude und Glück zu füllen. «UMLINGO» ist eine temporeiche, farbenfrohe und fantasievolle Show voller Gefühl und magischer Momente, die das Publikum mit grossartiger Artistik, mitreissender Musik, traditionellen afrikanischen und modernen Zirkus- und Show-Elementen verzaubern wird.

Bei «UMLINGO» kombiniert Mother Africa spektakuläre Acts, afrikanische Rhythmen, Tänze und Kostüme erstmals mit klassischen



Theater-Elementen, die die einzelnen Nummern noch mehr als bisher in einen Handlungsstrang einflechten und zu einer Geschichte werden lassen, die das Publikum stärker in ihren Bann zieht. Dabei besticht auch «UMLINGO» wieder durch eine zauberhafte Vielfalt, die unglaublichen Fähigkeiten und die Fröhlichkeit seiner mehr als vierzig Akteure, die ausnahmslos vom afrikanischen Kontinent stammen. Verantwortlich für die Auswahl dieser Künstler ist Mother-Africa-Mastermind Winston Ruddle, der früher selbst Strassen- und Zirkuskünstler war. Heute bereist er den gesamten afrikanischen Kontinent auf der Suche nach neuen, vielversprechenden Talenten.

Weltwoche-Spezialangebot

Mother Africa: «UMLINGO»
26. 1. 2012, Zürich Kongresshaus

Profitieren Sie von 30 % Rabatt auf Tickets aller Kategorien.
Ausgeschlossen: «act-VIP-Package»

- 1. Kat. Fr. 84.– statt Fr. 120.–
- 2. Kat. Fr. 63.– statt Fr. 90.–
- 3. Kat. Fr. 49.– statt Fr. 70.–
- 4. Kat. Fr. 35.– statt Fr. 50.–

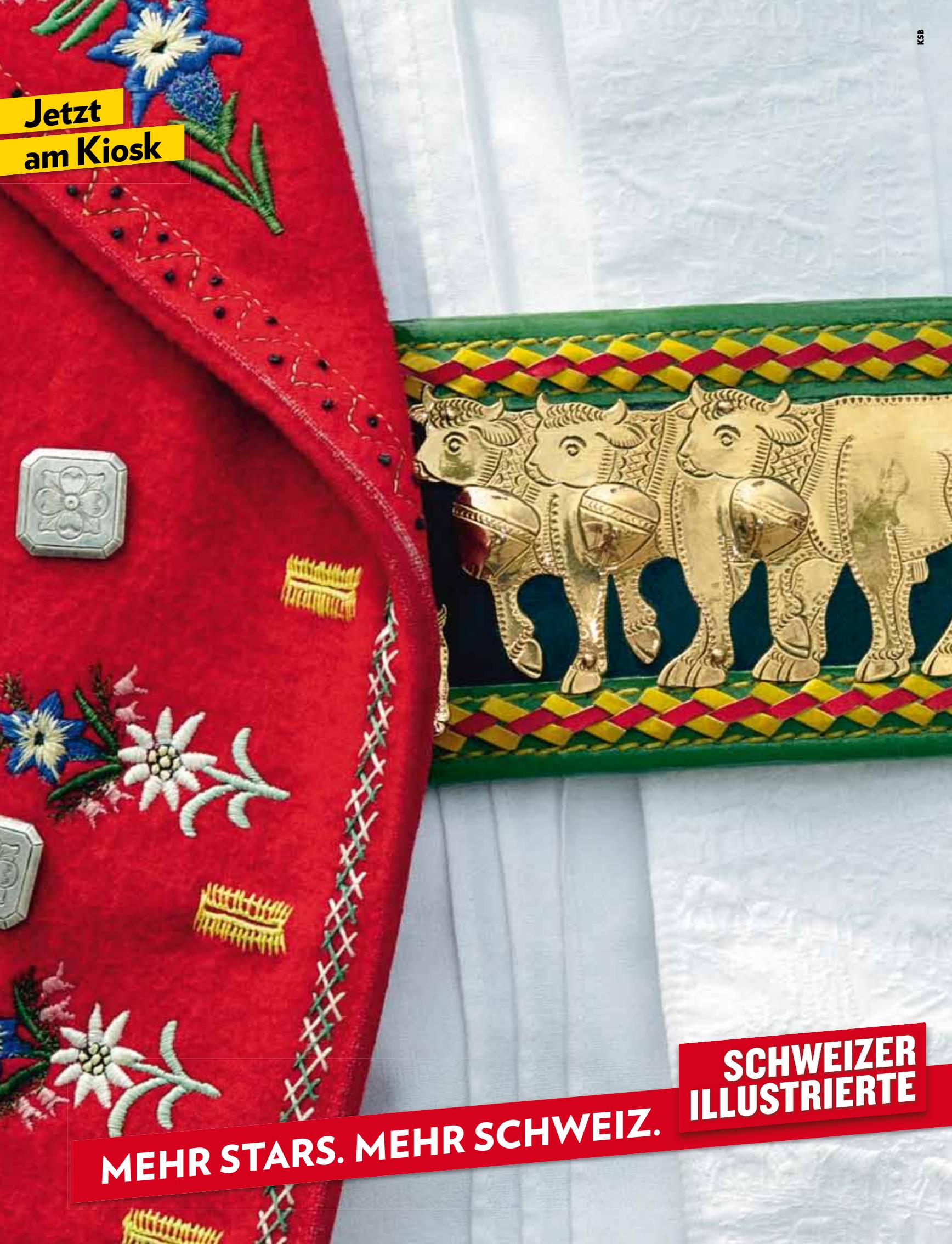
Bestellung:

Senden Sie Ihre Bestellung per E-Mail an ticket@actentertainment.ch, oder bestellen Sie telefonisch über die Nummer 061 226 90 03.

Weitere Tickets über

www.actnews.ch und an allen Vorverkaufsstellen von Ticketcorner. Ticketcorner-Hotline 0900 800 800 (Fr. 1.19/Min., Festnetztarif)

**Jetzt
am Kiosk**



MEHR STARS. MEHR SCHWEIZ. **SCHWEIZER
ILLUSTRIERTE**

Pfau trifft Kakadu

Von *Andreas Thiel* — Seit Andreas Thiel als Salon-Punk durch die Städte zieht, ist die Welt wieder etwas bunter geworden.

Thiel: Hallo Alex!

Tschäppät: Ich gebe nichts. Wenn du Geld brauchst, dann melde dich beim Sozialamt.

Thiel: Keine Angst, ich bin der einzige Punk, der Steuern zahlt.

Tschäppät: Wah! Das ist ja der Thiel!

Thiel: Wie gesagt: Hallo Alex.

Tschäppät: Haben wir beim letzten Mal nicht abgemacht, dass wir uns in Zukunft wieder siezen?

Thiel: Du willst einen Punk siezen?

Tschäppät: Und hast du nicht neulich in der *Sonntagszeitung* geschrieben, ich sei derjenige Nationalrat, der am seltensten im Parlament anzutreffen sei, obwohl ich den kürzesten Arbeitsweg von allen hätte?

Thiel: War das etwa übertrieben?

Tschäppät: Ich finde deine Punkfrisur übertrieben.

Thiel: Wieso? Du subventionierst doch selber eine ganze Punkszene in der «Reitschule».

Tschäppät: Die tragen die Haare schon lange nicht mehr so bunt.

Thiel: So ist es. Wenn man die Punkszene verstaatlicht, wird sie grau.

Tschäppät: Wie schläft man denn überhaupt mit einer solchen Frisur?

Thiel: Auf dem Spalt in der Mitte.

Tschäppät: Und wie lange hast du, um die Haare aufzustellen?

Thiel: 45 Minuten. Aber ich trinke dazu Kaffee und lese die Zeitung.

Tschäppät: Wie soll das gehen?

Thiel: Ich bin der einzig Punk, der es sich leisten kann, zum Coiffeur zu gehen.

Tschäppät: Aber muss man denn immer so auffallen?

Thiel: Im Gegensatz zu euch Politikern, die ihr nur mit Worten auffällt, falle ich durch Taten auf.

Tschäppät: Diese Frisur nennst du eine Tat?

Thiel: Ja, und zwar ein Attentat. Es ist ein symbolisches Attentat auf eure obrigkeitliche Regulierungswut.

Tschäppät: Eine Art terroristischer Akt also?

Thiel: Ja. Und ihr könnt euch glücklich schätzen, dass ich als christlicher Terrorist die Gewalt ablehne und es vorziehe, ein Beispiel zu geben.

Tschäppät: Ein Beispiel wofür?

Thiel: Ein Beispiel für Freiheit und Individualismus.

Tschäppät: Aber jetzt treibst du es zu bunt.

Thiel: Du bist wie ein Graureiher, der zu einem Flamingo sagt: «Iss doch nicht so viel von den roten Krebsen, davon färbt sich dein Gefieder ja ganz rosa. Iss lieber graue Krebse wie ich, dann wirst du auch so schön grau.»

Tschäppät: Was meinst du, wenn du sagst, du isst rote Krebse?

Thiel: Ausnahmsweise habe ich das mal nicht politisch gemeint.

Tschäppät: Jedenfalls hat der Graureiher soben die Wahlen um das Berner Stadtpräsidium gewonnen.

Thiel: Vermutlich, weil die einzigen in der Stadt verbliebenen Wähler die grau gewordenen, verstaatlichten Punks von der «Reitschule» sind.

Tschäppät: Auch jüngere Wählerinnen und Wähler haben für mich gestimmt.

Thiel: Und was hast du den Jungen versprochen? Weisse Weihnachten für alle?

Tschäppät: Das wäre in der Tat ein hübscher Wahlslogan.

Thiel: Für alle, die du subventionierst, bist du auf jeden Fall so etwas wie der Weihnachtsmann.

Tschäppät: Das gäbe sogar eine ganz schöne Wahlkampagne. Stell Dir vor, ich stehe da auf dem Plakat in einem roten Mantel,

und der Slogan lautet: «Wählt den Weihnachtsmann!»

Thiel: Ich korrigiere mich. Du bist ja gar kein Graureiher. Du bist viel bunter, als man denkt. Du bist eigentlich ein Pfau.

Tschäppät: Mit deiner Punkfrisur erinnerst du doch eher an einen Pfau als ich.

Thiel: Alex, du hast in Biologie wieder mal nicht aufgepasst. Wenn schon, erinnere ich mit diesem Kopfschmuck an einen Kakadu. Aber dem Pfau wachsen die Schmuckfedern nicht aus dem Kopf, sondern woanders, womit wir wieder bei dir wären.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist. Zurzeit tritt er mit seinem Bühnenprogramm «Politsatire 4» auf.

Spezialität Fendant

Von *Peter Rüedi*



Für Predigten bin ich ein schlechter Adressat, und am wenigsten ertrage ich meine eigenen. Zum Beispiel meine repetitiven Lobpreisungen des Chasselas, walliserisch gesprochen: des Fendant. Allein, ich kann nicht anders. Ich bewundere die Vielfalt alter Rebsorten im Wallis und die Renaissance der Spezialitäten von Heida bis Himbertscha, nicht zu reden vom fabelhaften Roten Cornalin und den Finessen des Petite Arvine. Aber es will mir nicht in den Kopf, weshalb dieser önologische *radical chic* auf Kosten des Chasselas inszeniert sein muss.

Es stimmt, es wurde in der Vergangenheit schwer gesündigt, im von Importen abgeschotteten Réduit (das jetzt die absurde Motion Freysinger wieder anstrebt). Aber die Alternative ist nicht das Ausreissen des Fendants, sondern dessen sorgfältige Kultivierung. Nicht Chasselas oder Spezialitäten, sondern Chasselas als Spezialität. Als weltweites Unikat, das wie kaum eine Sorte das Terroir ausdrückt. Ich weiss, man kann die Hunde nicht zum Jagen tragen, aber eine Frage des Marketings ist das auch, solange in Zürcher Bars der Chasselas sein proletarisches Image nicht loswird.

Derjenige, mit dem Jean-René Germanier unlängst den Grand Prix du Vin Suisse gewonnen hat (in seiner Kategorie), wäre dazu ein probates Mittel. Lassen wir dahingestellt, ob er der beste Chasselas des Jahres 2011 ist – einer der besten ist dem ehemaligen Nationalratspräsidenten und seinem Önologen Gilles Besse (nicht zu verwechseln mit Gérald Besse: Der steht seinem Homonym nicht nach) sicher gelungen. Elegant, fein- und weissfruchtig, mit mineralisch schieferigem Biss. Mein Freund Franz Biffiger, Architekt, Jazzpianist und vor allem Walliser, sagt: «Komme ich nach ein paar Wochen im Ausland in die Schweiz zurück, bin ich erst nach dem ersten Glas Fendant richtig zu Hause.» *A wine like coming home*. Gilt auch für einen an Swissness eher desinteressierten Normalschweizer wie mich. Germaniers Grand Cru Balavaud, gewachsen am Steilhang von Vétroz, hat nur einen Makel. Um ernst genommen zu werden, kostet er zu wenig.

Jean-René Germanier: Fendant Balavaud Grand Cru 2011. 12%. Jean-René Germanier S. A., Vétroz. Fr. 16.–. www.jrgermanier.ch

Unter Druck

Küchengeräte, die man wirklich braucht, Teil III: Einen Thermostat und ein Kammervakuumiergerät. *Von David Schnapp*



Auf der Höhe der Zeit: «Prive» der Schweizer Firma Erme (l.), «Fusion Chef Diamond» von Julabo.

Zu den vielversprechendsten Fortschritten, die in neuerer Zeit in der Küche erzielt worden sind, gehört die *sous vide*-Methode (*sous vide* = unter Druck). Dabei werden Lebensmittel vakuumverpackt und in einem Wasserbad bei gleichbleibenden, tiefen Temperaturen über eine relativ lange Zeit gegart. Die Technik hat verschiedene Vorteile:

1 — **Geschmack.** Durch den Entzug von Sauerstoff können etwa Gemüse nicht oxidieren, flüchtige Aromen und Farben bleiben erhalten.

2 — **Kontrolle.** Vor allem Fleisch und Fisch lassen sich exakt auf den Punkt garen. Die Temperatur des Wasserbads liegt in der Regel nur um zirka ein Grad über der Kerntemperatur, die am Ende erreicht werden soll. Ein Übergaren ist fast unmöglich.

3 — **Zeit.** Der grösste Vorteil, den die Technik zu Hause bietet, ist der Zeitgewinn. Wer gerne Gäste hat und sie auf einem gewissen Niveau bewirten will, kennt das Problem, dass man

kaum mehr am Tisch sitzt, weil man sich etwas zu viel vorgenommen hat in der Küche.

Die Lösung können zwei Geräte sein: Zum einen ein Kammervakuumierer. Im Gegensatz zu einem Folienschweissgerät aus dem Haushaltwarengeschäft kann dieser viel mehr Luft aus einem Beutel abziehen, und vor allem lassen sich auch Flüssigkeiten vakuumieren, um Gemüse mit Öl oder einem Fond zuzubereiten oder Fleisch, zum Beispiel in einer Brühe.

Für meine Versuche hatte ich den Prive der Firma Erme AG aus Berikon-Mutschellen in der Küche. Der Prive bietet alle Vorteile eines professionellen Kammervakuumierers in einem relativ kompakten Gerät, das, in hochwertiger Schweizer Qualität gebaut, *dubelischer* zu bedienen ist. Der Vakuumiervorgang ist faszinierend, und falls man den Prive nicht für Kochvorbereitungen braucht, kann man daran sehr schön die physikalischen Verhaltensweisen von Flüssigkeiten unter Druck vorführen.

Daneben kam das Produkt des deutschen Labortechnik-Herstellers Julabo zum Einsatz, der unter dem Label Fusionchef Thermostaten herstellt, die zu den besten ihrer Art gehören. Der Fusionchef Diamond ist eine Art Super-Tauchsieder, der Wasser auf 0,01 Grad genau erhitzt und mit dem, im Gegensatz zu einem Haushalt-Steamer, auch über lange Zeit bei exakten Temperaturen gegart werden kann.

Der entspannte Hobbykoch

Es ist erstaunlich, was mit der Kombination Kammervakuumierer und Thermostat alles möglich ist. Unter der Voraussetzung, ein anspruchsvolles Menü für Gäste so zu planen, dass man viel am Tisch sitzt und wenig in der Küche steht, habe ich versucht, möglichst viele Bestandteile eines Menüs *sous vide* zuzubereiten. Es beginnt mit einem Lachs, der 15 Minuten bei 52 Grad gegart wurde und also noch fast roh, aber in der Konsistenz weicher ist und im Aroma runder schmeckt. Dazu gibt es Chicorée, der nach einem Rezept des *sous vide*-Kenners Heiko Antoniewicz mit Orangenschale, Salz und Salbei vakuumiert wurde und bei 85 Grad 20 Minuten im Wasserbad liegt. Danach ist das Gemüse gar, aber noch bissfest, schmeckt schön nach Chicorée, ohne allzu bitter zu sein.

Zum Hauptgang gibt es eine Rinderschulter, die nach einer Idee von Alain Ducasse 36 Stunden bei 60 Grad in Rinderbrühe geschmort wurde. Das Ergebnis ist sensationell, das Fleisch zart, aber immer noch leicht rosa, im Geschmack hervorragend. Dazu gibt es ein Kartoffelpüree und eine Selleriemousseline. Beide Gemüse werden im Vakuumbeutel gegart, anschliessend bereitet man die Massen zu und wärmt sie bei Bedarf wieder auf.

Selbst das Dessert, ein Vanilleeis, kann man im Wasserbad zubereiten. Die Idee hatte der amerikanische Spitzenkoch Thomas Keller, der zu den Pionieren der *sous vide*-Technik gehört und dessen Buch «Under Pressure» empfehlenswert ist, wenn man modernistisch kochen will. Für das Eis werden 6 Eigelb, 90 Gramm Zucker, das Mark einer halben Vanilleschote und je 2 dl Vollrahm und -milch gemischt, vakuumiert und 20 Minuten bei 82 Grad gegart (Thermostat auf 85 Grad einstellen und auf 82 Grad reduzieren, sobald der Beutel im Wasser liegt). Die Masse kann man gekühlt ein bis zwei Wochen aufbewahren und bei Bedarf in der Eismaschine aufschlagen.

Als Duo sind der Erme-Vakuumierer und der Julabo-Thermostat unschlagbar – auch für Amateure, die auf der Höhe der Zeit kochen wollen. Das hat wohl seinen Preis, die neuen Möglichkeiten aber sind ihn wert.

Erme Prive: Vakuum-Verpackungsmaschine in fünf verschiedenen Farben. Fr. 2106.–. www.ermec.ch
Julabo Fusionchef Diamond M. Thermostat, montiert auf Edelstahlbad (27 Liter). Fr. 3483.–. www.fusionchef.de, Bezug über Prorest AG: www.prorest.ch
Details zu den Rezepten auf: www.dasfilet.ch



Auto

Von der Schönheit

Die gelungene Form des Audi S7 verschafft einem am Ende eines harten Tages die Harmonie, die man braucht. *Von David Schnapp*

Darüber, was Schönheit ist, kann man ausgedehnte Streitereien ausfechten. Paare können daran scheitern, ein Sofa für die erste gemeinsame Wohnung auszuwählen, das beiden gefällt. Um eine schöne Frau wurde in Troja der Legende nach ein zehnjähriger Krieg geführt. Und so weiter. Deshalb ist man froh, wenn über die Schönheit eines Gegenstandes Einigkeit herrscht. Der Lounge Chair von Eames zum Beispiel wird von vielen als schön empfunden, Angelina Jolie finden ungefähr 90 Prozent aller Männer sehr attraktiv und – wenn wir es von den Männern haben: Alle, die

den Audi S7 sahen oder sogar in ihm gefahren sind, fanden ihn schön.

Ein Wanderfreund, ein Jungunternehmer, ein Redaktionskollege – die Meinung über den S7 war einhellig positiv. Es ist beruhigend, dass solche Übereinkünfte gefunden werden können, man strebt ja im Grunde immer nach Harmonie, und harmonische Formen werden als angenehm und schön empfunden. Mein Testwagen war in «Eissilber metallic» lackiert; eine Farbe, die seine kühle Anmut gut zur Geltung brachte. Die Zeichnung der coupéhaften Limousine ist wirklich fast perfekt gelungen, Motorhaube, Dachlinie und Heck stehen, so scheint es, nach den Regeln des Goldenen Schnitts zueinander im Verhältnis.

Bei so viel ästhetischer Harmonie ist man kurz irritiert beim Anblick des Innenraums. Hier haben die Audi-Designer die Symmetrie aufgegeben, die unregelmässigen Linien, die von den Türen ins Cockpit übergehen, stören das harmonische Empfinden. Die Verarbeitung, wir kommen jetzt zu den handfesteren Punkten, ist dafür auf höchstem Niveau. Was man anfasst, fühlt sich gut an, und gibt einem

die Sicherheit, dass es sich auch in zehn Jahren noch gut anfühlen wird. Nicht so schön finde ich bei Autos, die weit über 100 000 Franken kosten, wenn der Armaturenräger statt mit Leder bespannt aus robustem, aber unattraktivem Kunststoff gemacht ist.

Mühelose Kraft

In der Topmotorisierung als S7 ist der schöne Audi nicht nur zum Anschauen, sondern auch zum Fahren eine Wucht. Der Lärm der Welt wird dank Gegenschallmassnahmen ausgeblendet, sobald die Türen sanft ins Schloss fallen und der Achtzylinder-Turbo-Motor mit leisem Grollen startet. Seidig beschleunigt der S7, und man ist erstaunt darüber, dass es die Techniker geschafft haben, ein Auto, das über zwei Tonnen schwer ist, so auf den Fahrer wirken zu lassen, dass er glaubt, einen vergleichsweise kompakten Sportwagen zu lenken. Leicht geht der S7 in die Kurve, mühelos beschleunigt er hinaus, ohne jemals angestrengt zu wirken. Dabei hilft eine ganze Batterie elektronischer Systeme wie die optionale Dynamiklenkung oder das Sportdifferenzial.

Fazit: Wenn man einen S7 fährt, hat man die Gewissheit, überall für seinen guten Geschmack gelobt zu werden. Deshalb ist dieser Audi das perfekte Auto für Topmanager, die am Ende eines harten Tages nur etwas Harmonie brauchen.

Audi S7 Sportback

Leistung: 420 PS, Hubraum: 3993 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h

Preis: Fr. 115 200.–

Testwagen: Fr. 145 990.–



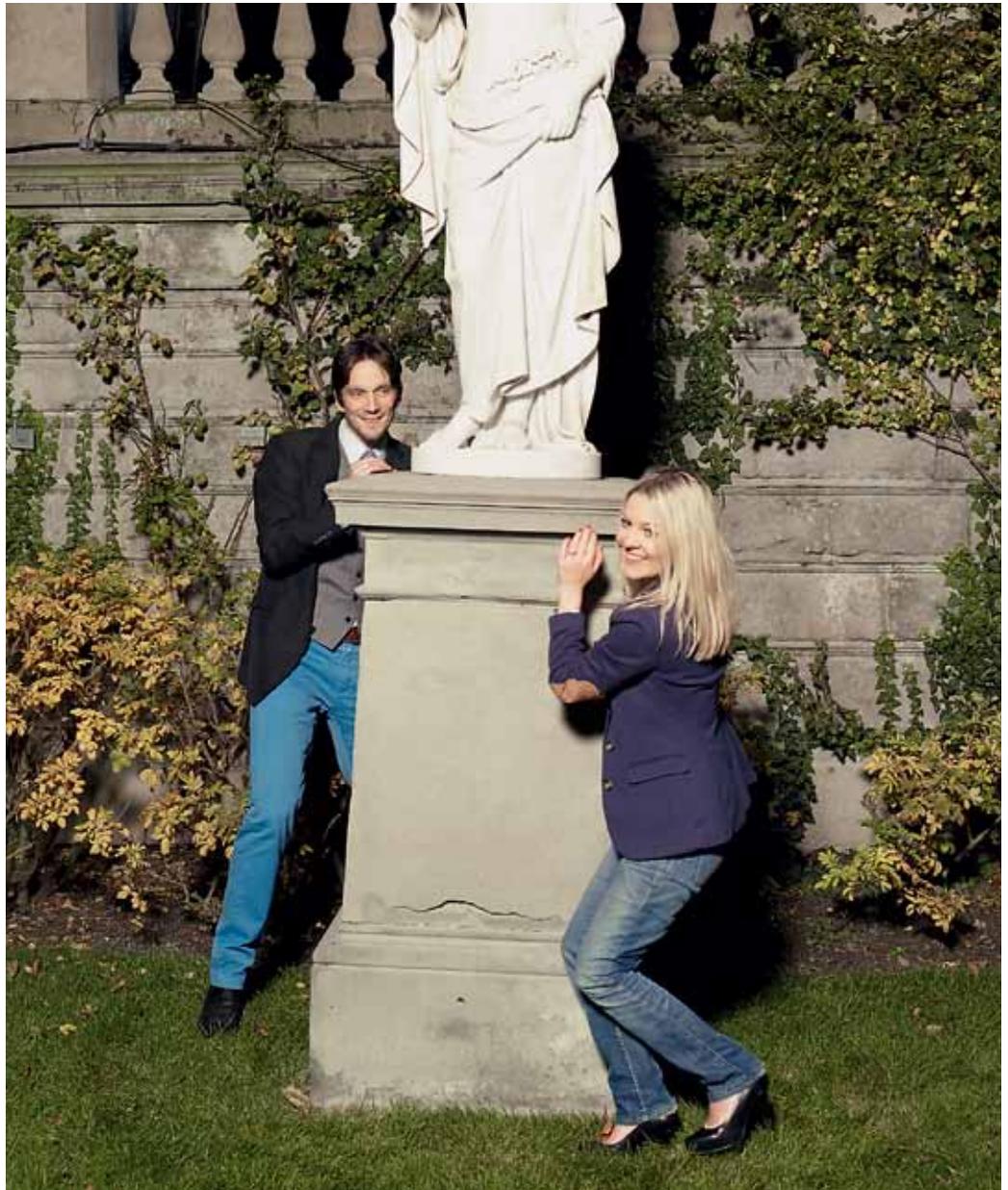
Der Gärtner war ein Prinz

Die Gräfin Sandra Bernadotte, 35, und der Graf Björn Bernadotte, 36, sind seit drei Jahren verheiratet. Auf der Blumeninsel Mainau leben sie inmitten einer immerwährenden Hochzeitskulisse.

Sandra: Wir haben uns während des Studiums der Sozialpädagogik in Rorschach kennengelernt. Auf der Namensliste der Schüler stand: «Björn Bernadotte, Insel Mainau». Ich dachte, es handle sich um einen Gärtner, und fand es erstaunlich, dass ein solcher Sozialpädagoge studieren möchte. Erst viel später realisierte ich, dass es sich um einen Sohn des Grafenpaares handelte. Als wir bereits ein Paar waren, nahm er mich mit in das Barockschloss der Insel. Damals lebten seine Eltern noch. Ich war furchtbar aufgeregt, wurde aber herzlich empfangen und habe mich sofort wohl gefühlt. Nun lebe ich seit sechs Jahren im Schloss und arbeite als Sozialpädagogin für den Verein «Gärtnern für alle» auf der Insel. Vor drei Jahren haben wir geheiratet. Nach einer Traumhochzeit bei Sonnenschein und mit 200 Gästen gab es am Abend ein festliches Bankett, zu dem auch Kronprinzessin Victoria von Schweden anreiste. Der Blumenschmuck war in zarten Farben gehalten, ich trug ein Empirekleid aus cremefarbener Duchesse-Seide.

Björn: Bereits 1989 hatte meine Mutter, Sonja Gräfin Bernadotte, den Verein «Gärtnern für alle» gegründet. Meine Frau hat von ihr quasi den Stab übernommen und zudem vor zwei Jahren ein Projekt namens «Café Vergissmich» initiiert, das sie mit lernschwachen Jugendlichen betreibt. Ich führe gemeinsam mit meiner Schwester Bettina die Geschäfte der Mainau GmbH. Dazu gehören natürlich auch Repräsentationsaufgaben im Rahmen von Vernissagen, Begrüßungen und Veranstaltungen im Schloss, die ich gemeinsam mit meiner Gemahlin wahrnehme.

Sandra: Meine Vorstellungen vom Leben einer Gräfin als kleines Mädchen deckten sich wahrscheinlich mit den Träumen aller Kinder. Auch als Schweizerin war es etwas ganz Besonderes, auf die Blumeninsel Mainau zu ziehen, die in der Zwischenzeit mein Zuhause geworden ist. Zu einem «normalen» Alltag kamen nach meiner Hochzeit und durch meinen neuen Namen «Gräfin Bernadotte» Veranstaltungen



«Wundervolle Eigenschaften»: Ehepaar Bernadotte.

und andere Aufgaben hinzu, in die ich schnell hineinwachsen konnte. Vieles kann man bei den anderen abschauen, oft konnte ich auch die Eltern und Geschwister meines Mannes fragen, wie man sich genau verhalten soll. Vor allem die schwedischen Bräuche und Feste, die die Familie Bernadotte feiert, waren für mich neu.

Björn: Die Insel Mainau mit ihrem grossen Park, zu dem ein Schmetterlingshaus und verschiedenste Blumenausstellungen gehören, bietet natürlich auch anderen Hochzeitspaaren einen wunderschönen Rahmen für den grossen Tag. Am Nachmittag gibt es eine Fülle von Möglichkeiten: eine Fahrt mit dem Schiff, eine geführte Tour durch unseren Park mit Zehntausenden von Blumen – beides auch beliebte Kulissen für romantische Hochzeitsfotos. Im Barockschloss können sich Paare im Roten Salon standesamtlich trauen lassen. Unsere Schlosskirche St. Marien steht Paaren beider Konfessionen für die kirchliche Trauung

zur Verfügung. Für den Empfang und das Fest am Abend gibt es Räumlichkeiten für bis zu 200 Personen.

Sandra: Müsste ich meinen Mann als Blume beschreiben, wäre er eine Dahlie. Intensiv und präsent, sind die einzelnen Blüten doch fein und zart. Seine Aufrichtigkeit, auch seinen Humor und dass er andere Menschen ernst nimmt, liebe ich am meisten an ihm.

Björn: Sandra wäre eine schöne Blume, die sich ihrer Umwelt gut anzupassen weiss. Meine Frau ist ein Mensch, der andere ernst nimmt und sich um sie kümmert. Das sind wundervolle Eigenschaften, und auch dafür liebe ich sie sehr. Für die private Zukunft wünsche ich mir, dass wir weiterhin so glücklich bleiben wie bis anhin. Und irgendwann unsere eigene kleine Familie gründen: aber alles zu seiner Zeit.

www.mainau.de
Protokoll: Franziska K. Müller



OYSTER PERPETUAL DATEJUST II

BUCHERER

1888

bucherer.com

